



**17. Ordentliche
Landeskonferenz des
Juso-Landesverbandes
Nordrhein-Westfalen**

6. - 7. Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

A Arbeitsprogramm

A1	WESSEN WELT IST DIE WELT? Das Arbeitsprogramm der NRW Jusos 2018-2020	2
----	---	---

B Bildung, Hochschule und Wissenschaft

B1	Studier' doch was du willst! Unsere Perspektiven für einen gerechten Hochschulzugang	19
B2	Die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung in Deutschland als verpflichtender Lehrplaninhalt im Geschichteunterricht an weiterführenden Schulen	22
B3	Arbeitsrechte bei Pflichtpraktika durchsetzen	23
B4	Soziales Medizinstudium stärken	24
B7	Schluss mit unbezahlten Tätigkeiten in Unikliniken	25

C Ausbildung und Arbeit

C15	Gute Ausbildung, gute Arbeit, gute Pflege!	28
-----	--	----

E Europa und Internationales

E1	Mach es zu deinem Europa! Unsere Ideen zur Europawahl	34
E4	Junge Menschen nicht im Regen stehen lassen – Gute Ausbildung in Europa gegen die Jugendarbeitslosigkeit	39
E5	Reform der EU-Agrarpolitik für eine global gerechte Landwirtschaft im Dienste des Boden-, Gewässer-, Tier- und Klimaschutzes, sowie der Existenzsicherung aller Landwirte	42
E7	Unterstützung des Friedensprozesses zwischen Eritrea und Äthiopien	43

F Feminismus und Gleichstellung

F1	Feministischer Kampf und antikapitalistische Analyse	45
F2	Digitalisierung feministisch denken!	47

K Kampf gegen Rechts, freiheitliche Gesellschaft, Innenpolitik

K1	Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung	52
K4	Palandt umbenennen – jetzt!	57

M Mobilität, Infrastruktur, Kommunales und Wohnen

M1	Kranplätze müssen verdichtet sein – Für einen richtigen sozialen Wohnbau in NRW	60
M2	Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Bodenpolitik	64
M3	Interkommunale Mobilität – Freie Fahrt statt Frust	67

R Resolutionen

R1	Glück Auf!	71
----	------------	----

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S1	Zeit für den Sozialstaat von morgen – Die SPD von den alten Gespenstern befreien!	73
----	---	----

U Umwelt- und Klimapolitik

U1	Umweltfreundlich vorangehen: Für einen nachhaltigen öffentlichen Dienst	81
----	---	----

W Wirtschafts- und Steuerpolitik

W1	Deutsche Steueroasen trockenlegen	83
W2	Einführung einer strengeren Regulierung von Nahrungsmittelspekulationen	85

A Arbeitsprogramm

A Arbeitsprogramm

A1	WESSEN WELT IST DIE WELT? Das Arbeitsprogramm der NRW Jusos 2018-2020	2
----	---	---

A1

WESSEN WELT IST DIE WELT? Das Arbeitsprogramm der NRW Jusos 2018-2020

1 Ausgangslage und Herausforderungen

2 Im Mittelmeer ertrinken Menschen, Seenotretter*innen werden verhaftet, in den Parlamenten sitzt eine
3 rechtsradikale Partei und in einer renommierten deutschen Wochenzeitung wird diskutiert, ob man nicht die
4 Toten in Kauf nehmen sollte, damit die Flucht über das Meer ein Ende findet. Für viele Menschen wird Woh-
5 nen in der Stadt unbezahlbar. Die Digitalisierung von Arbeit verunsichert viele Arbeitnehmer*innen. Und die
6 Konservativen reden währenddessen lieber über Heimat.

7 Sollte man noch über einen irrlichternden amerikanischen Präsidenten berichten? Über eine bayerische Re-
8 gionalpartei, die sich an einem Staatstreicherl versucht und die konservative Revolution ausruft? Über immer
9 mehr Vermögen, das in immer weniger Händen liegt? Über eine Landesregierung in NRW, die mit einem Poli-
10 zeigesetz fundamentale Rechtsgrundsätze aus den Angeln heben will?

11 • Ist damit alles gesagt über die Welt 2018?

12 Nein, denn es gibt Widerstand. Zu der Welt 2018 gehören auch die vielen Menschen, die in zahlreichen Städten
13 auf die Seebrücken-Demos gehen und damit für die Seenotrettung im Mittelmeer kämpfen. Zum Jahr 2018
14 gehören auch die jungen wie alten Menschen, die es sich nicht gefallen lassen wollen, dass Unmenschlichkeit
15 zunehmend zur Leitlinie der Politik wird. Die deshalb an vielen Orten gegenhalten – ob im Netz oder darüber
16 hinaus. Die jungen Politiker*innen, die schon seit Jahr und Tag sagen, dass die CSU eine rechtsnationale Partei
17 ist, mit der man einfach keine Koalition eingeht. Die jungen Menschen, die in Düsseldorf auf die Straße gehen
18 und „Nein“ sagen zum neuen Polizeigesetz in NRW.

19 Wir als NRW Jusos sind mitten unter diesen Menschen. Doch wir wollen noch mehr. Wir rufen allen zu: Lasst uns
20 die Welt von heute und erst recht die von morgen nicht den Rechtsnationalen und Hetzer*innen überlassen.
21 Lasst uns nicht nur gegenhalten, sondern die Welt in unserem Sinne gestalten. Eine andere Gesellschaft abseits
22 des Hasses und des Ego-Kapitalismus ist möglich. Join us!

23 Denn wir NRW Jusos müssen nicht nur diejenigen sein, die auf die Tabubrüche, die Entmenschlichung von
24 Gruppen, die Gleichgültigkeit in der Debatte reagieren und stahlhart gegenhalten. Wir müssen die sein, die
25 Gegenentwürfe zur Gesellschaft der Unmenschlichkeit entwerfen und mehrheitsfähig machen. Wir sind der
26 Jugendverband, der sich gesellschaftlich wie parteiintern für eine linke, gerechte, zukunftsfähige Politik, für
27 eine Gesellschaft der Freien und Gleichen einsetzt. In unserem Bundesland, aber auch darüber hinaus.

28 Mit der Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau“ ist uns das in den letzten Jahren in beeindruckender Weise
29 gelungen. Das nun auch zahlreiche Vertreter*innen der SPD (vielleicht auch irgendwann der Finanzminister)
30 für mehr Investitionen in die Zukunft eintreten und die schwarze Null als Instrument der Konservativen zur
31 Schwächung des Staates und damit zur Vergrößerung der Ungerechtigkeit brandmarken, ist auch unser Ver-
32 dienst.

33 • War da was mit Erneuerung?

34 Dieses Setzen von eigenen politischen Themen ist ein Baustein, um die SPD glaubwürdig zu erneuern. Ein
35 Baustein, der sich einfindet in einer neuen Erzählung, die die SPD schreiben muss. Am Beginn dieser Erzäh-
36 lung hätte ein Nein zur Großen Koalition stehen können. Wenn die SPD nur als Korrekturbetrieb konservativer
37 Politik wahrgenommen wird, wird sie es nicht schaffen, mit neuen eigenen Ideen wieder mehrheitsfähig zu

38 werden. Deshalb haben wir NRW Jusos in großer Geschlossenheit die Neuaufgabe der Großen Koalition vehe-
39 ment abgelehnt und werden diese weiterhin sehr kritisch begleiten.

40 Wir werden aber insbesondere die viel zitierte Erneuerung genauestens unter die Lupe nehmen. Wurde sie
41 doch schon mehrfach mit Pauken und Trompeten ausgerufen, war sie bis dato immer eine Luftnummer. Das
42 können wir uns schlicht nicht mehr erlauben. Es ist unsere Aufgabe, als fortschrittlichster und analysestärkster
43 Teil der Partei, nicht nachzulassen, auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen. Wir sind überzeugt davon,
44 dass die SPD für die anstehenden Aufgaben in der Zukunft unverzichtbar ist und die einzige Kraft sein kann,
45 die die Transformation hin zu einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Menschen gestalten
46 und Umverteilung organisieren kann. Dies kann aber nur gelingen, wenn sie sich klar links verortet und keinen
47 Zweifel daran aufkommen lässt, dass sie an der Seite der Arbeit und nicht der des Kapitals steht. Dafür werden
48 wir nie aufhören zu streiten.

49 • **Wahlkämpfe- Ein Rückblick**

50 Leider ist genau das – mal wieder – in den vergangenen Wahlkämpfen nicht deutlich geworden und – mal
51 wieder – war die Haltung der SPD unscharf und weichgespült.

52 Im Landtagswahlkampf haben sich alle viel zu sehr auf die Zugkraft der Spitzenkandidatin verlassen. Klare
53 Positionierung und Haltungen wurden nebensächlich. Unsere Position zu G8/G9 konnte selbst von vermeint-
54 lichen Expert*innen nicht schlüssig erklärt werden. Im Bereich der Inneren Sicherheit haben wir den Ball aus
55 der Hand gegeben, anstatt einen eigenständigen, sozialen Begriff von Sicherheit zu prägen und wurden so
56 letztendlich durch eine Angst-Kampagne der CDU überrollt. Der tägliche Frust der Pendler*innen wurde nicht
57 ernst genommen.

58 Der Bundestagswahlkampf begann hoffnungsvoll, weil einerseits das soziale Sicherungssystem endlich selbst-
59 kritisch thematisiert wurde und der Schwerpunkt sich vermeintlich vom Fordern zum Fördern verschob. An-
60 dererseits stand ein gestandener Europapolitiker im Fokus, der zunächst glaubhaft den europäischen Gedan-
61 ken in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellte. Die Diskussion über die Ungerechtigkeiten des Hartz-Systems
62 wurde alsbald begraben und überlagert durch technische Verbesserungen, die niemanden hinter dem Ofen
63 hervorlockte. Und anstatt dem dumpfen Nationalismus die Vision eines sozialen Europas gegenüberzustellen,
64 lag die Kernkompetenz des Kandidaten plötzlich in seiner Vergangenheit als Bürgermeister von Würselen. Die
65 zunächst vollzogene klare Positionierung gegen eine neue Groko und der Rückzug von eben jener binnen we-
66 niger Stunden, setzte dem kommunikativen Desaster dann nur noch die Krone auf. Nun sitzt die SPD wieder
67 mit den Seehofers, Scheuers und Spahns dieser Welt am Kabinettstisch und versucht sich am Drahtseilakt der
68 Erneuerung bei Regierungsbeteiligung.

69 • **Und in NRW?**

70 In NRW kann die Erneuerung der Partei indes in der Opposition stattfinden und sie ist mittendrin. Während
71 inhaltlich noch zu wenig passiert ist, ist zumindest personell schon einiges in Bewegung geraten. Auch und
72 gerade dank uns NRW Jusos, die wir mittlerweile einige Personen und nicht zuletzt den stellvertretenden Lan-
73 desvorsitzenden im neuen Landesvorstand der NRWSPD stellen. Nun geht es dort darum, auch inhaltlich und
74 organisatorisch die Dinge in die richtige Richtung zu lenken und die neue Stärke der Jusos zu nutzen.

75 Gleichzeitig müssen wir alle zusammen, und gerade wir als Oppositionsjugend, aufpassen, was die Mitte-
76 Rechts-Regierung mit Armin Laschet an der Spitze unternimmt. Neben dem Polizeigesetz, was, Stand Sommer
77 2018, auch dank des heftigen Protests in der Neuverhandlung ist, drehen die Neoliberalen schon wieder auf
78 Hochtouren das Privat vor Staat-Rad, versuchen mit Heino die Heimat zu besetzen und führen die Studienge-
79 bühren (wenn auch zunächst nur für einen kleinen Teil von Studierenden) wieder ein. Wie wir es drehen und
80 wenden: Schwarz-gelbe Politik spaltet die Gesellschaft noch weiter.

81 • **Die Politik der Marktradikalen? Endlich in die Tonne kloppen!**

82 In diesen Tagen spüren wir die volle Spaltkraft der marktradikalen Politik. Ihr Versprechen von mehr Freiheit
83 konnte sie nie erfüllen. Das Resultat nach 30 Jahren Rückzug des Staates: Die Schere zwischen Arm und Reich
84 geht immer weiter auf. Dabei sind Reichtum und Armut zwei Seiten derselben Medaille. Die Vorstände der Dax-
85 Unternehmen verdienen im Schnitt 50 Mal so viel wie ihre Angestellten. Die Reichen werden immer reicher
86 und zu viele Menschen blicken mit Ängsten statt Hoffnungen in die Zukunft. Aber anstatt in dieser Situation
87 über wirkliche, radikale Umverteilung von oben nach unten zu diskutieren, verweisen die Konservativen auf

den vermeintlichen Feind in Form von Geflüchteten an der Grenze. Identitätsfragen sollen sozialen Zusammenhalt ersetzen. Sie wollen davon ablenken, dass die Wohnungsknappheit und der Mietwahnsinn schon deutlich vorher ein Problem waren, weil u.a. nicht in den sozialen Wohnungsbau investiert wurde. Dass insbesondere Deutschland in Form der Austeritätspolitik unter dem Deckmantel von Strukturreformen auch in den europäischen Nachbarstaaten nach marktradikaler Logik die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt.

Die Konservativen verstehen Armut nicht als ein gesellschaftliches Problem, sondern hilfsbedürftige Menschen werden für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht und müssen für ein bisschen Unterstützung durch das Gemeinwesen einen Striptease vor den Behörden hinlegen, indem sie ihr ganzes Leben offenlegen müssen. Gerade wir jungen Menschen spüren, wie sich die Logik des Neoliberalismus immer stärker durch alle Lebensbereiche zieht.

Befristete Arbeitsverträge, abnehmende Tarifbindung, Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten bei neuen Formen der Arbeit wie Home Office oder Crowd-/Clickworking und damit abnehmende Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen. Unklarheit über die Zukunft der Rente, vor allem in den Großstädten ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum, marode Bildungseinrichtungen: All das treibt eine tiefe Kluft mitten in unsere Gesellschaft.

In dieser Lage sind die Rufe danach, sich nun mit einem dezidiert linken Programm des völlig aus dem Ruder laufenden Kapitalismus anzunehmen, kaum zu hören. Stattdessen betreiben fast alle das dreckige Geschäft derer, die das schon immer besser konnten und legitimieren mit einer „harten Flüchtlingspolitik“ die Aussagen der (gar nicht so) neuen Rechten.

Diese machen sich das zu eigen, spielen die Gruppen gegeneinander aus und deren Devise heißt wieder: Wir gegen die. Tatsächlich meinen Sie: Alle gegen Alle.

• Unsere Aufgabe

Da spielen wir nicht mit. Wir wollen uns auf den Weg machen und dem schrillen Tonfall, dem Hass und dem marktradikalen Ego-Wahn in allen Lebensbereichen etwas entgegen setzen. Wir sind überzeugt, dass ein altes Zitat unsere Idee, unseren Zukunftsentwurf am besten beschreibt:

„Der Begriff der allgemeinen menschlichen Solidarität ist der höchste Kultur- und Moralbegriff: ihn zu verwirklichen, das ist die Aufgabe des Sozialismus“. – August Bebel

Wir NRW Jusos wissen um die Ungleichheiten in der Gesellschaft, wohnen wir doch in einem Bundesland, das auch von diesen Ungleichheiten geprägt ist. Während einige Zentren und Gegenden prosperieren, haben wir auch ganze Stadtteile, unter anderem im Ruhrgebiet, in denen zuerst die Wirtschaft, dann die Infrastruktur zerfallen, sich Menschen von der Demokratie abwenden und es angesichts von Armut und wenig Perspektiven mit dem Zusammenhalt nicht mehr weit her ist.

Wir wissen, dass die Zahl der Obdachlosen massiv ansteigt, dass die privat betriebenen Tafeln immensen Zulauf haben, dass der Frust und die Wut steigen.

Wir wissen, dass Menschen mit Behinderungen hauptsächlich von der Gesellschaft und dem öffentlichen Raum behindert werden und Entscheidungen über die Beseitigung solcher Barrieren nicht mit ihnen, sondern über ihre Willen und Meinungen hinweg getroffen werden.

Wir wissen, dass Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund oft mit Diskriminierung und Rassismus zu kämpfen haben – im Alltag, bei der Wohnungssuche oder auf dem Arbeitsmarkt und dass der Umstand, dass Deutschland schon lange eine Einwanderungsgesellschaft ist, noch lange nicht bei allen ankommt.

Wir wissen, dass die Zukunft unserer Demokratie auf dem Spiel steht und dass rechte, radikale Kräfte auf dem Vormarsch sind, diese Situation für ihr menschenverachtendes Spiel zu gewinnen.

Dem stellen wir uns entgegen. Wir stehen für eine Gesellschaft, die solidarisch zusammenhält und in der die Freiheit, das eigene Leben nach den eigenen Vorstellungen zu führen, für alle gilt.

Gute Arbeit, soziale Sicherheit, auch durch einen funktionierenden Sozialstaat, und ein hoffnungsvoller Blick in die Zukunft. Das sind Aspekte, die gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der bereit ist, in eine gute Zukunft für alle Menschen und in den gesellschaftlichen

135 Zusammenhalt zu investieren. Investitionen in die Infrastruktur können wirtschaftliche Dynamiken auslösen,
136 die den Menschen Hoffnungen auf eine gute Zukunft geben.

137 So kann man einem hoch problematischen Trend begegnen: Das Gefühl der Verunsicherung steigt seit Jah-
138 ren – während alle Kriminalitätsstatistiken belegen, dass das Land immer sicherer wird. Wir werden uns mit
139 dem Widerspruch zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit auseinandersetzen. Deshalb reicht auf die-
140 ses Unsicherheitsgefühl ein Verweis auf Statistiken nicht aus. Genauso wenig helfen die verzweifelten Rufe
141 nach Einschränkungen von Freiheiten der Konservativen. Die Geschichte zeigt, dass soziale Investitionen eine
142 wirksame „erste Hilfe“ gegen faschistoide Bewegungen sein können, während eine Verweigerung des Staa-
143 tes, in den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu investieren, rechte Bewegungen stärkt. Dem „Alle gegen Alle“-
144 Gedanken der Marktradikalen und dem Hass der Rechtsradikalen setzen wir eine solidarische, demokratische
145 Gesellschaft entgegen.

146 Wir wollen in den nächsten zwei Jahren also nicht mehr und nicht weniger, als die Gräben in dieser Gesell-
147 schaft schließen. Zumindest auf den Weg wollen wir uns machen. Nicht alleine, sondern zusammen mit den
148 Unterbezirken/ Kreisverbänden, unseren Bündnispartner*innen und zahlreichen anderen Menschen werden
149 wir zeigen, wie kampagnenstark wir sind und dass unsere Gesellschaft mit progressiven Mitteln zu retten
150 ist.

151 • **Wahlkämpfe – Ein Ausblick**

152 Einfach wird es nicht. Denn unsere Kampagne wird sich auch mit den anstehenden Wahlkämpfen beschäftigen.
153 Schon im kommenden Frühsommer müssen wir aufzeigen, was Solidarität auf europäischer Ebene bedeutet.
154 Die kommende Europawahl wird einer der Kristallisationspunkte im Kampf zwischen Nationalist*innen und
155 Internationalist*innen. Wir müssen Haltung zeigen und nicht nur einer pro-europäischen akademischen Mit-
156 telschicht sondern auch denen, die kein Auslandssemester in ihrer Vita stehen haben und auf die der Begriff
157 des Weltbürgertums abschreckend wirkt, die Bedeutung und Wichtigkeit eines geeinten, friedlichen und so-
158 zialen Europas klar aufzeigen. Dafür müssen wir deutlich machen, wie wir Europa verändern wollen. Europa
159 darf nicht nur ein Versprechen für ein paar wenige Eliten haben. Die grandiose europäische Idee hat nur eine
160 Zukunft, wenn wir Europa gerechter, sozialer und demokratischer machen.

161 Und schon 2020 steht die Kommunalwahl in NRW an, die von immenser Bedeutung für den Fortbestand der
162 SPD und damit einer sozialen Politik vor Ort ist. Es wird unsere Aufgabe sein, die praktisch gelebte Solidarität
163 spürbar zu machen. Es ist vor allem die Kommune, die dafür den Rahmen schafft. Wir wollen klar aufzeigen,
164 dass Kommunalpolitik nicht nur Verwaltung ist, sondern, dass eine linke, progressive Politik auch in den Rat-
165 häusern und Räten umsetzbar ist und für die Menschen ein besseres Zusammenleben vor Ort ermöglicht. Wir
166 werden einige von den über 18.000 Jusos in NRW fit machen für die Übernahme eines kommunalen Mandats,
167 denn nicht nur die SPD benötigt eine Generalüberholung, auch die Kommunalpolitik.

168 In beiden Wahlkämpfen wollen wir NRW Jusos einen eigenständigen Jugendwahlkampf führen, unsere The-
169 men, Positionen und Haltungen in die entsprechenden Wahlprogramme bekommen und zahlreiche junge
170 Kandidat*innen unterstützen. Wir stellen die Unterstützung der Gliederungen vor Ort seitens des Landesver-
171 bandes auf den Prüfstein und verbessern dort, wo es sinnvoll ist.

172 Im Blick haben wir auch schon die nächsten Bundestagswahlen und vor allem die nächsten Landtagswahlen
173 in NRW. Auch wenn bis dahin wahrscheinlich noch ein paar Jahre ins Land ziehen, sind wir der festen Über-
174 zeugung, dass uns unsere Kampagne bis dahin tragen wird und letztendlich auch dafür sorgt, dass NRW zur
175 festen, roten Bastion wird.

176 Die Aufgabe, derer wir uns mit dieser Kampagne annehmen, ist gleichwohl größer. Es geht um Alles. Dafür
177 brauchen wir alle.

178 Wir sehen mit Blick auf die zahllosen guten Menschen in unseren Reihen, draußen auf der Straße und in den
179 Umfragen, die mit überwältigender Mehrheit der Hetze und der Menschenverachtung den Mittelfinger zeigen,
180 gute Chancen, dass wir die unsrige Zeit nutzen können, um diese Aufgabe zu verwirklichen.

181 Dazu beitragen sollen weitere zu bearbeitende Themenfelder, die für uns ohne Solidarität nicht zu denken
182 sind, aber auch eigenständig agieren werden.

183 Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft

184 • Digitalisierung und Wirtschaft

185 Digitaler Kapitalismus

186 Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Die politische Diskussion rund um Digitalisierung kratzt jedoch leider
187 oftmals nur an der Oberfläche. Es wird über Smartphones und die Auswirkungen der ständigen Erreichbar-
188 keit diskutiert. Digitalisierung ändert jedoch unsere Art zu leben, aber auch unsere Art zu wirtschaften. Auf
189 der einen Seite verbinden Menschen Ängste, z.B. vor einem Verlust des Arbeitsplatzes, mit der Digitalisierung.
190 Auf der anderen Seite scheint die Digitalisierung – nicht nur auf FDP-Wahlplakaten – die Lösung für viele der
191 (Wachstums-) Probleme zu sein. Sie ist quasi der neueste Schrei unter den Fetischen des Wachstums, wird aber
192 oft sehr technisch betrachtet. Sie ändert in vielerlei Hinsicht unser Leben. Sie ändert die Produktionsweise vie-
193 ler Unternehmen und Branchen und ändert auch den Kapitalismus an sich – und zwar in einer rasanten Art und
194 Weise, sodass noch vor fünf Jahren der heutige Stand nicht abzusehen war. Wo früher Unternehmen derselben
195 Branche auf denselben Märkten miteinander konkurrierten, schaffen die großen digitalen Unternehmen (z.B.
196 mit dem App Store oder Google Play Store) ihre eigenen Märkte, auf denen sie selber als Monopolist*innen
197 ihre Marktmacht gegenüber Konsument*innen wesentlich einfacher ausspielen können. Daten werden auf
198 eine Art und Weise als Kapital benutzt, die nur schwierig zu verstehen und noch schwieriger zu kontrollieren
199 ist.

200 Außerdem wollen wir uns mit Plattformkonzernen beschäftigen. Der gesellschaftliche Stellenwert dieser Platt-
201 formen kann mit ökonomischen Kennziffern alleine nicht ansatzweise beschrieben werden. Er ergibt sich auch
202 aus der hohen Verbreitung, der Nutzungsintensität und der Verflechtung in unser Alltagsleben. Die Vorgaben
203 der privaten Konzerne beeinflussen dabei auch die Öffentlichkeit in einem Maß, welches dem der klassischen
204 Medien Rundfunk und Presse in nichts nachsteht und in Teilbereichen über deren Möglichkeiten hinausgeht.
205 Die mit anonymen Accounts verbreiteten Fehlinformationen und Hassparolen haben für den Rechtspopulis-
206 mus eine entscheidende Funktion, ohne die das heutige Ausmaß an koordinierter Menschenfeindlichkeit nicht
207 möglich wäre. Deshalb wollen wir uns die Frage stellen, ob es alternative (sozialistische) Plattformkonzerne ge-
208 ben kann.

209 Multinationale Unternehmen

210 Es gibt viele Merkmale, die Multinationale Unternehmen (MNU) von gewöhnlichen, lokalen Unternehmen un-
211 terscheiden. Die meisten davon sind aus jungsozialistischer Perspektive ebenso problematisch wie die Tatsa-
212 che, dass die Entwicklung bei MNU sowohl quantitativ als auch qualitativ nach oben zeigt. Ein zentraler Punkt
213 ist, dass diese Unternehmen quasi unbegrenzt mobil sind. Unternehmenssitze können mit wenig Aufwand
214 in andere Staaten verlegt und Umsätze zwischen verschiedenen Standorten hin und her geschoben werden.
215 Ermöglicht wird dies durch fehlende internationale Regelungen zur einheitlichen Besteuerung von Unterneh-
216 men und deren Umsätzen. Damit ist leider auch oft politische Einflussnahme verbunden, indem MNUs mit der
217 Verlagerung von Arbeitsplätzen drohen, wenn nicht eine bestimmte Politik umgesetzt wird. Außerdem steigt
218 gerade die Konzentration von Unternehmen der digitalen Branche. Mit Facebook, Instagram und Whatsapp
219 gehören die Apps, von denen sich bei fast allen Menschen mindestens eine auf dem Smartphone befindet,
220 einem einzigen Unternehmen. Dies führt dazu, dass die Wahlfreiheit für Konsument*innen de facto einge-
221 schränkt wird. Ein Ende des Expansionsdrangs der Internet-Giganten ist nicht abzusehen.

222 Wertschöpfung und digitale Innovationen

223 Um die Auswirkungen von Digitalisierung auf unser Wirtschaften verstehen zu können, müssen wir zunächst
224 uns (und anderen) klarmachen, was überhaupt Wertschöpfung bedeutet und wie sie entsteht. Dabei gilt es
225 zu klären, wie dieser Prozess genau vonstattengeht, wer den Mehrwert produziert und wer davon profitiert.
226 Unabhängig davon scheint es aber unabdingbar, zu analysieren, welche Auswirkungen der Digitalisierung auf
227 Produktionsprozesse, die Zukunft der Arbeit und die Aufteilung des Profits folgen werden und wie wir diese
228 nutzen können, um unsere Vorstellungen einer gerechten Welt umzusetzen.

229 Wir Jusos wollen die Entwicklungen des digitalen Kapitalismus weiter kritisch begleiten. Wir wollen uns aber
230 auch die Frage stellen, wie wir als Jungsozialist*innen Innovation und technischen Fortschritt eigentlich gene-
231 rieren wollen. Dafür ist entscheidend, dass wir über unsere Definition von digitaler Innovation diskutieren und
232 uns klar von der neoliberalen Deutung (nach dem Motto "Der Markt wird's schon richten) abgrenzen. Für uns

233 Jungsozialist*innen war immer klar, dass der Staat entscheiden muss, auf welchen Sektoren Innovation ent-
234 stehen soll. Denn nur der Staat kann eine demokratische Entscheidung darüber treffen, in welchen Bereichen
235 eine soziale, digitale Innovation nötig ist.

236 Der Faktor Arbeit

237 Die Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft führen dazu, dass es beim Faktor Arbeit große Ver-
238 schiebungen gibt. Der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft und Arbeitsstunden sinkt; Arbeitsplätze drohen
239 wegzufallen. Diese Entwicklungen sind jedoch keineswegs einzigartig, sie sind in der Geschichte schon mehr-
240 fach aufgetreten. Die industrielle Revolution brachte Maschinen, welche die Arbeiter*innen ersetzen und für
241 die Beschäftigten, die weiter angestellt waren, das Arbeitspensum senkten. Auch wenn es einige Jahre Ver-
242 zögerung gab, wurde darauf letztendlich mit einer Arbeitszeitverkürzung reagiert. Bei anderen technischen
243 Entwicklungen und Innovationen zeigte sich ein ähnliches Muster.

244 Männerdominierte Start-ups oder die Wegrationalisierung von weiblich dominierten Dienstleistungsarbeiten
245 im Bereich der Digitalisierung können dagegen neue geschlechterspezifische Ungleichheiten sein. Diese müs-
246 sen wir eindämmen und die emanzipatorischen Potenziale der Digitalisierung stärken, um mehr Geschlech-
247 tergerechtigkeit herzustellen.

248 Aber gleichzeitig können auch andere Entwicklungen beobachtet werden. Digitalisierung und technischer Fort-
249 schritt erforderten in der Vergangenheit und auch immer noch Kreativität. Denn nur dadurch können Inno-
250 vationen entstehen. Es ist zu beobachten, dass sich Beschäftigte zunehmend mit dem gesellschaftlichen Sinn
251 ihrer Arbeitstätigkeit auseinandersetzen. Diese Art des Produzierens lässt sich in sämtlichen Branchen finden.
252 Beschäftigungsverhältnisse gestalten sich zunehmend so, dass die Angestellten Rahmenbedingungen (bspw.
253 Zeitaufwand und Finanzierung) seitens der Unternehmensleitung bekommen, die konkrete Ausführung des
254 Auftrags jedoch ihnen obliegt. Die Folgen davon können Überstunden und letztendlich auch Burnout sein. Was
255 im ersten Moment als Belastung für die Beschäftigten klingt – was es zweifelsfrei zum momentanen Zeitpunkt
256 ist – kann auf den zweiten Blick jedoch auch Chancen in sich tragen, die für ein selbstbestimmtes, emanzipier-
257 tes und gerechtes Wirtschaftssystem genutzt werden können.

258 Partizipationsmöglichkeiten

259 Digitalisierung kann für uns eine große Chance sein, gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen – gerade wenn
260 es z.B. um Partizipationsmöglichkeiten, die Erleichterung von Produktionsschritten, die Demokratisierung von
261 Bildung oder das Schaffen neuer, innovativer Arbeitsplätze geht. Dabei müssen wir allerdings sicherstellen,
262 dass der Zugang zu Digitalisierung – und ebendiesen Chancen – flächendeckend, kostenlos und unkompli-
263 ziert realisiert wird. Wir wollen aber auch die Risiken der Digitalisierung nicht außer Acht lassen, wenn es z.B.
264 um Netz- und Datenpolitik, den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Produktion oder die Entwicklungen rund
265 um einen digitalen Kapitalismus geht. Uns ist klar, dass Digitalisierung bei einem Teil unserer Gesellschaft
266 berechnete Ängste entstehen lässt, die wir ernst nehmen wollen. Insgesamt blicken wir jedoch positiv auf all
267 diese Veränderungen und sehen in diesem Prozess vor allem die Chance auf eine Transformation unserer
268 Wirtschaftsweise hin zu einer demokratisch-sozialistischen Ökonomie für alle.

269 Industrie und Strukturwandel

270 Die Industrie hat in Deutschland einen schweren Stand. Egal ob in der Metall- oder Textilindustrie, viele Un-
271 ternehmen haben in der Vergangenheit ihre Produktion ins Ausland verlagert oder planen dies noch. Sie ge-
272 hen mit ihrer Produktion in Länder außerhalb Europas, in denen keine Tarifverträge gelten und Arbeits- und
273 Umweltschutz keinen hohen Stellenwert haben. Anschließend werden die Güter eben jener Unternehmen im-
274 portiert. Diese Umgehung sozio-ökologischer Standards ist eine moralische Bankrotterklärung. Sie trifft vor
275 allem auch Branchen, die hier durch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad geprägt sind. Bisher
276 war in Deutschland vor allem das Ruhrgebiet von dieser Entwicklung negativ betroffen. Das Ende der Stein-
277 kohleförderung verstärkte dies und war damit nicht nur zeitlich verbunden. Festzuhalten ist, dass der Struk-
278 turwandel im Ruhrgebiet – weg von Kohle und Stahl – bisher unzureichend politisch gestaltet wurde und nicht
279 erfolgreich verlaufen ist. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten und Wahlergebnisse für rechtspopu-
280 listische Parteien, unterdurchschnittliche Einkommen und Wirtschaftskraft sind Symptome einer Entwicklung,
281 die korrigiert werden muss. Daraus müssen Lehren gezogen werden. Denn mit dem rheinischen Braunkohle-
282 revier gibt es eine weitere Region in NRW, in der bald ein Strukturwandel stattfinden wird. Wir wollen deshalb

283 darüber diskutieren, wie der Industriestandort Deutschland mit aktiven politischen Maßnahmen gestärkt wer-
284 den kann.

285 Wie können diese Ziele erreicht werden? Manche vertreten die Position, dass es für die Industrie enorm wich-
286 tig sein wird, das Muster der Produktionsverlagerung zu verändern. Solange hohe sozio-ökologische Faktoren
287 automatisch das produzierende und verarbeitende Gewerbe bedrohen, würde jede Innovation und Neuans-
288 siedlung mittel- bis langfristig in Schwierigkeiten geraten. Andere sind der Auffassung, dass der Staat durch
289 gezielte Ansiedlung neuer Branchen, unter Berücksichtigung der lokalen oder regionalen Bedürfnisse und Vor-
290 aussetzungen, den Strukturwandel aktiv gestalten muss. Aus diesem Grund müsse man über die Art von In-
291 novationen reden, die wir als demokratische Gesellschaft dort ansiedeln – oder eben nicht ansiedeln – wollen.
292 Welche dieser unterschiedlichen Positionen eher zutrifft, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet
293 werden. Diese umfangreiche und tiefgreifende Frage zu klären, wird ein Teil der Arbeit der nächsten zwei Jahre
294 sein.

295 Aus der Analyse von Regionen, die aktuell im Strukturwandel sind oder diesen bereits abgeschlossen haben,
296 lassen sich viele Erkenntnisse gewinnen. Dem werden wir nachgehen. Oft hört man in öffentlichen Debatten,
297 dass x Arbeitsplätze an dieser oder jener Branche hängen. Eben dies ist z.B. ein Punkt, bei dem angesetzt
298 werden kann. Wenn eine Branche abzieht, muss verhindert werden, dass die sekundär abhängigen Branchen
299 mitgehen. Dies betrifft die Unternehmen, welche in der Verarbeitungskette weiter hinten stehen ebenso wie
300 z.B. den lokalen Einzelhandel. Als die Zechen dicht machten, gingen auch die Metallwerke, schlossen Bäcke-
301 reien und Trinkhallen. Diese Verkettungen sind von zentraler Bedeutung. Des Weiteren sind die Nachnutzung
302 und Umgestaltungen ehemaliger Industriegebäude und -flächen ein wichtiger Baustein, um die Lebensqua-
303 lität im Ruhrpott zu erhöhen. Doch sie reichen nicht aus. Es bedarf einer mit externen Mitteln geförderten
304 Umstrukturierung.

305 Unter dem Stichwort Strukturwandel wollen wir auch die Entwicklung von weniger zentralem und eher ländlich
306 geprägtem Raum in NRW in den Blick nehmen. Dort die Lebensqualität speziell für junge Menschen zu sichern,
307 wird mit Blick auf demografische und gesellschaftliche Entwicklungen eine Herausforderung. Themen dafür
308 sind unter anderem die Stärkung der Ausbildung und die Sicherung von Mobilität und Gesundheitsversor-
309 gung.

310 • Zukunft der Arbeit

311 Erwerbsarbeit

312 Für die Zukunft der Erwerbsarbeit stellen sich neue Herausforderungen. Die Digitalisierung und Automatisie-
313 rung wird auf absehbare Zeit eine große Anzahl von Branchen stark verändern; nur wenige sind gar nicht
314 betroffen. Die Neuerungen sind dabei schon vielfach im Gange. Aus der reinen Aufzählung dieser kann jedoch
315 noch lange nicht abgeleitet werden, was dies für die und den Einzelne*n bedeutet. Am Beispiel der Arbeits-
316 zeitflexibilisierung kann dies exemplarisch aufgezeigt werden. Wenn Arbeitnehmer*innen sich ihre Arbeitszeit
317 frei einteilen können, kann dies Vorteile bringen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf könnte dadurch er-
318 möglicht werden. Andererseits ist es auch denkbar, dass so ein Zwang zur ständigen Erreichbarkeit geschaf-
319 fen wird, in der*die Arbeitnehmende 24/7 für den*die Chef*in erreichbar und arbeitsbereit sein muss. Die
320 Frage, welche Änderungen zu Problemen werden und welche zu Chancen, ist noch nicht abschließend be-
321 antwortet, sondern bedarf der politischen Ausgestaltung. Die Veränderungen der Arbeitswelt wirken sich auf
322 alle Bereiche der betrieblichen Realität aus, wir werden uns damit beschäftigen, wie Mitbestimmung in diesen
323 veränderten Betrieben aussehen kann, um bisherige Standards zu erhalten und auch wie Arbeitsbedingungen
324 durch weitere Mitbestimmungsmöglichkeiten bspw. die Ausweitungen auf unternehmerische Entscheidungen
325 realisiert werden können.

326 Umbrüche im Erwerbsleben

327 Die Arbeitswelt wandelt sich. Früher war es für Arbeitnehmer*innen der Regelfall, nach der Schule eine Ausbil-
328 dung oder ein Studium abzuschließen und dann bis zum Rentenalter ein und denselben Beruf auszuüben, oft-
329 mals sogar in nur einem Unternehmen. Heutzutage steigt der Anteil gebrochener Erwerbsbiographien. Einer
330 zunehmenden Anzahl von Arbeitskräften ist es nicht mehr möglich, ihren erlernten Beruf bis zur Rente auszu-
331 üben. Umbrüche im Erwerbsleben gehören immer öfter zum Normalfall und es sieht so aus, als ob sich dieser
332 Trend verstetigen würde. Dies kann für den einzelnen Menschen eine Phase von Unsicherheit und finanziellen
333 Einbußen bedeuten; daraus kann Angst resultieren, welche sich dann u.a. in der Abnahme gesellschaftlichen

334 Zusammenhalts manifestiert.

335 Deshalb ist die Frage, wie diese Umbrüche von Staat und Gesellschaft begleitet werden können und in dieser
336 – für den einzelnen Menschen ungewissen – Phase dem Individuum Sicherheit gegeben werden kann. Das
337 aktuelle System der Arbeitslosenversicherung wird diesen Entwicklungen nicht ansatzweise gerecht. Anstatt
338 Individuen in diesen Phasen des Umbruchs zu unterstützen, fallen diese schnell durchs Raster und steigen
339 (oftmals unverschuldet) sozial und finanziell ab und verlieren vieles, was sie sich zuvor durch ihre Arbeit auf-
340 gebaut haben. Wir werden uns damit beschäftigen, wie die Arbeitslosenversicherung erneuert werden kann,
341 ob eine Arbeitsversicherung sinnvoll ist und wie Erwachsenenbildung neu organisiert werden kann. Lebens-
342 langes Lernen darf nicht nur ein Schlagwort sein, womit Verantwortung beim Individuum abgeladen wird,
343 sondern es muss ein Konzept sein, dass auf den einzelnen Menschen zugeht und ihn unterstützt.

344 Arbeit für alle

345 Die Zentralität der Erwerbsarbeit ist für uns eine nicht bestreitbare Tatsache und hat Folgen für unsere Ideen
346 und Forderungen zur Ausgestaltung der Arbeitswelt und dem Zugang zu dieser.

347 Für viele Berufsbilder existieren bei vielen Menschen starke Geschlechterstereotype. Gängige Klischees lauten:
348 Die Arbeit in der Kita sollte von Frauen erledigt und der Mottek aufm Bau von einem Mann geschwungen
349 werden. Es gibt keinen rationalen Grund anzunehmen, dass Menschen besser oder schlechter für einen Beruf
350 geeignet sind, nur weil sie mit einem bestimmten biologischen Geschlecht geboren wurden. Die Barrieren zu
351 den Berufen stehen dabei natürlich nirgendwo auf Papier, sondern sie herrschen in den Köpfen. Wir wollen
352 diese aufbrechen. Ebenso besteht kein rationaler Grund, klassische „Frauenberufe“ schlechter zu entlohnen
353 als andere Erwerbsarbeit und diese Berufsfelder damit abzuwerten. Wir müssen Konzepte entwickeln, wie
354 eine effektive Frauenförderung aussehen kann.

355 Es gibt einen Trend zu steigenden benötigten bzw. von Arbeitgeber*innen geforderten Qualifikationen. Wo
356 Bankkauffrau/ Bankkaufmann früher noch eine klassische Laufbahn für Menschen mit mittlerer Reife war,
357 ist inzwischen das Abitur Standard. Berufsbilder für gering qualifizierte Menschen sind durch die technischen
358 Veränderungen deutlich stärker bedroht als diejenigen für Hochqualifizierte. Durch die Verschiebung der Qua-
359 lifikationen auf dem ersten Arbeitsmarkt ergibt sich für viele Menschen ein Problem, deren bisherigen Quali-
360 fikationen zu niedrig sind. Manchen kann mit Bildungsmaßnahmen geholfen werden, wieder andere schaffen
361 aus den verschiedensten Gründen auch diese nicht. Manchmal können z.B. physische oder psychische Proble-
362 me so gravierend sein, dass der Einstieg in ein Arbeitsverhältnis zu marktüblichen Bedingungen nicht möglich
363 ist. Es muss darüber geredet werden, inwiefern ein sozialer Arbeitsmarkt den Menschen helfen könnte, die
364 auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Fuß fassen können. Es sollte dabei einen klaren Gegenentwurf zu den
365 bisherigen Maßnahmen der Jobcenter, die oftmals eher zur Beschäftigung dienen statt einen Mehrwert für
366 die Menschen zu bieten, geben.

367 Mitbestimmung

368 Die Veränderungen in der Arbeitswelt schlagen sich in den einzelnen Betrieben nieder, seien es Flexibilisierung
369 von Arbeitszeit und Ort oder die Anforderungen an Qualifikationen der Beschäftigten. In dieser Situation müs-
370 sen wir im Fokus haben, wie die betrieblichen Mitbestimmungsorgane die neuen Anforderungen bewältigen
371 können. Wir werden uns damit auseinandersetzen, welche Möglichkeiten Betriebsräte und JAVen jetzt schon
372 haben um in den Betrieben für gute Arbeitsbedingungen zu kämpfen und welche sie brauchen um die Errun-
373 genschaften der Arbeiter*innenbewegung zu verteidigen und auszubauen. Auch werden wir diskutieren, wie
374 die Etablierung betrieblicher Mitbestimmung dort unterstützt werden kann, wo noch keine Strukturen vorhan-
375 den sind. Dies betrifft vor allem den Dienstleistungssektor und muss auch zusammen mit dem Phänomen der
376 Tarifflicht (z.B. durch Ausgliederungen in Tochterunternehmen) besprochen werden.

377 Care-Arbeit

378 Ein großer Teil der geleisteten Arbeit wird nicht entlohnt und findet kaum Eingang in offizielle Statistiken: Care-
379 Arbeit. Gemeint sind dabei Tätigkeiten, bei denen sich Individuen um andere Menschen kümmern, wie z.B. die
380 Erziehung und Versorgung der eigenen Kinder oder die Pflege von Angehörigen. Diese Tätigkeiten werden
381 mehrheitlich von Frauen ausgeübt. Dies hat weitreichende Folgen. Denn während sie diese Arbeiten ausüben,
382 sammeln sie keine Rentenpunkte, obwohl die Gesellschaft darauf angewiesen und davon abhängig ist, dass
383 diese Aufgaben erledigt werden. Nach Eintritt ins Rentenalter führt dies zu einem erhöhten Risiko von Alterssar-
384 mut bei Frauen im Vergleich zu Männern. Wir müssen darüber diskutieren, wie diese strukturellen Benachtei-

385 lungen von Frauen aufgehoben werden können. Dass dies nicht nur geringfügige Veränderungen bedeuten
386 kann, wird an der aktuellen Situation der Pflege klar. Es ist ein Spannungsfeld das momentan zwischen Care-
387 und Erwerbsarbeit schwankt und neu strukturiert werden muss.

388 • **Wie wird aus technischem durch uns auch sozialer Fortschritt?**

389 Wenn in der öffentlichen Diskussion die Rede vom technischen Fortschritt ist, folgen darauf zumeist Debatten
390 über die Digitalisierung der Arbeitswelt und natürlich erheben wir als jungsozialistischer Verband den Gestal-
391 tungsanspruch, die Arbeitswelt von morgen nach unseren Vorstellungen zu formen. Weil wir zugleich aber
392 ebenfalls davon überzeugt sind, dass die Art, wie wir arbeiten auch direkten Einfluss auf die Art hat wie wir
393 leben, müssen wir auch die Frage beantworten, wie die technologischen Innovationen uns als Gesellschaft
394 beeinflussen. Konkret gestellt: Wie schaffen wir es, dass aus dem technischen ein sozialer Fortschritt für alle
395 wird?

396 Während konservative und rechtspopulistische Kräfte der Technikskepsis und der Zukunftsangst nach dem
397 Mund reden und dies für ihre reaktionäre Politik nutzen, müssen wir diejenigen sein, die eine progressive,
398 sozialistische Zukunftsvision angesichts sich zügig verändernder Lebens- und Arbeitsbedingungen erarbeiten.
399 Dabei ist für uns auch klar, dass Probleme nicht nur dornige, neoliberale Chancen sind. Es war und ist die
400 historische Rolle der jungsozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung, dafür zu sorgen, dass techni-
401 sche Innovationen nicht dem Kapital, sondern den Menschen dienen. Die Wurzeln unserer Bewegung liegen in
402 dem Kampf um eine Humanisierung der industriellen Revolution und um eine Befreiung des Menschen durch
403 Fortschritt. Diese Rolle ist keineswegs obsolet geworden.

404 Wenn wir als Jungsozialist*innen darüber diskutieren, wie wir Profit aus technologischem Fortschritt gerecht
405 verteilen können, müssen wir an erster Stelle auch immer die Eigentumsfrage (an den Produktionsmitteln)
406 stellen. Im Jahr des 200. Geburtstages von Karl Marx hat die Hälfte unserer Gesellschaft netto keinen Vermö-
407 gensbesitz, ohne erst von Produktionsmitteln zu reden. Die oberen 10% unserer Gesellschaft vermehren ihr
408 Vermögen in großen Teilen alleine durch den Besitz an Produktionsmitteln – auf dem Rücken derjenigen, die
409 ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen. Aufbauend auf unseren Diskussionen der letzten Jahre müssen
410 wir einen regelmäßigen Austausch zur Wirtschaftspolitik mit anderen wirtschaftspolitischen Akteur*innen und
411 Bündnispartner*innen schaffen, auf dem wir aktuelle, aber auch grundsätzliche Themen (wie einen sozialisti-
412 schen Innovationsbegriff im digitalen Zeitalter, digitale Machtstrukturen oder eine Lösung der Eigentumsfrage)
413 diskutieren und eine wirtschaftspolitische Strategie entwickeln, an deren Ende der demokratische Sozialismus
414 steht.

415 Ausgehend von einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, die wir heute vorfinden, brauchen wir weiter eine Um-
416 verteilung, die den erwirtschafteten Profit im Anschluss an den Wertschöpfungsprozess gerecht auf alle Teile
417 der Gesellschaft verteilt. Wir wollen darüber diskutieren, wie wir eine Diskursverschiebung erreichen können.
418 Bisher ist Umverteilung für uns in erster Linie eine Gerechtigkeitsfrage. Daraus lassen wir uns allzu oft von
419 konservativer und neoliberaler Seite eine Neiddebatte aufzwingen, die wir an dieser Stelle gar nicht führen
420 wollen. Eine gleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen lässt sich aber eben nicht nur unter Gerech-
421 tigkeitsaspekten diskutieren, sondern hat auch positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Performance.
422 Deshalb möchten wir uns die Frage stellen, wie wir den politischen Diskurs rund um die Verteilungsfrage auch
423 auf eine Wachstumsdebatte lenken können.

424 Dabei wollen wir auch umweltpolitische Aspekte in den Blick nehmen. Die bereits angesprochene aktuelle ka-
425 pitalistische Lebens- und Arbeitsweise beruht teilweise auf der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen
426 der Menschheit – gerade der menschengemachte Klimawandel ist eine existenzielle Bedrohung für unseren
427 Planeten. Schon heute erleben wir bereits eine weltweit zunehmende Anzahl von Extremwetterereignissen als
428 Folge des Klimawandels. Umwelt- und Klimaschutz ist für uns deshalb eine Frage der Solidarität – zwischen
429 den Generationen, zwischen den Weltregionen. Für uns ist aber auch klar, dass Umwelt- und Klimaschutz,
430 der allein die Verbraucher*innen zum Handeln fordert, zum Scheitern verurteilt ist, weil er die wirtschaftliche
431 Situation weiter Teile der Weltbevölkerung, aber auch der in Deutschland und Europa lebenden Menschen,
432 verkennt. Es ist deshalb unsere Aufgabe als Jusos dafür zu sorgen, dass die sozial-ökologische Transformati-
433 on von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt. Dafür wollen wir insbesondere den technischen Fortschritt nutzen
434 und darauf hinwirken die Rahmenbedingungen der Forschung und Entwicklung für einen sozial-ökologischen
435 Fortschritt zu stärken.

436 Angesichts einer erneuten technischen Revolution ist es daher geboten, die Auswirkungen dieser im Ganzen

437 ins Auge zu fassen, um umfassend darauf reagieren zu können. Was also macht der technologische Fortschritt
438 mit uns als Gesellschaft? Welche Möglichkeiten des sozialistischen Zusammenlebens ergeben sich durch die-
439 sen in einer Zeit, die durch Individualisierung und Vereinzelung geprägt ist? Gelingt es uns, die Chancen dieser
440 Entwicklung so zu nutzen, dass Menschen besser miteinander vernetzt werden? Dass sie u.a. demokratischen
441 Zugang zu Wissen erhalten?

442 Solchen Fragen der gleichberechtigten Nutzbarmachung der neuen Entwicklungen müssen wir eine Debat-
443 te über die ethischen Implikationen im Zusammenhang mit diesen voranstellen. Die Binsen, dass nicht alles,
444 was technologisch möglich, zugleich auch moralisch geboten ist, kann unser letztes Wort nicht sein. Vielmehr
445 müssen wir konkret diskutieren, wie wir uns beispielsweise den Einsatz von humanoiden Robotern vorstellen,
446 die durch eine künstliche Intelligenz gesteuert werden und bisher vor allem menschliche Tätigkeiten, sei es
447 z.B. im Bildungsbereich, auf der Straße durch autonomes Fahren, in der Pflege oder in der Sexarbeit, über-
448 nehmen sollen. Wollen wir das und falls ja, zu welchen Bedingungen? Und was hat es eigentlich für einen
449 Einfluss auf den*die Einzelne*n, wenn mensch in Pflegeeinrichtungen nicht mehr wie bisher von einem an-
450 deren Menschen, sondern einem Pflegeroboter gefüttert wird? Als weiteres Beispiel können die Diskussionen
451 um die Editierung menschlicher wie pflanzlicher DNA genannt werden, die wir im Bewusstsein der ethischen
452 Dimension und auf Grundlage naturwissenschaftlicher Erkenntnisse führen wollen.

453 In diesem Zusammenhang müssen wir besonders auch die feministische Perspektive in den Fokus rücken,
454 für die sich aufgrund des technischen Fortschritts eine Vielzahl an Fragen ergeben. Die Fortschritte in der Re-
455 produktionsmedizin beispielsweise werden mittelfristig eine vollständige Trennung von Sex und Fortpflanzung
456 ermöglichen, während eine breite Debatte über die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung fehlt.
457 Welche Chancen ergeben sich angesichts dieser Tatsache z.B. für die Überwindung tradiertter Paar- und Fami-
458 lienmodelle und inwiefern eröffnet Reproduktionsmedizin einen Markt, der neue Ungleichheiten und Ausbeu-
459 tungen produziert?

460 Auch an anderer Stelle bietet der technologische Fortschritt Chancen für den Kampf gegen die Reproduktion
461 von Geschlechter-Stereotypen. Wenn mensch den Fakt anerkennt, dass sowohl die Programmierung von Al-
462 gorithmen, als auch die Erhebung der Daten, aus denen diese sich speisen, nicht neutral sind, sondern von
463 Menschen vorgenommen werden, müssen wir das Gestaltungspotenzial an dieser Stelle ergreifen und über
464 die Bedingungen diskutieren, wie wir dieses Programmieren und Erheben entgegen des status quo feminis-
465 tisch und progressiv gestalten.

466 In diesem Punkt liegt schließlich eine weitere gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir als Jungsozialist*innen
467 müssen dem neoliberalen Trend der Quantifizierung des Sozialen, also der Datenansammlung und des Ran-
468 kings in allen Lebensbereichen, etwas entgegensetzen, weil darin für uns ein Angriff auf das schöne Leben
469 besteht. Es ist unsere Gesellschaft nicht, in der die möglichst effiziente Optimierung zur Pflicht eines jeden
470 Individuums wird. Aus diesem Grund müssen wir darüber debattieren, wie wir in Zeiten des social scorings
471 sicherstellen, dass alle Menschen autonom und souverän über ihre Daten verfügen können und Anpassungs-
472 und Netzwerkeffekte verhindert werden.

473 Der Einfluss des technischen Fortschritts auf unser gesellschaftliches Zusammenleben ist also vielfältig. Es
474 wird an uns sein, diesen so zu gestalten, dass daraus auch ein sozialer Fortschritt erwächst. Dies tun wir der
475 Zukunft zugewandt, aber nie mit einer Bedenken second-Naivität.

476 • Zukunft des Sozialstaats

477 Der Sozialstaat, eine der zentralen Errungenschaften unserer Bewegung, steht unter Beschuss. Ganz praktisch
478 wird ihm unter anderem aufgrund des demographischen Wandels seine Finanzierungsgrundlage auf abseh-
479 bare Zeit wegbrechen. Und gerade Konservative und Neoliberale nutzen das nahende Wegbrechen ideolo-
480 gisch, um ihn als Auslaufmodell darzustellen und seine Berechtigung in der jetzigen Form ganz grundsätzlich
481 anzuzweifeln. Diesem Programm des Sozialabbaus werden wir einen solidarischen Sozialstaat als Garant für
482 den gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegenstellen, indem wir eine breite Debatte über seine Zukunft füh-
483 ren.

484 Dabei ist die bereits angesprochene Frage seiner Finanzierungsgrundlage eine ganz zentrale. Angesichts ei-
485 ner schrumpfenden Gesellschaft, in der das zahlenmäßige Gleichgewicht zwischen Jung und Alt absehbar in
486 eine Schieflage gerät, müssen wir Konzepte erarbeiten, die eine gute finanzielle Ausstattung unserer sozialen
487 Sicherungssysteme unter diesen veränderten Bedingungen garantieren und einen Sozialstaat ermöglichen, in

488 dem Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern von dem alle gerecht profitieren. Blei-
489 ben wir bei dem umlagefinanzierten System? Und falls ja, wie müssen beispielsweise Beitragsbemessungs-
490 grenzen entsprechend angepasst oder gar vollständig abgeschafft werden? Oder ziehen wir die Besteuerung
491 von Kapital als Finanzierungsmöglichkeit zum bisherigen System hinzu? Wenn wir grundsätzlicher von einer
492 solidarischen Bürger*innenversicherung sprechen, wie ist diese dann konkret ausgestaltet? Wenn wir in die-
493 sem Diskursfeld die Deutungshoheit erringen möchten, müssen wir gerade auf solche Fragen klare Antworten
494 geben können.

495 Der Sozialstaat, den wir mit unserer Politik verfolgen, sichert alle Menschen vor der Willkür des Kapitalismus
496 gleichermaßen ab. Die Absicherung von Menschen in oder vor individuellen Notlagen muss immer mit einem
497 Rechtsanspruch auf konkrete Sozialpolitiken einhergehen. Über den Ausgleich struktureller Lücken, die der
498 Kapitalismus hinterlässt, müssen Sozialpolitiken das in einer Gesellschaft vorhandene Kapital umverteilen,
499 um gleichwertige Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft zu erreichen. Die bisherige neoliberale Ideologie
500 des Fördern und Forderns, die maßgeblich durch die Sozialdemokratie installiert wurde, ist gescheitert und
501 hat die Gesellschaft tief gespalten. Solange unsere Partei sich dies nicht eingesteht, bleiben linke, progressive
502 Mehrheiten mittel- bis langfristig eine Vision. Das können und wollen wir als Jungsozialist*innen nicht akzep-
503 tieren.

504 Unsere progressiven, sozialistischen Ansprüche an den Sozialstaat, der eine menschenwürdige Existenzsiche-
505 rung garantiert, müssen wir wieder klar definieren. Ja, wir brauchen endlich Alternativen zum Sanktionsregime
506 von Hartz IV, das Menschen trotz jahrelanger Erwerbstätigkeit in die Armut stürzt und das keine befriedigen-
507 den Antworten für Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit findet. Die Debatten beispielsweise zum solidarischen
508 Grundeinkommen, zum Chancenkonto, zur Kindergrundsicherung etc. müssen fortgesetzt werden. Zur Exis-
509 tenzsicherung gehört für uns aber nicht nur die gesellschaftliche Solidarität im Falle der Arbeitslosigkeit. Als
510 Jungsozialist*innen wollen wir uns natürlich auch verstärkt mit Fragen, die vor allem junge Menschen betref-
511 fen, auseinandersetzen. Der Sozialstaat soll gewährleisten, dass alle die Bildung bekommen, die sie sich wün-
512 schen und nicht wegen finanzieller Einschränkungen sich gegen einen bestimmten Ausbildungsweg entschei-
513 den müssen. Wir wollen daher angestoßene Debatten in dieser Richtung intensivieren, wie z.B. zum kostenlo-
514 sen Meister und zum Azubi-Ticket, aber auch zum lebenslangen Lernen und dafür sorgen, dass wir nicht hinter
515 bereits errungene Fortschritte, wie die Abschaffung der Studiengebühren, zurückfallen.

516 Weitere Fragen schließen sich an: Wie muss der Sozialstaat in Hinblick auf die Benachteiligung von Frauen*
517 umgestaltet werden, damit Frauen* nicht mehr bei Lohnzahlungen, bei den Steuern oder wegen zusätzlicher
518 Belastung durch unbezahlte Care-Arbeit benachteiligt werden? Und wie organisieren wir ein vielfältiges Zu-
519 sammenleben, sodass alle ein sozial sicheres Zuhause haben und Menschen, die gesellschaftlich schlechter
520 gestellt sind, nicht auch noch am Rande der Stadt in längst renovierungsbedürftigen Gebäuden leben müs-
521 sen?

522 Ohnehin bleibt Wohnen für uns eine der zentralen sozialen Zukunftsfragen, angesichts nicht mehr bezahl-
523 barer Mieten allerorten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Wohnen ist für uns ein Grund-
524 recht – deshalb darf kein Quartier eine homogene Reichen-Bastion werden oder bleiben. Anders formuliert:
525 bezahlbares Wohnen muss überall möglich sein, egal in welchem Stadtteil, egal ob auf dem Land oder in der
526 Stadt. Wir sehen alle politischen Strukturebenen in der Verantwortung, dieses zu realisieren. Gerade der Um-
527 gang mit Grund und Boden ist dabei für uns zentral. Um die Kommunen in ihren Planungen unabhängig von
528 Privatinteressen zu machen, gehören zu überplanende Grundstücke in öffentliche Hand. Wir wollen deshalb
529 den Trend zur Veräußerung kommunaler Grundstücke umkehren und an seine Stelle eine aktive Bodenpolitik
530 setzen. Kommunale Bodenfonds, eine stärkere Verwendung des Erbbaurechts, Millieuschutzsatzungen, In-
531 nenentwicklungsmaßnahmen sind nur einige der zu diskutierenden Maßnahmen, mit denen wir uns befassen
532 wollen. Neben diesen, auf kommunales Handeln ausgerichteten Maßnahmen, müssen auch die bau-, boden-
533 , und steuerrechtlichen Regelungen von Land und Bund Teil dieser Debatte sein. Insbesondere die zeitlich
534 drängende Grundsteuerreform kann ein Anlass sein, diese Debatte umfassend zu führen.

535 Den hier bereits angerissenen Privatisierungstendenzen wollen wir uns nicht nur im Zusammenhang mit dem
536 Thema Wohnen entgegenstellen. Überall dort, wo die Auffassung vertreten wird, dass die Privatwirtschaft der
537 geeignetere Akteur sei – beispielsweise im Bereich der Infrastruktur, der Altersvorsorge oder dem Outsourcing
538 kommunaler Daseinsvorsorge – werden wir deutlich machen: Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche
539 Hand.

540 Aus feministischer Perspektive liegt in einer Neuordnung des Sozialstaats eine klare Chance für eine progres-
541 sive Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen Paradigmenwechsel, der dazu führt, dass eine umfassende Da-
542 seinsvorsorge unabhängig von Geschlecht oder Familienform gewährleistet ist. Das bedeutet nicht nur, dass
543 wir endlich darüber debattieren müssen, wie wir uns eine staatliche Familienförderung der Konstellationen
544 vorstellen, die nicht dem längst überholten Bild des männlichen Alleinernährers entsprechen. Das bedeu-
545 tet zum Beispiel auch, die Absicherung von Frauen* durch einen Arbeitsmarkt zu gewährleisten, innerhalb
546 dessen diese nicht mehrheitlich gezwungen sind abgewerteten und schlecht bezahlten Tätigkeiten nachzuge-
547 hen.

548 Schließlich müssen wir den Mut aufbringen, eine politische Lebenslüge in Deutschland zu enttarnen, die da
549 heißt, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Tatsächlich sind wir als Gesellschaft, die ohne Zuzug
550 massiv abnehmen würde, mit entsprechenden Folgen für den Sozialstaat, auf Einwanderung angewiesen. Und
551 wir als Jungsozialist*innen wollen diejenigen sein, die über die Bedingungen gelingender Zuwanderung eine
552 öffentliche Debatte führen. Wie organisieren wir die BRD als Einwanderungsland von links? Wir organisieren
553 wir eine Identität, die Diversität nicht als Schwäche, sondern als Stärke begreift? Und wie sehen vor diesem
554 Hintergrund beispielsweise sozialstaatliche Maßnahmen aus, die zu uns Gekommene dazu befähigt, ihr Leben
555 selbstständig zu bestreiten und ihnen hier ein Zuhause bietet?

556 Für uns steht der Sozialstaat nicht zur Debatte. Aber damit er bleibt, muss er sich verändern. Wir wollen die-
557 se Veränderungen so gestalten, dass am Ende ein solidarischer Sozialstaat entsteht, der allen Menschen in
558 unserer Gesellschaft den Platz einräumt, den sie brauchen.

559 **Leitlinie Feminismus**

560 Die Gesellschaftsform, in der wir leben, kann als patriarchaler Kapitalismus bezeichnet werden. Was hochge-
561 stochen klingt, zeichnet für uns Jusos grundlegende Strukturen einer Gesellschaft nach, die auch im Jahr 2018
562 noch große Ungleichheiten auf Grund des Geschlechts produziert. Neben Kapital, das höchst ungleich zwi-
563 schen Menschen verteilt ist, sind es genauso Machtpositionen, die zu einem viel zu großen Teil von Männern
564 besetzt sind. Wenn wir also für einen demokratischen Sozialismus kämpfen, können wir das nur auf feministi-
565 sche Weise tun. Über unser Bekenntnis hinaus, ein feministischer Richtungsverband zu sein, muss Feminismus
566 zur Leitlinie unseres Handelns werden und in allen inhaltlichen und strukturellen Bereichen konsequent mit-
567 gedacht werden.

568 Die gesellschaftliche Einteilung von Menschen in „Frauen“ und „Männer“ stellt für uns sozial konstruierte Kate-
569 gorien dar, die wir langfristig überwinden wollen. Diesen sozial-gemachten Zustand gilt es in unseren eigenen
570 Herangehensweisen deshalb immer zu reflektieren, trotzdem müssen wir die in der Gesellschaft gelebte Zwei-
571 geschlechtlichkeit anerkennen, um die nur so offengelegten Ungleichheiten bekämpfen zu können. Gleichzei-
572 tig orientieren wir uns an einem queeren und intersektionalen Feminismus, bei dem wir uns darüber bewusst
573 sind, dass es mehr als zwei Geschlechter, mehr als eine Familienform gibt und mehr als eine Ungleichheit auf
574 einen Menschen wirken kann.

575 Mal sind die Ungleichheiten greifbar und sie äußern sich durch eine Lohnlücke von 22% oder in Statistiken
576 zu Gewalterfahrungen. Manchmal sind die Strukturen, die Frauen* von einer sicheren Zukunft abhalten oder
577 dafür sorgen, dass ihre Leistungen in der Wissenschaft, im familiären Umfeld oder in der politischen Historie
578 anerkannt werden weniger greifbar und fast unsichtbar. Nur wenn wir jeden politischen Bereich auch aus einer
579 feministischen Perspektive betrachten, können wir gewährleisten alle Ungleichheiten zu bekämpfen.

580 Gerade in Zeiten, in denen rechte Kräfte wieder stärker werden, gilt es den Feminismus besonders hochzu-
581 halten und weiter dafür zu kämpfen. Wir müssen dafür einstehen, dass wir bereits errungene Fortschritte
582 nicht verlieren und nicht in Grundsatzdebatten zurückfallen, in denen Frauen* (und auch Männer*) in ste-
583 reotypische Lebensweisen zurückgedrängt werden sollen, wie Rechte es fordern. Diesen Tendenzen müssen
584 wir zukunftsweisende Visionen entgegenstellen, die aufzeigen, dass eine Gesellschaft nur dann gut sein kann,
585 wenn alle mit gleichen Rechten und frei von Diskriminierung selbstbestimmt leben können.

586 Unser Anspruch bei der Beantwortung dieser Fragen ist jedoch, dass dies nicht nur aus einer feministischen
587 Sicht geschieht, sondern auch von Frauen* aktiv mitgestaltet werden kann. Politische und wirtschaftliche Ent-
588 scheidungen dürfen nicht nur von Männern* getroffen werden, sondern Frauen* muss es ermöglicht werden

589 in Positionen zu kommen, in denen sie mitgestalten können. Auch in unserem Verband gibt es genderspe-
590 zifische Lücken – ob in der Bereitschaft sich in Diskussionen einzubringen oder schlicht an Veranstaltungen
591 teilzunehmen. Daher müssen wir auch innerhalb des Verbandes weiter daran arbeiten, gleiche Teilhabe für alle
592 praktisch umzusetzen und eine Vernetzung unter Frauen* zu institutionalisieren. Wir wollen Angebote schaf-
593 fen, in denen Frauen Schutzräume vorfinden und sich gegenseitig empowern können. Dominant-männliches
594 Verhalten wollen wir überwinden. Auch in Hinblick auf die kommenden Wahlen für Europa und die Kommunen
595 muss es unsere Aufgabe sein, diese frühzeitig zu begleiten und dafür zu sorgen, dass Frauen* auf aussichtsrei-
596 che Plätze kommen und eine Chance haben, ein Mandat zu besetzen. Nur wenn wir mit einer feministischen
597 Perspektive an alle Herausforderungen der nächsten zwei Jahre herangehen, können wir jungsozialistische
598 Politik machen, die gerecht und emanzipatorisch ist.

599 **Sozialismus**

600 Den demokratischen Sozialismus erkämpfen zu wollen ist für uns keine hohle Phrase, sondern eine konkrete
601 politische Forderung, die wir erreichen möchten. Dieses Ziel denken wir in unserer alltäglichen politischen
602 Arbeit stets mit. Für uns Jungsozialist*innen ist es von enormer Wichtigkeit, dass wir diesen Begriff wieder
603 konkret mit Inhalt füllen und darüber diskutieren, welche Bedeutung er für uns hat. Wir brauchen eine Idee
604 und einen Begriff davon, wie wir Sozialismus im 21. Jahrhundert erkämpfen können. Sicher sind wir uns jedoch
605 bereits, dass ein Leben im Sozialismus bedeutet, dass der Kapitalismus als Wirtschaftssystem aufgehoben
606 werden muss und wir ein neues System etablieren müssen, damit alle Menschen frei von Unterdrückung und
607 Ausbeutung leben können. Denn wir streiten für eine Welt, in der die Arbeiter*innen und Beschäftigten und
608 nicht die Kapitalist*innen und Unternehmensleitungen die Gewinne behalten dürfen. Wir müssen uns auch
609 in Zukunft der Analyse des Kapitalismus widmen und uns hierbei fundiert auf sozialistische Theorie beziehen.
610 Denn nur so können wir Strukturen erkennen, die wir nutzen können und andere, die es zu bekämpfen gilt,
611 um eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten. Die Herbeiführung des Sozialismus kann jedoch nicht lediglich
612 durch Reformen erfolgen, sondern bedarf einer sozialen Umwälzung der Verhältnisse.

613 **Antifaschismus**

614 Der Antifaschismus ist einer unserer Grundsätze, der unser tägliches Tun und Handeln bestimmt. Egal ob in
615 unserer Arbeit als Verband, in der Kooperation mit anderen Jugendorganisationen und Bündnispartner*innen,
616 auf Demos oder in der politischen Debatte: Wir setzen uns für eine Welt ohne Faschismus und Antisemitismus
617 ein. Gerade in Zeiten, in denen europaweit rechtsnationale bis faschistische Parteien auf dem Vormarsch oder
618 längst an Regierungen beteiligt sind und in denen Menschen massiv wegen ihrer Nationalität, Religionszuge-
619 hörigkeit und/oder Hautfarbe diskriminiert und ausgegrenzt werden, müssen wir noch stärker unsere Stimme
620 erheben und zeigen, dass rechtes Gedankengut wie auch der vermeintlich harmlosere Alltagsrassismus in un-
621 serer Einwanderungsgesellschaft keinen Platz hat. Unabhängig davon wollen wir darauf hinwirken, dass sich
622 die Tatsache, dass unsere Gesellschaft positiv von Einwanderung geprägt ist, sich auch weiterhin in unserem
623 Verband und bei unseren Mitgliedern widerspiegelt.

624 Als spezifisch deutsche Verhältnisse haben die Taten des NSU gezeigt, dass der Staat tatsächlich nicht auf dem
625 rechten Auge blind ist, sondern zum Teil selbst zugegen war, während rassistische Morde verübt wurden. Wir
626 verurteilen die bis heute mangelnde Aufklärung zutiefst.

627 Auch dem stärker werdenden Antisemitismus setzen wir uns dabei mit aller Kraft entgegen. Während als ‚Is-
628 raelkritik‘ [sic!] getarnte antisemitische Tiraden, auch aus vermeintlich linken Bewegungen, hoffähiger werden,
629 bleibt eine breite Debatte über den Anstieg von gewalttätigen Übergriffen auf jüdische Mitbürger*innen aus.
630 Wir werden sämtlichen Antisemitismus bekämpfen und zugleich die Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit bei-
631 spielsweise durch Gedenkstättenfahrten oder Zeitzeug*innengespräche unermüdlich fortsetzen.

632 **Internationalismus**

633 Unsere Art zu arbeiten, zu wirtschaften und zusammenzuleben verändert sich unter anderem durch immer
634 neue technische Möglichkeiten und die globale Vernetzung im Rahmen der Digitalisierung. Damit wollen wir

635 uns in den nächsten Jahren intensiv auseinandersetzen. Wir sind der Überzeugung: Dieser Wandel passiert
636 nicht nur innerhalb von nationalstaatlichen Grenzen. Unsere Antwort kann somit auch nur eine internationa-
637 listische sein.

638 Während der Kapitalismus die wachsende internationale Vernetzung zu nutzen weiß, werden zum Beispiel
639 Mitbestimmungsmöglichkeiten oder Staatlichkeit nicht international gedacht, vielmehr schottet sich Europa
640 untereinander und nach außen immer weiter ab. Wir werden weder kommentarlos das Ertrinken der Men-
641 schen im Mittelmeer hinnehmen, noch akzeptieren, dass die Länder im Süden Europas mit den ankommenden
642 Geflüchteten alleine gelassen werden.

643 Internationale und europäische Solidarität heißt für uns auch, dass unterschiedlich starke Schultern nicht nur
644 in Steuersystemen mehr tragen müssen, sondern auch in der europäischen Zusammenarbeit unter den Län-
645 dern umverteilt werden muss.

646 Innerhalb der Bundesjusos setzen wir uns für eine weitere Stärkung der internationalen Arbeit ein. Dabei
647 muss es vor allem darum gehen die Ausbeutung des globalen Südens durch die Länder des globalen Nordens
648 nachhaltig zu beenden, um jungen Menschen überall auf der Welt gute Perspektiven zu ermöglichen. In NRW
649 möchten wir die laufende Zusammenarbeit mit den Benelux-Verbänden weiter ausbauen.

650 **Bündnisarbeit**

651 Wir Jusos kämpfen für eine bessere Zukunft in einer gerechteren Gesellschaft, in diesem Kampf stehen wir
652 zum Glück nicht alleine. Wir pflegen zu unterschiedlichen Partner*innen gute Kontakte und werden diese auch
653 weiterführen und wo es sich anbietet ausbauen.

654 Als gesamtgesellschaftliche Linke stehen wir an einem schwierigen historischen Punkt – wir erleben einen mas-
655 siven Rechtsruck. Dagegen befinden wir uns seit Jahren in Abwehrkämpfen und kommen selbst kaum nach
656 vorn in die Richtung einer Gesellschaft, in der wir leben wollen. Wir müssen raus aus der reinen Defensive und
657 wieder anfangen, emanzipatorische Perspektiven zu entwickeln. Dafür braucht die SPD eine starke und gut ko-
658 ordinierte Parteilinke. Wir Jusos wollen gerade auch mit unserer neuen Kraft im Landesvorstand der NRWSPD
659 der Motor einer stärkeren Parteilinken sein. Aber wir brauchen nicht nur die Zusammenarbeit in der Partei,
660 sondern auch mit Partner*innen aus den Gewerkschaften, den Arbeiter*innenjugenden und Organisationen
661 aus dem linken Spektrum.

662 Unsere Geschichte ist die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung und auch heute verfolgen wir die Ziele
663 dieser. Es ist für uns selbstverständlich mit den Organisationen der Arbeiter*innenjugend, wie beispielsweise
664 Falken, AWO, DIDF, zusammen zu arbeiten. In den letzten Jahren haben wir insbesondere mit den Gewerk-
665 schaftsjugenden ein gutes Verhältnis gepflegt und gemeinsame Forderungen erarbeitet. Besonders die Ver-
666 besserung der Ausbildung und den Kampf um gute Arbeit werden wir weiterhin Seit an Seit mit den Jugendlichen
667 der DGB Gewerkschaften weiterführen. Das Azubiticket ist eine Forderung die sowohl die Jusos als auch die
668 Gewerkschaftjugend stellen, daran werden wir zusammen weiterarbeiten.

669 Auch unsere gute internationale Zusammenarbeit soll weiter fortgeführt werden. Als Teil von YES und IUSY
670 werden wir weiterhin an internationalen Veranstaltungen teilnehmen und uns in die Arbeit unserer Dachver-
671 bände einbringen.

672 Bei der Demonstration gegen die Änderung des Polizeigesetzes in Düsseldorf zeigte sich etwas Bemerkens-
673 wert: Neben all den politischen Gruppen, neben Jusos und Anwaltsverein, beteiligten sich auch sehr viele
674 Fußballfans. Aufgerufen hatten Fangruppen und Ultras von diversen Fußballclubs. Die Szenen von Schalke,
675 Düsseldorf, Köln, Dortmund und viele mehr gingen auf die Straße, um gegen die unnötige Überwachungs-
676 und Repressionspolitik der mitte-rechts Landesregierung zu protestieren.

677 Ob Kommerzialisierung (Kapitalismus), Integration, soziale Arbeit, Fan-Kultur, Jugendbewegungen oder, wie
678 zuletzt, öffentliche Sicherheit: Auch Fußballfans befassen sich mit gesellschaftlichen Fragen. In der Öffentlich-
679 keit wird von diesen oft das stumpfe Bild der „randalierenden Idioten“ gezeichnet. Die Realität ist komplexer.
680 Es gibt viele Fan-Gruppen, die sich sozial engagieren. Sie leisten antidiskriminierende Basisarbeit; sei es gegen
681 Rassismus, Sexismus oder Homophobie. Als Jusos werden wir uns damit auseinandersetzen und Kontakt zu
682 den progressiven Fangruppen suchen

683 Wir sehen uns darüber hinaus als natürlicher Verbündeter verschiedener politischer Selbstorganisationen –
684 von Jugendmigrationsselbstorganisationen bis LGBTIQ*-Verbänden. Wenn es um Emanzipation und Demo-
685 kratie geht, nehmen wir klare Haltungen ein, aber bekennen uns nicht einseitig zu einem von verschiedenen
686 konkurrierenden Verbänden. Unser Ziel ist nicht nur, selbst auf die (Zivil-)Gesellschaft einzuwirken. Ebenso
687 möchten wir erreichen, dass die Zivilgesellschaft in unseren Verband und unsere Partei hineinwirkt. Im Feld
688 unserer Bündnispartner*innen motivieren wir für das Engagement bei den Jusos – sei es in NRW oder im
689 Bundesverband- und in der SPD.

690 Wir wollen auf eine gute Zusammenarbeit mit bewährten und auch neuen Bündnispartner*innen setzen, um
691 unsere politische Forderungen in die breite Gesellschaft zu tragen und gemeinsam für eine linke Politik einzu-
692 stehen.

693 **Bildungsarbeit**

694 Die Stärke unseres Verbandes beruht auf guter Bildungsarbeit. Wir wollen neue Mitglieder methodisch und
695 inhaltlich empoweren. Schon länger Aktiven und Funktionsträger*innen soll ein Angebot zur Vertiefung und
696 Vernetzung im Rahmen unserer Veranstaltungen geboten werden. Auch die verbandsinterne Diskussion wird
697 bei unseren Bildungsveranstaltungen genügend Raum bekommen. In den vergangenen Jahren konnten wir
698 dafür bereits gute Formate etablieren, welche wir beibehalten wollen. Dazu gehören neben den Foren, den
699 Verbandswochenenden, den Grundlagenseminaren, den Abendveranstaltungen und den Neumitgliedersemi-
700 naren auch die Frauen*rhetorikseminare sowie eine Funktionär*innen-Schulung, welche erneut stattfinden
701 sollen.

702 Über den eigenen Tellerrand hinausschauen werden wir insbesondere auch bei Bildungsfahrten und Exkur-
703 sionen.

704 Auch das neuere Format der Wahlkampfmanufaktur hat im letzten Jahr eine gute Möglichkeit geboten, die
705 Menschen im Verband sowohl inhaltlich, wie auch methodisch auf den anstehenden Wahlkampf vorzuberei-
706 ten, weshalb wir dieses Format erneut nutzen wollen.

707 Neben diesen bekannten Strukturen und Formaten wollen wir auch neue Formate etablieren und ausprobie-
708 ren. Dazu gehört die Institutionalisierung von autonomer Frauen*vernetzung. Zunächst werden wir einen Mo-
709 dus ausloten, der auch die zusätzliche Belastung für die aktiven Frauen* berücksichtigt. Auch um den tagespoli-
710 tischen Themen eine Plattform zu geben und eine Möglichkeit zur Diskussion aktueller Fragen zu bieten, wollen
711 wir dafür Treffen in Form einer regelmäßigen Abendveranstaltung etablieren. Neben diesen Präsenz-Terminen
712 werden wir unterschiedliche digitale Formate ausprobieren. Dazu können zum Beispiel WebEx-Seminare ge-
713 hören.

714 Wir halten weiterhin daran fest, feministischen Themen bei allen Veranstaltungen genügend Raum zu ge-
715 ben.

716 Unsere Veranstaltungen sollen für alle zugänglich sein. Bei der Planung der Veranstaltungen wollen wir des-
717 halb unter anderem Arbeitnehmer*innen freundliche Zeiten wählen und in allen Regionen in NRW, vertreten
718 sein.

719 Es wird auch in den kommenden zwei Jahren für Unterbezirke und Kreisverbände die Möglichkeit geben, bei
720 den NRW Jusos ein Kooperationsseminar zu beantragen.

721 Das Bildungsprogramm der NRW Jusos wird jeweils für ein Jahr beschlossen. Weiterhin wollen wir im Nachgang
722 von Bildungsveranstaltungen die Ergebnisse inhaltlich auswerten und von den Teilnehmenden ein Feedback
723 abfragen. Die Ergebnisse der Foren und Verbandswochenenden werden den Unterbezirken und Kreisverbän-
724 den in geeigneter Form zugänglich gemacht. Dadurch können sowohl die Menschen, die nicht teilnehmen
725 konnten, die Diskussionen verfolgen, während auch die Teilnehmenden die Diskussion in die Strukturen vor
726 Ort tragen können und dort gegebenenfalls weiterführen.

727 Mediales Profil stärken

728 Unsere politische Arbeit kann noch so gut sein – ohne eine professionelle Darstellung nach innen und außen,
729 kann sie nicht vollends wirken. Dabei wollen wir mit unseren Inhalten nicht nur die eigene Filterblase füllen,
730 sondern auch darüber hinaus präsent sein.

731 Als Verband sind wir auch deshalb besonders schlagkräftig, weil wir aus starken und kreativen Unterbezirken
732 und Kreisverbänden bestehen. Deshalb kommt der verbandsinternen Kommunikation eine Schlüsselrolle zu
733 und soll auf allen verfügbaren Kanälen stattfinden. Wir wollen kollegial, professionell und schnell miteinander
734 kommunizieren. Dabei setzen wir zum Einen weiterhin auf etablierte Medien, wie das Verbandsmagazin,
735 um aktuelle Themen zu diskutieren und über unsere Arbeit zu informieren, aber auch den Unterbezirken und
736 Kreisverbänden eine Plattform zu bieten. Die Website der NRW Jusos soll Hauptanlaufstelle zu Aktuellem, Ter-
737 minen und Informationen für Mitglieder sowie für Interessierte sein. Dabei ist uns ihre Aktualität wichtig. Zum
738 Anderen wollen wir auch alternative Kommunikationswege verstärkt diskutieren und nutzen. Ein gelungenes
739 Beispiel hierfür ist der WhatsApp-Broadcast, der sich im Super-Wahljahr 2017 etabliert hat. Daher wollen wir
740 ihn auch über die Wahlkämpfe hinaus nutzen.

741 Die klassische Pressearbeit bleibt einer der Grundpfeiler unseres Auftretens in der breiten Öffentlichkeit, denn
742 durch sie haben wir eine hohe Reichweite, um auf unsere Aktionen und Themen aufmerksam zu machen. Auch
743 Facebook bleibt eines unserer wichtigsten Kommunikationsplattformen. Hier wollen wir die positive Reso-
744 nanz zu unseren Live-Beiträgen aufnehmen und jene ausbauen. Dabei kommen beispielsweise das vermehrte
745 Streamen von Veranstaltungen ebenso in Frage, wie Live-Videos zu tagespolitischen Themen. An dieser Stelle
746 sei auch die Videoplattform YouTube zu erwähnen. Daneben sollen auch Soziale Netzwerke, wie z.B. Insta-
747 gram und Twitter, intensiver bespielt werden. Hier wollen wir uns überlegen, wie wir uns noch besser nach
748 außen präsentieren, die hohe Schlagkraft durch unsere vielen Mitglieder nutzen und aktuelle Trends zu unse-
749 ren Gunsten verwenden können. Dabei wollen wir auch die Synergieeffekte zwischen den einzelnen Medien
750 nutzen.

751 Als Oppositionsjugend wollen wir angriffslustig, aber gewohnt fair, die gravierenden Verfehlungen der Mitte-
752 Rechts-Regierung entlarven. Als NRW Jusos werden wir sowohl innerhalb der Partei als auch darüber hinaus
753 unsere Haltung auf den Punkt bringen und kommunizieren. Dabei ist es uns wichtig, dass unsere Forderungen
754 möglichst viele Menschen erreichen können, leicht verständlich sind und damit thematisch und sprachlich
755 über den Tellerrand einer akademisch geprägten Filterblase hinaus gehen.

B Bildung, Hochschule und Wissenschaft

B Bildung, Hochschule und Wissenschaft

B1	Studier' doch was du willst! Unsere Perspektiven für einen gerechten Hochschulzugang	19
B2	Die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung in Deutschland als verpflichtender Lehrplaninhalt im Geschichtsunterricht an weiterführenden Schulen	22
B3	Arbeitsrechte bei Pflichtpraktika durchsetzen	23
B4	Soziales Medizinstudium stärken	24
B7	Schluss mit unbezahlten Tätigkeiten in Unikliniken	25

B1

Studier' doch was du willst! Unsere Perspektiven für einen gerechten Hoch-schulzugang

1 Über die Hälfte aller Bachelor-Studiengängen an deutschen Hochschulen sind zulassungsfrei und Studien-
2 bewerber*innen können sich für diese einfach einschreiben. Allerdings bedeutet das wiederum auch, dass
3 knapp 40 Prozent aller Bachelor-Studiengänge durch einen Numerus Clausus (NC) zulassungsbeschränkt sind
4 und Studienbewerber*innen sich gerade bei den begehrtesten Studiengängen auf lange Wartezeiten einstel-
5 len müssen. Diese ziehen sich mitunter Jahre hin und sorgen bei vielen jungen Menschen für schwerwiegende
6 Einschnitte in der Biografie.

7 **Ein Relikt vergangener Zeiten**

8 Historisch gewachsen ist der NC aus der großen Bildungsexpansion der 60er- und 70er-Jahre, als die Hoch-
9 schulen zunehmend weder strukturell noch finanziell den steigenden Abiturient*innenzahlen gerecht werden
10 konnten. Die aus dieser Not durch den Beschluss der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1968 entstandenen
11 unterschiedlichsten Zulassungsverfahren der Universitäten führten zu Mehrfachbewerbungen und Doppel-
12 einschreibungen. Schon damals war also die vielen Studierenbewerber*innen bekannte Praxis, sich wegen
13 Zulassungsbeschränkungen zur Sicherheit an mehreren Hochschulen für dasselbe Fach zu bewerben, gän-
14 gig.

15 Rechtlich stützt sich das bis heute geltende Prinzip des NC auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus
16 dem Jahre 1972, das sogenannte „Numerus-Clausus-Urteil“. Es kam zu einer grundsätzlichen Stärkung der im
17 Grundgesetz festgeschriebenen beruflichen Freiheit und des damit verbundenen Rechts, mit einer Hochschul-
18 zugangsberechtigung jedes beliebige Studium aufzunehmen. In der Forderung der Verfassungsrichter*innen
19 nach einer bundesweiten Vergabestelle für Studienplätze mit einheitlichen Auswahlkriterien sollte der NC als
20 zentrale Vergabe nur bei (tatsächlichen) Kapazitätsengpässen zulässig sein. Und ebendieser Begriff der „Ka-
21 pazitätsengpässe“ sorgt bis heute für die tiefgreifende Ungerechtigkeit in der Studienplatzvergabe.

22 So wurde als Reaktion auf das Urteil zwischen den damals elf Bundesländern ein Staatsvertrag über die Verga-
23 be von Studienplätzen ausgehandelt und im Frühjahr 1973 abgeschlossen. In diesem nutzten die politischen
24 Verantwortlichen die Formulierung der „Kapazitätsengpässe“ als Hintertür und schienen grundgesetzlich mit
25 der „Wartezeitenquote“ auf der sicheren Seite; denn Hochschulen waren nun dazu verpflichtet, einen bestimm-
26 ten Anteil der Studienplätze an Bewerber*innen mit Wartezeit zu vergeben. Man schien den Vorgaben des
27 Urteils gerecht zu werden.

28 **Die Praxis der Ungerechtigkeit**

29 Dass die Quoten für über Wartezeiten zugelassene Studierende lächerlich gering sind und sich in vielen Bun-
30 desländern zwischen 10 und 20 Prozent bewegen ist nur eine Seite der Medaille: die Kapazitätsverordnungen
31 (KapVO) der jeweiligen Bundesländer folgen in den einzelnen Studiengängen komplexen und undurchsich-
32 tigen Formeln, welche sich außerhalb der Ministerialbürokratie kaum jemandem erschließen. Auch deshalb
33 führen Klagen um einen Studienplatz für die Bewerber*innen so regelmäßig zum Erfolg. Das Bundesverfas-
34 sungsgericht hatte es schlichtweg versäumt, den Studienbewerber*innen nicht nur ein Recht auf die freie Wahl
35 des Studiums zuzusprechen, sondern die Hochschulen auch zur Bereitstellung der entsprechenden Kapazitä-
36 ten an Studienplätzen zu verpflichten; so fiel das Thema Zulassungsverfahren in einen seit über 40 Jahren
37 währenden Dornröschenschlaf.

38 Das Fallbeispiel der Medizinstudiengänge zeigt die krassen Auswüchse des NC-Verfahrens. Die von der Stiftung
39 für Hochschulzulassung (SfH) vergebenen Plätze für die vier bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengän-
40 ge Medizin, Pharmazie, Tiermedizin und Zahnmedizin werden zu je 20 Prozent an die besten Abiturient*innen
41 und Bewerber*innen mit Wartezeit vergeben. Sind die Erfolgchancen für erstere mit einer Durchschnittsnote
42 schlechter als 1,0 zumindest geschmälert und ist die Vergleichbarkeit von Abiturnoten in Anbetracht der hohen

43 Diversität in unserem föderalen Bildungssystem ohne nicht gegeben, lag die Wartezeit für zweite zuletzt bei
44 durchschnittlich 14 Wartesemestern. Ohne die finanziellen Mittel für entsprechende Alternativen im Ausland
45 müssen Bewerber*innen also sieben (!) Jahre auf einen Medizin-Studienplatz warten; in Anbetracht der zusam-
46 mengenommen fünf Jahre Regelstudienzeit, die in vielen Studiengängen für den Abschluss des Bachelor-und
47 Masterstudiums veranlagt sind, mutet dieser Zustand geradezu pervers an. Und auch für die restlichen 60
48 Prozent der Studienplätze, welche die Hochschulen über eigene Zulassungsverfahren vergeben, spielt die in-
49 dividuelle und fachspezifische Eignung der Bewerber*innen eine eher untergeordnete Rolle.

50 Die vorher genannten Umstände verstärken die soziale Selektivität unseres Bildungssystems. Der sozioökono-
51 mische Hintergrund junger Menschen drückt sich bis heute weiterhin in ihren Noten aus; entsprechend haben
52 Kinder aus Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund im Durchschnitt weniger Möglichkeiten zur Unter-
53 stützung wie Nachhilfe, was sich in den Abschlüssen widerspiegelt. In einer Gesellschaft, in der immer noch
54 über 75 Prozent der Kinder aus Akademiker*innenhaushalten und nur rund 21 Prozent der Kinder aus Nicht-
55 Akademiker*innenhaushalten studieren, ist auch in der Wissensweitergabe über Möglichkeiten des Studiums
56 ein großes Gefälle vorhanden.

57 Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts vom Dezember 2017, das den Medizin-NC für zumindest teilweise
58 verfassungswidrig erklärt und dringenden Nachbesserungsbedarf angemahnt hat, wurde endlich wieder eine
59 breite Öffentlichkeit auf die Themen Studienzugang und -zulassung aufmerksam. Bis zum Ende dieses Jahres
60 müssen die Regierungsverantwortlichen in Bund und Ländern eine Lösung in Form von fairen und vor allem
61 transparenten Verfahren präsentieren. Hier ist die SPD gefragt.

62 **Unser Anspruch: Zusammenarbeit! Zusammenarbeit!**

63 Die Missstände im Hochschulzugang sind offensichtlich, doch ist die entsprechende Ausfinanzierung des Hoch-
64 schulsektors nicht als einziger Faktor zu identifizieren. Vielmehr werden diese genauso durch die Strukturen
65 der SfH und die großen Unterschiede in den Immatrikulationsverfahren begünstigt. Außerdem bestehen für
66 Menschen, die über ihre berufliche Qualifizierung ein Studium aufnehmen wollen und keine allgemeine Hoch-
67 schulreife besitzen, wesentliche Hürden und ein Studium mit Behinderung scheitert häufig an exklusiver In-
68 frastruktur und Lehre.

69 Aber natürlich muss es an erster Stelle an den Kapazitätsausbau gehen, damit Zulassungsverfahren endlich
70 nicht mehr das erste Mittel der Wahl sein müssen. Auch in Anbetracht von Doppeljahrgängen und besonders
71 hoher Nachfrage in einzelnen Studiengängen muss es unser Anspruch sein, dass (grundsätzlich) für jede*n
72 der Studienplatz zur Verfügung steht, den sie*er sich vorstellt. Hierbei müssen wir auch den Bund mehr in die
73 Pflicht nehmen und uns dafür einsetzen, dass der Hochschulpakt nach 2020 verstetigt wird und seine Mittel
74 konkret für ein Mehr an Studienplätzen und eine Verbesserung der Studienbedingungen sorgen. Nach dem
75 Fall des Kooperationsverbotes muss die Zusammenarbeit von Bund und Ländern weiter intensiviert werden.
76 Solange wir aber beim Status quo bleiben und ein flächendeckender Ausbau an Studienplätzen noch nicht
77 erfolgt ist, bleibt das NC-Verfahren für uns das kleinere Übel und nicht mehr als ein notwendiges Mittel zum
78 Zweck: denn auch wenn die Fokussierung auf die Abiturnote unzureichend ist, bildet sie eine langfristige Be-
79 obachtung ab. Dies wäre beispielsweise bei Auswahlgesprächen nicht der Fall. Nicht zuletzt muss mit der Mas-
80 terplatzgarantie für alle Bachelor-Absolvent*innen ein Anspruch auf die Fortsetzung des Studiums im Master
81 gesetzlich festgeschrieben werden.

82 Es bedarf dringend einer Harmonisierung der Verfahrensweisen an den Hochschulen. In Punkten wie Fristen,
83 Benachrichtigungstermine oder der Berücksichtigung der „Nachrücker“ braucht es bundesweit einheitliche
84 Rahmenvorgaben. Nur so können Studierende den Lebensabschnitt Studium mit der nötigen Sicherheit im
85 Rücken langfristig planen. Wir wollen das „Dialogorientierte Serviceverfahren“ (DoSV) nicht aufgeben, müssen
86 aber angesichts lediglich 19 Prozent über dieses bundesweite Verfahren verbogener Studienplätze anerken-
87 nen, dass es unseren Ansprüchen nicht gerecht wird. Für die dringend nötigen Verbesserungen braucht das
88 SfH aber wie die Hochschulen konkrete politische Vorgaben, damit das zentrale Vergabesystem und die Syste-
89 me der Hochschulen miteinander funktionieren und es für die Hochschulen auch einen tatsächlichen Anreiz
90 gibt, am DoSV teilzunehmen.

91 Beruflich Qualifizierten muss der Einstieg ins Studium erleichtert werden. Dabei soll es nicht nur um ein mög-
92 lichst unkompliziertes Zulassungsverfahren gehen, sondern auch um die Anerkennung von im Rahmen der
93 beruflichen Tätigkeit erlangter Kompetenzen. Vorbereitungskurse vor Semesterbeginn können inhaltliche Wis-
94 senslücken über die Struktur des Studiums schließen und auf das wissenschaftliche Arbeiten vorbereiten. Wir

- 95 erkennen berufliche und akademische Kompetenzen als gleichwertig an und wollen, dass dies auch die Hoch-
96 schulen tun.
- 97 Inklusion darf für nicht weiter eine Worthülse sein, auf deren formeller Erfüllung sich ausgeruht wird. Ein Drit-
98 tel aller behinderten Studierenden gibt an, dass die Wahl seines Studiums stark davon beeinflusst wurde, ob
99 das Studium mit der Behinderung vereinbar ist. Das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand und zeigt auf, dass
100 Menschen mit Behinderung aufgrund von unterschiedlichsten Hürden immer noch nicht gleichberechtigt stu-
101 dieren können. Gleichzeitig sind bereits bestehende Angebote wie etwa Nachteilsausgleichsregelungen oft
102 nicht transparent und niedrigschwellig. Hier braucht es eine offensive Bewerbung und Aufklärung der Instru-
103 mente und Möglichkeiten.
- 104 Hier muss also an den strukturellen Defiziten der Hochschulen angesetzt, manchmal aber auch ganz simpel
105 über bauliche Veränderungen gesprochen werden.
- 106 Der Hochschulzugang ist nur eine der Perspektiven, die wir für den Weg in ein vielfältiges und chancengerech-
107 tes Bildungssystem einnehmen müssen. Das Studium ist ein entscheidender Lebensabschnitt und er muss un-
108 abhängig von Ort und Hochschule die gleiche Qualität und vor allem die gleichen Erfolgchancen bieten.

B2

Die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung in Deutschland als verpflichtender Lehrplaninhalt im Geschichteunterricht an weiterführenden Schulen

- 1 Wir fordern die Implementierung der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung in Deutschland in die Geschichtslehrpläne von weiterführenden Schulen. Ebenso soll dieser Lehrinhalt als verpflichtender Teil in allen Bundesländern festgelegt werden.
- 2
- 3

B3

Arbeitsrechte bei Pflichtpraktika durchsetzen

- 1 In einem Pflichtpraktikum muss das Ausbildungsinstitut einen Lernzielkatalog mit zu erlernenden Kenntnis-
- 2 sen und Erfahrungen aufstellen und der Praktikumsbetrieb nachweisen, dass diesem Katalog nachgekommen
- 3 wurde. Praktikant*innen dürfen nicht als geplante Arbeitskräfte eingesetzt werden, sondern sollen zusätzlich
- 4 zum normalen Personalschlüssel in den Praktikumsbetrieben eingesetzt werden.

B4

Soziales Medizinstudium stärken

- 1 Im Medizinstudium soll eine Lehrveranstaltung angeboten werden, die besonders auf die sozialen Aspekte
2 des Berufs eingeht. Dort soll den Studierenden das Gesundheitssystem nähergebracht und sich kritisch damit
3 auseinandergesetzt werden.
- 4 Für uns ist außerdem klar: angehende Ärzt*innen müssen lernen, welchen Einfluss soziale Fragen auf Erkrän-
5 kungen, Symptome und Heilungsprozesse haben. Dafür müssen Themen wie finanzielle Sorgen oder Exis-
6 tenzängste, sowie der Einfluss dieser Fragen auf Krankheitswahrnehmung und -bewältigung in allen Fächern
7 entsprechend eine Rolle spielen.
- 8 Der Umgang mit den Patient*innen trägt wesentlich zu Genesung und Therapieerfolgen einer Behandlung bei,
9 um hier Kompetenzen zu erlangen, muss es zu jedem Fach dazugehören, dies zu üben. Da nicht alle Studieren-
10 de von Beginn an im klinischen Alltag lernen und üben können, sehen wir in Form der Studienhospitäler ein
11 geeignetes Modell. Dort kann die Ärzt*innen-Patient*innen Kommunikation geübt werden kann, aber auch
12 Skill-Arbeit entsprechend der Fachrichtungen erfolgen.
- 13 Außerdem sollen Grund-kenntnisse in der Pflege erlangt werden. Im Gegenzug werden Fächer, die aktuell
14 sehr spät im Curriculum angeboten werden (Gesundheitsökonomie, Ethik der Medizin) um die vorher schon
15 behandelten Themen gekürzt.

B7

Schluss mit unbezahlten Tätigkeiten in Unikliniken

- 1 **Beschlusstext:** Wie wir es zuletzt schon beschlossen haben, setzen wir uns für die Tarifierung unbezahlter
2 betrieblich-schulischer Gesundheitsberufe im Bereich der Unikliniken ein und solidarisieren uns erneut mit
3 den betroffenen Azubis und der zuständigen Gewerkschaft ver.di. Die entsolidarisierende Arbeitgeber*Innen-
4 Strategie der TdL im dazu bestehenden Tarifkonflikt lehnen wir ab. Unsere Haltung werden wir der Landtags-
5 fraktion und der NRWSPD deutlich machen und sie auffordern entsprechende Maßnahmen einzuleiten.
- 6 Im Rahmen des Koalitionsvertrags auf Bundesebene wurde die Einführung einer Mindestausbildungsvergü-
7 tung vereinbart – diese Regelung ist ein großer Erfolg der Jusos auf den wir stolz sein dürfen. Wir setzen uns
8 dafür ein, dass die zu verhandelnde Mindestausbildungsvergütung für alle Ausbildungsberufe gilt und 80 %
9 der durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen beträgt. Das ergibt derzeit (2017) für das 1. Ausbildungsjahr
10 635 €, für das 2. Ausbildungsjahr 696 €, für das 3. Ausbildungsjahr 768 € und für das 4. Ausbildungsjahr 796
11 €. Mindestens jedoch müssen die zeitlichen Rahmendaten aus dem Koalitionsvertrag zur Einführung der Min-
12 destausbildungsvergütung eingehalten werden. Hierfür werden wir den Druck notfalls auf die Regierung im
13 Bund erhöhen. Wir fordern die Tarifierung der bisher unbezahlten Ausbildungsberufen in kommunalen und
14 Universitätskliniken und fordern, dass diese auf einem Niveau der Pflegeausbildung in den jeweiligen Tarif-
15 verträgen angesetzt wird.
- 16 **Begründung:** Bereits auf unserer letzten Landeskonferenz haben wir uns mit den Auszubildenden an Unikli-
17 niken in NRW und ganz Deutschland solidarisiert, die eine unbezahlte Ausbildung absolvieren. Es handelt sich
18 hierbei u.a. um Ausbildungsberufe zum*zur Physiotherapeut*In, Ergotherapeut*In, Diätassistent*In, Logo-
19 päden*In, Orthoptist*In oder Medizinisch-Technischen Assistent*In. An Unikliniken in NRW absolvieren rund
20 1.000 Menschen eine dieser genannten Ausbildungen, was einen Anteil von knapp einem Drittel an den Ge-
21 samtauszubildenden an den Unikliniken NRW darstellt.
- 22 Geändert hat sich seit unserer Solidarisierungserklärung nicht viel. Die Gewerkschaft ver.di ist hierzu seit dem
23 Frühjahr 2017 in Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder. Neben der Erhöhung der Ausbildungs-
24 vergütungen und des Erholungsurlaubes hat ver.di auch gefordert, dass die bislang untarifierten und unbe-
25 zahlten betrieblich-schulischen Gesundheitsberufe auch in den Tarifvertrag aufgenommen werden und somit
26 endlich eine Ausbildungsvergütung erhalten sollen.
- 27 Für die berechtigten Forderungen sind viele Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gegangen und haben
28 gestreikt. Nur so konnte im Ergebnis erreicht werden, dass die Ausbildungsberufe der Operationstechnischen
29 und Anästhesietechnischen Assistenten_innen direkt in den Tarifvertrag aufgenommen wurden. Für die übr-
30 igen Ausbildungsberufe wurde eine Verhandlungsvereinbarung zwischen ver.di und dem Arbeitgeber*Innen-
31 verband geschlossen, welche vorsah, dass die Verhandlungen bis Herbst 2017 abgeschlossen werden sol-
32 len.
- 33 Die bisherigen Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber*Innen haben deutlich gemacht, dass
34 sofern es eine tarifliche oder gesetzliche Regelung zur Zahlung einer Ausbildungsvergütung gibt diese durch
35 die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen gemäß §17a KHG zu refinanzieren sind. Statt in kon-
36 struktive Gespräche zu den offenen Fragen zu kommen, haben die Arbeitgeber*Innen sich zurückgezogen
37 und diverse Termine platzen lassen mit Verweis auf die derzeit laufenden Streiks an Unikliniken in NRW – u.a.
38 mit dem Ziel verbindliche Mindestbesetzungsstandards zu verhandeln.
- 39 Die Frage welches Ziel der Arbeitgeber*Innenverband mit dieser Strategie verfolgt bleibt offen – etwa eine
40 Entsolidarisierung innerhalb der unterschiedlichen Berufsgruppen?
- 41 Im Rahmen der Tarifautonomie muss das Land NRW Einfluss nehmen und seine Interessen im Arbeitgeber*In-
42 nenverband deutlich im Sinne der Beschäftigten und Auszubildenden neu justieren.
- 43 Der Missstand unbezahlter Ausbildungsberufe existiert auch außerhalb der aufgeführten Gesundheitsberu-

44 fe. Die Jusos setzen sich deswegen seither für die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ein. Die
45 Vereinbarung im Koalitionsvertrag der großen Koalition auf Bundesebene ist ein erster Schritt in die richtige
46 Richtung. Die Gewerkschaftsjugend und der DGB haben für die Höhe einen guten Vorschlag erarbeitet. Die-
47 ser sieht vor, dass die Mindestausbildungsvergütung 80 % der durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen
48 beträgt (siehe Beschlusstext). Die jährliche Anpassung soll automatisch auf Grundlage der vom Bundesinsti-
49 tut für Berufsbildung ermittelten durchschnittlichen Steigerung der Ausbildungsvergütungen vorgenommen
50 werden. Weiterhin ist zu beachten, dass der Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes auf alle Ausbildungs-
51 berufe ausgeweitet werden muss, sofern es kein autonomes Mindestausbildungsgesetz geben wird. Letzteres
52 ist aufgrund der Formulierung im Koalitionsvertrag nicht zu erwarten.

C Ausbildung und Arbeit

C Ausbildung und Arbeit

C15 Gute Ausbildung, gute Arbeit, gute Pflege!

28

C15

Gute Ausbildung, gute Arbeit, gute Pflege!

1 Gute Ausbildung, gute Arbeit, gute Pflege!

2 Das Thema Pflege und der sogenannte Pflegenotstand sind in den letzten Monaten regelmäßiger Bestand-
3 teil der medialen Berichterstattung und der politischen Diskussion. Dabei wird vor allem auf die vielen unbe-
4 setzten Stellen in der Pflege und die oftmals schlechten Arbeitsbedingungen der Pfleger*innen hingewiesen.
5 Abgesehen von der schon aktuell dramatischen Situation muss dabei auch beachtet werden, dass mit dem de-
6 mographischen Wandel und angesichts der Tatsache, dass Menschen in unserer Gesellschaft statistisch immer
7 älter werden, der Anteil der pflegebedürftigen Menschen und die Lebensphase, in der Menschen tendenziell
8 pflegebedürftig sind, größer werden. Gerade auch mit Blick auf die Zukunft droht sich also die momentane
9 Situation nicht zu entschärfen, sondern im Gegenteil noch zu verschärfen. Überlastung und prekäre Bedingun-
10 gen in der Pflege sind dabei keinesfalls erst gestern aufgetaucht, die aktuellen Entwicklungen sind insbeson-
11 dere auch das Ergebnis von Fehlentwicklungen und Versäumnissen von politischer Seite in der Vergangenheit.
12 Die grundlegend neue Gestaltung der Pflege ist dringend notwendig. Dabei ist es gerade Aufgabe der SPD als
13 Teil der Bundesregierung, die politischen Antworten aktiv mitzugestalten und ein Bild davon zu zeichnen, wie
14 Pflege in Zukunft aussehen soll. Klar ist dabei, dass sich gute Pflege und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege
15 gegenseitig bedingen.

16 **Die aktuelle Situation in der Pflege**

17 **Der Mangel an Pflegekräften**

18 Das zentrale Problem im Bereich der Pflege ist der zahlenmäßige Mangel an Pflegekräften. 35 000 Stellen in
19 der Pflege sind derzeit nach Angaben der Bundesregierung unbesetzt. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass
20 Krankenhäuser gezwungen sind, einige Betten, ganze Stationen oder sogar ganze Operationssäle zu schließen.
21 Zum anderen wirkt sich diese Situation natürlich auf den Alltag in der Pflege und dabei insbesondere auch auf
22 den Berufsalltag der Pfleger*innen aus. Dass es weniger Pfleger*innen gibt, als gebraucht werden, hat viel-
23 schichtige Gründe. Insgesamt sind nur wenige Menschen nach einer Berufsausbildung auch langfristig in der
24 Pflege tätig. Verantwortlich dafür sind vor allem die vielfach schlechten Arbeitsbedingungen. Schon grund-
25 sätzlich stellt die Pflege durch ihren Charakter als Schichtdienst eine enorme Belastung für die Beschäftigten
26 dar und kann Grund für eine schlechte Vereinbarkeit zum Beispiel von Familie und Beruf sein. Eine zusätz-
27 liche Steigerung der Belastung liegt vor allem an dem aktuellen Mangel an Pflegekräften und der Tatsache,
28 dass oft zu wenige Pflegekräfte für die Pflege von vielen Menschen verantwortlich sind. Das Ausbleiben von
29 Pausen, Überstunden und das kurzfristige Einspringen etwa aufgrund von Ausfällen gehören zum Alltag. Es
30 fallen außerdem viele Tätigkeiten an, die nicht zum Kernbereich der Pflege gehören und Zeit für die eigentlich
31 erforderliche Pflege rauben.

32 Besonders frustrierend und belastend ist für viele Pfleger*innen dabei, dass sie aufgrund der Überarbeitung
33 und der Unterbesetzung zu wenig Zeit für die Pflege der einzelnen Patient*innen haben. Dadurch können sie
34 ihrem eigenen Anspruch, sich um andere Menschen zu kümmern und diese zu pflegen, damit es ihnen bes-
35 ser geht, nicht gerecht werden. Die Motivation und die Freude an der eigenen Arbeit, sowie die Gewissheit
36 gute Arbeit geleistet zu haben gehen so oft vollständig verloren. Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege be-
37 deuten vor allem auch die Zeit und die Ressourcen für gute Pflege. Das nicht genügend Ressourcen für gute
38 Pflege zur Verfügung stehen, stellt für viele Pfleger*innen eine psychische Belastung dar und verhindert einen
39 motivierenden Arbeitsalltag.

40 Dem enormen Arbeitspensum und Stress wird im Gegenzug häufig nicht mal eine angemessene Wertschät-
41 zung entgegengebracht. Mangelnde Anerkennung findet zum Beispiel im Krankenhausalltag statt, der oftmals
42 sehr hierarchisch organisiert ist und wo sich eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Pfleger*innen
43 und Ärzt*innen als schwierig erweisen kann.

44 Auch außerhalb der Klinik unter anderem von Seiten der Politik, aus dem sozialen Umfeld und von Angehö-
45 rigen der Pflegebedürftigen wird Pfleger*innen oftmals nicht ausreichend Wertschätzung und Anerkennung
46 entgegengebracht. Die schlechten Bedingungen der Pflegeberufe hören jedoch nicht mit dem Arbeitsalltag
47 auf. Die Entlohnung für Pfleger*innen ist gerade auch verglichen mit anderen Berufsgruppen zu gering. Dies
48 betrifft vor allem Pfleger*innen ohne Weiterbildung und diejenigen auf peripheren Stationen. Längst nicht alle
49 Pflegekräfte werden nach einem Tarifvertrag bezahlt. In der Altenpflege etwa sind 80 Prozent der Beschäftig-
50 ten nicht tarifgebunden.

51 Die mangelnde, auch finanzielle Wertschätzung der Pflegeberufe wird auch dann deutlich, wenn man die Be-
52 dingungen im internationalen Vergleich betrachtet. Angesichts dessen verwundert es auch nicht, dass laut
53 EU-Mobilitätsstatistik mehr Menschen ihren Berufsabschluss als examinierte Pflegekraft im europäischen Aus-
54 land anerkennen lassen als umgekehrt. Viele Pflegekräfte, die aus dem Ausland nach Deutschland gekommen
55 sind, kehren zudem nach einiger Zeit wieder zurück.

56 Abseits der oftmals schlechten Arbeitsbedingungen sind es häufig auch mangelnde Aufstiegs- und Weiterbil-
57 dungsmöglichkeiten, weswegen Pfleger*innen ihrem Beruf den Rücken kehren. Zum Beispiel die Weiterbil-
58 dung im Bereich der Intensivpflege wird vielfach aus Kostengründen verhindert, Hoffnungen werden gemacht
59 und schließlich enttäuscht. Es fehlt somit an einer Perspektive, im Laufe des Berufslebens auch neue Wege
60 in der Pflege zu gehen, die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse zu erweitern oder höhere Qualifikationen zu
61 erreichen.

62 Nicht zuletzt hat einen maßgeblichen Effekt darauf, dass nicht alle, die eine Ausbildung in der Pflege machen,
63 auch langfristig dort arbeiten, auch die Tatsache, dass viele junge Menschen die Berufsausbildung lediglich
64 als Überbrückung nutzen, häufig um danach noch ein Medizinstudium aufzunehmen. Auf der anderen Sei-
65 te gibt es viele Menschen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten oder den festgelegten Anforderungen nicht
66 entsprechen.

67 Die unterschiedlichen Gründe für fehlendes Personal bedingen und verstärken sich zum Teil gegenseitig. So
68 führt der Mangel an Pflegekräften zu einer Verschlechterung der Bedingungen, diese gesteigerte Belastung
69 sorgt im Anschluss wieder dafür, dass Pfleger*innen aufhören, in ihrem Beruf zu arbeiten. Nicht zuletzt dieser
70 Teufelskreis macht deutlich, wie wichtig umfangreiche Reformen und ein Umdenken von Seiten der Beteiligten
71 und der Politik ist, um die Weichen für gute Arbeit in der Pflege und damit auch zukunftsfähige und gute Pflege
72 zu verwirklichen.

73 **Aktuelle politische Entwicklungen im Pflegebereich**

74 Nicht zuletzt im letzten Jahr haben die Aktualität und Brisanz des Themenkomplexes Pflege dazu geführt, dass
75 Reformen angestoßen wurden oder in der nächsten Zeit auf den Weg gebracht werden sollen.

76 In vielen Ländern wird bereits seit vielen Jahren eine Trennung in Behandlungspflege und Betreuungspflege
77 praktiziert. Auch in Deutschland ist der Trend hin zu einer Aufteilung der Aufgaben der Pflegenden in einen
78 schlechter bezahlten Betreuungspflegeanteil und einen besser bezahlten Behandlungspflegeanteil in einigen
79 Einrichtungen je nach Träger*in in vollem Gange. Die Betreuungspflege wird dabei von Menschen, die einen
80 Bundesfreiwilligendienst oder ein FSJ absolvieren oder von Pflegehilfskräften nach wenigen Monaten Ausbil-
81 dung durchgeführt. Sie umfasst dabei Unterstützung, Hilfe oder Übernahme bei den Verrichtungen des täg-
82 lichen Lebens. Wohingegen die Behandlungspflege die Durchführung (insbesondere ärztlich angeordneter)
83 diagnostischer oder therapeutischer Maßnahmen umfasst, wie zum Beispiel Wundversorgung, Blutzucker-
84 kontrollen oder Medikamentengaben. Die Behandlungspflege wird im Idealfall von examinierten, das heißt
85 fertig ausgebildeten Pflegekräften durchgeführt.

86 Dieser Trend wirft viele Fragen auf: Kann eine Aufteilung der Tätigkeiten für die Pflegenden eine Entlastung
87 und mehr Zeit für andere Tätigkeiten bedeuten? Oder dient sie vordringlich der Entlastung der Krankenhaus-
88 kassen? Nimmt sie den Pflegenden wohlmöglich sogar die Chance, die Pflegebedürftigen ganzheitlich zu ver-
89 sorgen?

90 **Das neue Pflegeberufegesetz**

91 Eine große Reform wurde bereits im Jahr 2017 durch die letzte Regierungskoalition verabschiedet. Diese be-
92 trifft die Ausbildungsstruktur in der Pflege. Bislang war die Pflege in Deutschland in die Bereiche Altenpflege,
93 Gesundheits- und Krankenpflege und Kinderkrankenpflege gegliedert. Diese Struktur der dementsprechend

94 drei unterschiedlichen Berufsausbildungen wurde für die Zukunft jedoch grundlegend durch das im Juli 2017
95 beschlossene und 2020 in Kraft tretende neue Pflegeberufegesetz geändert.

96 Durch dieses werden die drei genannten Berufsausbildungen zusammengelegt. Auszubildende haben nach
97 dem zweiten Ausbildungsjahr die Möglichkeit der Spezialisierung entweder zur*zum Altenpfleger*in oder
98 zur*zum Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*in. Alternativ kann auch ein generalisierter Abschluss mit
99 dem Titel Pflegefachfrau bzw. Pflegefachmann erreicht werden. Zudem sollen durch das neue Gesetz mehr
100 und bessere Umschulungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Reform enthält auch Festlegungen für die An-
101 erkennung internationaler Berufsabschlüsse und zu einem berufsqualifizierenden Studiengang für die Pflege.
102 Zur Umsetzung der grundlegenden Umstrukturierung wurde eine Fachkommission eingesetzt, die die Rah-
103 menlehrpläne und Rahmenausbildungspläne entwickelt.

104 Ziel dieser umfangreichen Reform ist insgesamt eine Aufwertung des Berufsabschlusses vor allem auch in
105 Bezug auf die Altenpflege. Diese Aufwertung soll auch dadurch stattfinden, dass diejenigen Aufgaben, die nur
106 durch examinierte Pflegekräfte ausgeführt werden dürfen, sogenannte Vorbehaltsaufgaben, definiert werden.
107 Außerdem soll mit der Zusammenlegung der unterschiedlichen Berufsausbildungen der Tatsache Rechnung
108 getragen werden, dass es in der Praxis ohnehin oftmals zu Überschneidungen zwischen den unterschiedlichen
109 Pflegeberufen kommt.

110 Neben den strukturellen Änderungen der Berufsausbildung wird durch das neue Pflegeberufegesetz auch
111 festgelegt, dass es in Zukunft kein Schulgeld mehr geben darf und dass die Auszubildenden einen Anspruch auf
112 eine angemessene Ausbildungsvergütung haben. Es soll in die Pflegeschulen investiert werden und auch mehr
113 Praxisanleitung im Betrieb umgesetzt werden. Insgesamt soll das neue Gesetz also eine bessere Anpassung
114 an die Realität in den Pflegeberufen bewirken und zudem die Ausbildung und die Pflegeberufe aufwerten und
115 attraktiver gestalten.

116 **Neue Personaluntergrenzen**

117 Eine Stellschraube, an der bereits in der Vergangenheit gedreht werden sollte, sind Personaluntergrenzen für
118 die Pflege in Krankenhäusern. Der Bundestag hatte den Verbänden Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)
119 und der Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen (GKV) aufgetragen, bis Juni 2018
120 Personaluntergrenzen für sogenannte und nicht näher definierte pflegeintensive Bereiche festzulegen. Diese
121 sollten im Januar 2019 dann in Kraft treten. Die Erarbeitung der Untergrößen durch die genannten Verbän-
122 de ist gescheitert. Auch wenn wir die Aushandlung und Umsetzung von Personaluntergrößen für dringend
123 notwendig halten, ist das Scheitern der Verhandlungen zu begrüßen. Bedenkt man, welche Akteur*innen in
124 den Prozess eingebunden waren, durften keine substanzielle Verbesserungen erwartet werden. Das Scheitern
125 eröffnet den Weg für die im Koalitionsvertrag von SPD und Union geplante Erhebung von Untergrößen für
126 alle bettenführenden Stationen, dabei muss die Seite der Pflegekräfte, insbesondere durch Vertreter*innen
127 aus Gewerkschaften, unbedingt eingebunden werden.

128 **Konzertierte Aktion Pflege**

129 Das aktuelle wohl größte politische Projekt ist die konzertierte Aktion Pflege. Die konzertierte Aktion Pflege ist
130 in Zusammenarbeit des Gesundheitsministeriums, Arbeitsministeriums und des Familienministeriums ent-
131 standen und wurde Anfang Juli vorgestellt. Im Rahmen der Aktion soll innerhalb eines Jahres ein Plan gegen
132 den Pflegenotstand ausgearbeitet werden. Beteiligte der Initiative sind neben Bund und Ländern Verbände,
133 Kirchen, Pflege- und Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, die Bundesagentur für Arbeit und weitere So-
134 zialpartner*innen, die in fünf Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen entwickeln. Grundsätzliches Ziel der In-
135 itiative ist es, mehr Menschen dazu zu bewegen, in der Pflege zu arbeiten. Dafür sollen der Arbeitsalltag und
136 die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften verbessert, die Pflegekräfte entlastet und die Pflegeausbildung ge-
137 stärkt werden. Unter anderem soll auf höhere Löhne, etwa durch mehr Tarifbindung, und die Anwerbung von
138 Fachkräften aus dem Ausland gesetzt werden. Außerdem sollen Menschen zurückgewonnen werden, die aus
139 der Pflege ausgestiegen sind. Im Zuge der Maßnahmen soll mehr Geld in die Pflege gesteckt werden.

140 **Was zu tun ist**

141 Auch wenn die Pläne der Bundesregierung zumindest den Eindruck erwecken, als wäre damit die Notwendig-
142 keit von sowohl kurzfristigen Maßnahmen wie auch von grundlegenden Änderungen endlich erkannt worden,
143 so müssen wir den angestoßenen Prozess doch kritisch begleiten.

144 Natürlich ist es sinnvoll, möglichst viele Akteur*innen an einen Tisch zu bekommen und ein gemeinsames
145 Konzept für die Bekämpfung des Pflegenotstandes zu entwickeln, wie es aktuell durch die konzertierte Ak-
146 tion Pflege geschieht. Insbesondere die Interessen der Pflegekräfte selbst, zum Beispiel vertreten durch die
147 Gewerkschaften, müssen in diesem Prozess jedoch besonders im Fokus stehen.

148 Vor allem die Personalbemessung stellt für uns eine Stellschraube dar, mittels derer eine Verbesserung der Ar-
149beitsbedingungen für die Pflegenden erreicht werden kann. Durch die Schaffung hoher Personaluntergrenzen
150 können Pfleger*innen unmittelbar entlastet werden. Die Argumente für eine Steuerung durch die Personal-
151 bemessung gehen jedoch darüber hinaus. Personaluntergrenzen dienen nicht nur der Sicherung von guten
152 Arbeitsbedingungen. Sie können auch der Gefährdung von Pflegebedürftigen, zum Beispiel durch zu langes
153 Warten auf Unterstützung oder die Entstehung von Fehlern durch Unterbesetzung, Übermüdung oder Eile
154 vorbeugen. Auch eine gesundheitliche Gefährdung der Pfleger*innen etwa in Form von dauerhafter Überlas-
155 tung selbst kann so zum Teil verhindert werden. Wir fordern eine bundeseinheitliche gesetzliche Festlegung
156 von Personaluntergrenzen. Diese muss an den Bedarf der Patient*innen angeknüpft werden. Denn nur wenn
157 genug Zeit für eine bedarfsdeckende Versorgung und Pflege der*des Einzelnen bleibt, besteht auch die Chan-
158 ce, dass der Pflegeberuf wieder erfüllend für alle Arbeitnehmer*innen in diesem Bereich wird. Neben Zeit für
159 die Pflege selbst, muss auch ausreichend Zeit für die Ausbildung d.h. für die Praxisanleitung von neuen Pflege-
160 kräften sein, dies muss unbedingt auch in der Bemessung von Personaluntergrenzen berücksichtigt werden.
161 Praxisanleiter*innen sollen im Vorfeld mit ihren Schüler*innen zusammen in die Dienste eingeplant werden.
162 Damit Praxisanleiter*innen keine Mehrarbeit haben, sollte im Vorfeld bei der Dienstplanung freie Zeit zur
163 Praxisanleitung, abgestimmt auf Einsatzzeit der Schülerin/des Schülers, berücksichtigt und ausgeschrieben
164 werden. Wir fordern außerdem nicht stationsgebundene sog. 'freie Praxisanleiter*innen', damit es durch An-
165 leitungen nicht zu Pflegengpässen kommt und auf Stationen aushelfen können, wo nicht genügend Praxisan-
166 leiter*innen vorhanden sind oder aufgrund von Personalmangels keine Anleitungen möglich sind. Da es häufig
167 auch vorkommt, dass Stationen über keine oder abwesende Praxisanleiter*innen verfügen, muss eine Quote
168 geschaffen werden, wie viele Mitarbeiter*innen zu Praxisanleiter*innen qualifiziert werden müssen.

169 Für die erhöhte Verantwortung fordern wir eine angemessene Vergütungssteigerung für Praxisanleiter*in-
170 nen.

171 Wir fordern außerdem, dass der Mehraufwand, der in besonderen Krisensituationen, wie bei der Sterbebe-
172 gleitung oder zum Beispiel bei Krisen, die durch psychische Erkrankungen entstehen können sowie in akuten
173 Notfallsituationen eine ausreichende Abdeckung des Pflegebedarfs gewährleistet wird. Es darf nicht länger
174 zum Standard gehören, dass in allen diesen, in der Pflege durchaus erwartbaren Situationen Menschen ex-
175 trem kurzfristig einspringen müssen, um den normalen Ablauf sicherzustellen. Bei der Forderung nach der
176 Schaffung von Personaluntergrenzen ist klar, dass bei aktuell schon zahlreichen unbesetzten Stellen in der
177 Pflege in der Folge auch die Schließung von Betten oder Stationen möglich sind. Jedoch würde ein einfaches
178 „Weiter so“ die aktuelle Belastung der Pfleger*innen aufrechterhalten und damit auch weiterhin dazu führen,
179 dass Beschäftigte aus Pflegeberufen aussteigen. Außerdem sind Personaluntergrenzen ein geeignetes Mittel,
180 um Druck auf Einrichtungen auszuüben. Durch die Schließung von Stationen oder Betten entstehen mitunter
181 enorme Einnahmeausfälle, weswegen ein weiterer Anreiz entstehen kann, den Alltag in der Pflege zu verbes-
182 sern.

183 Wie beschrieben gibt es eine Entwicklung dahingehend, dass Betreuungs- und Behandlungspflege auf unter-
184 schiedliche Menschen verteilt werden. Hier muss jedoch ganz deutlich gesagt werden, dass es keine Lösung
185 ist, dem Pflegenotstand durch die Schaffung gering qualifizierter Jobs zu begegnen. Die Schaffung von prekärer
186 Beschäftigung löst keine Probleme, im Gegenteil. Auch angesichts der aktuell neu entflammten Diskussion
187 um die Einführung einer Dienstpflicht ist es notwendig zu betonen, dass der Mangel an Pflegekräften nicht
188 durch Freiwilligen- oder Pflichtdienstleistende beseitigt wird. Wir lehnen diesen Versuch, durch ungelernte
189 Kräfte den Druck auf Fachkräfte zu erhöhen, entschieden ab. Unser Ziel ist es, im Pflegebereich umfänglich
190 gute Arbeitsplätze zu schaffen, die auch qualitativ hochwertige Pflege ermöglichen. Deshalb ist auch eine hohe
191 Qualität der Ausbildung wichtig. Es gilt: Mehr Skill-Labs führen zu mehr Sicherheit bei den Auszubildenden und
192 weniger Unfällen auf Station.

193 Die Wertschätzung und Anerkennung der Pflegeberufe wird keinesfalls nur, aber auch durch finanzielle As-
194 pekte beeinflusst. Zu begrüßen ist deshalb das Ziel, mehr Tarifbindung im Bereich der Pflege zu erreichen. Es
195 müssen endlich auch für diesen Bereich Flächentarifverträge ausgehandelt werden, die für alle in der Pflege
196 Beschäftigten gelten. Im Rahmen dieser Tarifverträge muss das von allen Seiten verkündete Ziel, die Pflege

197 aufzuwerten, auch finanziell deutlich werden. Dies darf allerdings nicht nur eine Phrase bleiben. Hierfür gilt
198 es sich vor allem mit den Gewerkschaften zu solidarisieren und an ihrer Seite zu streiten. Insbesondere die
199 Arbeitgeber*innen dürfen nicht negativ auf den Organisationsgrad der Beschäftigten einwirken. Mehr und
200 bessere Tarifverträge können dazu beitragen, dass die Pflegeberufe attraktiver werden und sich mehr Men-
201 schen dafür entscheiden. In der Pflege-Ausbildung muss sichergestellt werden, dass die noch einzuführende
202 Mindestausbildungsvergütung wirklich für alle gilt, die ausgebildet werden.

203 Wertschätzung wird jedoch nicht alleine durch finanzielle Aufwertung geleistet. Neben einer Sensibilisierung
204 für den Beitrag von Pflegekräften zur medizinischen Versorgung und den Arbeitsalltag in der Pflege muss das
205 Ziel auch sein, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen die Zusammenarbeit und das Klima zwischen den
206 unterschiedlichen Beschäftigtengruppen zu verbessern. Hier soll ein partnerschaftlicher Umgang gefördert
207 werden, bei dem auch das Bewusstsein herrscht, dass zu einer gelingenden und guten Versorgung von Pati-
208 ent*innen der Beitrag aller Beteiligten gleichermaßen von Bedeutung ist.

209 Die Reform der Berufsausbildung mit dem Ziel, den Beruf aufzuwerten und festzulegen, für welche Tätigkeiten
210 eine solche Ausbildung Voraussetzung ist, macht ein grundsätzliches Umdenken deutlich. Insbesondere die
211 Forderung nach einer angemessenen Ausbildungsvergütung und die Abschaffung des Schulgeldes begrüßen
212 wir ausdrücklich. In der Umsetzung bleibt es aber abzuwarten und kritisch zu bewerten, ob damit auch eine
213 ausreichende Höhe der Ausbildungsvergütung sichergestellt wird.

214 Ein wichtiger Baustein im Zusammenhang mit der Reform der Berufsausbildung ist auch die Schaffung von
215 Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Zu einer guten und attraktiven Arbeit gehört auch, dass die
216 Beschäftigten sich weiter qualifizieren und spezialisieren können. Deswegen müssen solche Wege auch allen
217 Beschäftigten offenstehen und dürfen nicht etwa an der Finanzierung scheitern. Um den Quereinstieg für Men-
218 schen mit Berufserfahrung in die Pflege zu erleichtern, sollen Externenprüfung in der Altenpflege zugelassen
219 werden. Dieses kann unter anderem durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband geleistet werden.

220 Es bleibt viel zu tun, um dem Pflegenotstand zu begegnen und in Zukunft gute Arbeit in der Pflege zu verwirk-
221 lichen. Für langfristig gute Bedingungen braucht es auch insgesamt Veränderungen im Gesundheitssystem
222 dahingehend, dass nicht mehr der Profit, sondern die gute Versorgung der Menschen im Vordergrund steht.
223 Dafür müssen wir Jusos und dafür muss die Sozialdemokratie zusammen mit den Beschäftigten und den Ge-
224 werkschaften streiten.

E Europa und Internationales

E Europa und Internationales

E1	Mach es zu deinem Europa! Unsere Ideen zur Europawahl	34
E4	Junge Menschen nicht im Regen stehen lassen – Gute Ausbildung in Europa gegen die Jugendarbeitslosigkeit	39
E5	Reform der EU-Agrarpolitik für eine global gerechte Landwirtschaft im Dienste des Boden-, Gewässer-, Tier- und Klimaschutzes, sowie der Existenzsicherung aller Landwirte	42
E7	Unterstützung des Friedensprozesses zwischen Eritrea und Äthiopien	43

E1

Mach es zu deinem Europa! Unsere Ideen zur Europawahl

1 Es ist an der Zeit, dass Europa wieder mehr mit Hoffnung, Aufbruch und Frieden verbunden wird als mit Krise.
2 Seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 kommt die europäische Idee nicht mehr heraus aus einer Spirale
3 der Krisen. Befeuert durch falsche politische Entscheidungen sind Spaltungen der Gesellschaften in Europa,
4 Perspektivlosigkeit für viele junge Menschen und eine Erstarkung des Nationalismus die Folge.

5 Europa steht vor einer wichtigen Weichenstellung: Gelingt es jetzt, die notwendigen Reformen für ein solida-
6 rischeres, gerechteres und demokratischeres Europa umzusetzen oder droht eine Rückkehr zum Wahnsinn
7 des Nationalismus?

8 In Zeiten des globalisierten und zunehmend digitalisierten Kapitalismus reichen die Nationalstaaten nicht aus,
9 um eine Wirtschaft zu formen, die den Menschen mehr Freiheit zur selbstbestimmten Gestaltung des eigenen
10 Lebens, mehr Chancen auf wirtschaftliche und soziale Teilhabe und mehr soziale Sicherheit bietet. Ein starkes
11 Europa heißt unsere Antwort sowohl auf den Wahnsinn der nationalistischen Zerstörungskraft, als auch auf
12 die Ungerechtigkeiten ungezügelter Märkte. Wir stehen zu der Idee eines Europas der Freien und Gleichen. Ein
13 Europa, das allen Menschen die Hoffnung auf eine gute Zukunft bieten kann und nicht nur ein Projekt weniger
14 Eliten ist.

15 Der notwendige Aufbruch für Europa steht von vielen Seiten unter Beschuss. Von den Rechten mit ihrem Na-
16 tionalismus und ihrer Menschenfeindlichkeit. Von Links-Nationalist*innen mit ihrem nach rechts anschlussfä-
17 higen Gerede von Identität, deren politischer Kompass sich nach nichts anderem als einem gefühligen Protest
18 ausrichtet. Von Neoliberalen, in deren Europa vor lauter freien Märkten kein Platz für Werte bleibt. Und auch
19 von den Konservativen, der beharrlich jeglichen sozialen Fortschritt blockieren. Klar ist: Für den europäischen
20 Aufbruch braucht es eine starke SPD!

21 Hier wollen wir unsere Ideen für die Europawahl 2019 festhalten. Wir werden darum kämpfen, dass die De-
22 batten zu dieser Wahl von mutigen Visionen für die Zukunft Europas geprägt sind statt von Ressentiments,
23 Ängsten und Vergangenheitsbewältigung. Wohin es führt, wenn man als Argumente für die europäische In-
24 tegration nur Angstszenarien vor Veränderungen hervorbringt, hat das Ergebnis der Brexit-Entscheidung ge-
25 zeigt. Wir werden deshalb mutig Europa nach vorne denken. Wir sind von der europäischen Idee überzeugt.
26 Aber retten lässt sich diese Idee nur, wenn wir Europa jetzt anders machen. Das ist die Botschaft, die wir vor
27 allem an junge Menschen anzubieten haben: *Wir brauchen dich jetzt, um Europa für deine Zukunft zu gestalten.*
28 *Hilf uns mit und mach es zu deinem Europa!*

29 **Es geht um deine Zukunft: Ein sozialeres Europa, um der Jugend eine Chance zu geben!**

30 Die vor allem von Merkel und Schäuble vorangetriebene Austeritätspolitik hat die wirtschaftliche und soziale
31 Krise nicht gelindert, sondern sie sogar noch verstärkt. Vor allem im Süden Europas raubt diese Politik jungen
32 Menschen die Chancen auf ein glückliches Leben in sozialer Sicherheit. Der Kampf gegen Jugendarbeitslosig-
33 keit muss weiterhin ein zentraler Bestandteil eines besseren Europas sein.

34 Noch immer orientieren sich die Strategien zur Senkung der Arbeitslosigkeit fast ausschließlich an der neolibe-
35 ralen Strategie der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Die Folge ist, dass vor allem in Südosteuropa
36 unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit die Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte zuneh-
37 mend geschwächt werden, um gerade in exportabhängigen Wirtschaften die Sozialstandards und Lohnkosten
38 zu drücken. Dass eine andere Politik möglich ist und auch Erfolg versprechen kann, sieht man am Beispiel
39 Portugal.

40 Wir setzen dagegen zum einen auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, nicht durch eine Abwärtsspi-
41 rale bei Löhnen, Steuern, Sozialabgaben und betrieblicher Mitbestimmung, sondern durch technologischen
42 Fortschritt, den wir im Sinne der Menschen gestalten wollen. Dafür sind Investitionen in Forschung und Ent-
43 wicklung, in Bildung und auch in die Infrastruktur auch für die europäische Peripherie statt sinnloser Haus-

44 haltskürzungen unerlässlich. Zum anderen wollen wir Europa als soziale Union ausbauen. Die Geschichte der
45 Bundesrepublik zeigt uns, wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat für den Zusammenhalt der Gesellschaft
46 ist.

47 Ein notwendiger Schritt für ein gerechteres und demokratisches Europa ist die Institutionalisierung der Euro-
48 zone. Wir müssen die Eurozone als politische, wirtschaftliche und soziale Union weiterentwickeln. Als politische
49 Union müssen die Entscheidungswege der Eurozone nicht nur effektiver, sondern auch demokratischer gestaltet
50 werden. Als wirtschaftliche Union braucht die Eurozone Wachstum, das es nur mit mutigen Investitionen
51 und einer Stärkung der gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz-, und Haushaltspolitik gibt. Und als soziale Union
52 müssen Umverteilungsmechanismen die zunehmende Ungerechtigkeit sowohl innerhalb als auch zwischen
53 den Mitgliedsstaaten bekämpfen.

54 Wir stehen für:

- 55 • **Die Schaffung einer Euro-Finanzminister*in und einer Euro-Kammer im EU-Parlament.** Es ist an
56 der Zeit, den Geburtsfehler des Euro zu beheben: Eine gemeinsame Währung kann ohne gemeinsa-
57 me Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht funktionieren. Die hier geforderte Kompetenzverlagerung in
58 die Eurozone muss, wenn sie demokratisch legitimiert sein will, durch demokratische Institutionen ge-
59 schehen. Deshalb plädieren wir für die Schaffung einer Euro-Finanzminister*in, die die gemeinsame
60 Politik koordiniert, und einer Euro-Kammer im EU-Parlament, die diese Finanzminister*in demokra-
61 tisch kontrolliert.
- 62 • **Die Schaffung eines Eurozonen-Budgets,** finanziert aus einem Anteil der endlich umzusetzenden
63 Finanztransaktionssteuer, einem Anteil der nationalen Körperschaftssteuern oder weniger schwan-
64 kungsanfälligen Steuern und möglicherweise zusätzlich aus einer eigenen konjunkturabhängigen
65 Eurozonen-Steuer oder Beiträgen der Eurozonen-Staaten. Das Budget sollte für Investitionen in Infra-
66 strukturprojekte und für den Aufbau eines europäischen Sozialsystems verwendet werden.
- 67 • Ein Europa, das den **Kampf gegen den Klimawandel** gemeinschaftlich annimmt und entschlossener
68 führt, als dies bislang der Fall ist. Für uns ist der Kampf gegen den Klimawandel eine entscheidende
69 Gerechtigkeitsfrage!
- 70 • **Die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und eines europäischen Kurzarbei-**
71 **ter*innengeldes aus Mitteln des Eurozonen-Budgets.** Das Ziel dieser Politik muss es sein, die natio-
72 nalen Sozialschutzsysteme einander anzunähern. Während dieses Prozesses müssen national höhe-
73 re Standards selbstverständlich Vorrang vor möglichen EU-weiten Sozialstandards haben. Eine euro-
74 päische Arbeitslosenversicherung bietet sich an, um die sozialen Transfers von reicheren zu ärmeren
75 Eurozonen-Staaten zu organisieren. So können bei asymmetrischen ökonomischen Schocks und hoher
76 Arbeitslosigkeit in einzelnen Euro-Staaten die nationalen Sozialsysteme entlastet werden. Weil für die
77 Umsetzung einer solchen europäischen Arbeitslosenversicherung ein langer Weg notwendig ist, ergibt
78 es Sinn, im Vorgriff schon ein europäisches Kurzarbeiter*innengeld nach deutschem Vorbild einzufüh-
79 ren. Mit diesem Mittel können Arbeitnehmer*innen, ergänzend zu den unterschiedlichen nationalen
80 Kurzarbeiter*innenzahlungen, bei konjunkturell bedingtem Arbeitsausfall zeitlich begrenzt Zahlungen
81 für ausfallende Arbeitsstunden erhalten.
- 82 • **Mehr Investitionen in die Zukunft Europas.** Die Austeritätspolitik, die in den vergangenen Jahren be-
83 sonders von der deutschen Bundesregierung durchgesetzt wurde, führt vor allem im Süden Europas
84 zu katastrophalen Wachstumseinbrüchen. Arbeitslosigkeit und eine noch höhere Staatsverschuldung
85 sind die Folge. Um vor allem die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Staatsschulden langfristig
86 und nachhaltig zu sanieren, bedarf es stärkerer europäischer Investitionen. Außerdem werden Maß-
87 nahmen benötigt, die die Binnennachfrage in den Staaten mit exzessivem Leistungsbilanzüberschuss,
88 der zulasten von anderen Ländern geht,
- 89 • **Ein begrenztes Umschuldungsprogramm,** in dem die Staaten der Eurozone gesamtschuldnerisch für
90 die Staatsverschuldung bis zur Maastricht-Grenze von 60 Prozent des BIP haften.
- 91 • **Einen Pakt für europäische Mindestlöhne,** der Korridore für faire Mindestlöhne gemessen am Durch-
92 schnittseinkommen in den Mitgliedsstaaten festlegt sowie Mindeststandards für nationale Systeme der
93 Mindestsicherung und die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen.

- **Einen Pakt für gute Ausbildung in Europa**, der in einem gesamteuropäischen Ausbildungsrahmen mit der Schaffung von gemeinsamen Standards münden soll. Wir wollen uns außerdem für die Einführung einer europäischen Mindestausbildungsvergütung einsetzen und die europäische Mobilität von Auszubildenden verbessern.
- **Ein europäisches Betriebsverfassungsgesetz**, das keine Transformation in nationales Recht braucht und so keine Schlupflöcher zur Umgehung von EU-Richtlinien ermöglicht. Wichtig ist es bei der Ausgestaltung, auf die gewerkschaftlichen Traditionslinien der Mitgliedsstaaten zu achten.
- **Die Koordinierung der europäischen Steuerpolitik**, um Steuerdumping und -hinterziehung zu bekämpfen.
- **Eine Verbesserung der Abstimmung zwischen den Sozialpartner*innen auf Eurozonen-Ebene.** Das Hauptaugenmerk der verbesserten Abstimmung der Sozialpartner*innen muss auf koordinierten Lohnsteigerungen, der Steigerung der europäischen Investitionen und einem gerechten Übergang ins Zeitalter der Digitalisierung liegen.
- **Die Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in Gemeinschaftsrecht** und die Weiterentwicklung zu einem Europäischen Währungsfonds.
- **Einen politischen Vorrang für die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes** vor internationalen Freihandelsabkommen.

Es geht um deine Generation: Jugendpolitik im nächsten EU-Haushalt stärken!

Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten befürworten wir eine EU, die sich um die jüngere und jüngste Generation kümmert. Wir wollen eine EU, die junge Menschen schützt und es ihnen ermöglicht, ihre gewünschten Lebenswege selbstbestimmt einzuschlagen, von der Kindheit, über Erziehung und Ausbildung, bis Universität und zum ersten Job.

Die in den nächsten Monaten anstehenden Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und EU-Mitgliedsstaaten über das EU-Budget und die europäischen Kohäsionspolitik fuer den Zeitraum 2021-2027 bieten die Chance, europäische Politik verstärkt auf die Jugend Europas auszurichten.

- **Beseitigung der Kinderarmut, durch die Einführung eines europäischen Kindergarantiefonds.**
- **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, durch die Fortsetzung und Erweiterung der europäischen Jugendgarantie.**
- **Förderung der Bildungsmobilität, durch die Fortsetzung und den Ausbau des Erasmus-Plus-Programms**

Es geht um deine Chancen: Gleichstellung umsetzen!

Die Europäische Union ist zuallererst eine Wertegemeinschaft. Dies zeigt sich im Artikel 2 des Vertrags von Lissabon: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

In Artikel 1a des Lissabonner Vertrags sind diese Werte festgelegt. Neben der Achtung der Menschenwürde gehören hierzu die Gleichheit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören. Genau darauf bauen wir die Forderung nach der Gleichberechtigung von Mann* und Frau*.

Wir stehen vor der Herausforderung mit Gegenwind umzugehen und vor der Frage, wie die EU den Wert der Gleichstellung derzeit umsetzt.

Wir stehen für:

- **Die wirtschaftliche Unabhängigkeit zwischen den Geschlechtern.** Die Forderung nach Lohngleichheit ist eines der zentralen Themen der EU. Doch in der Realität ist die Problemlage gleichgeblieben. Die Lohnungleichheit besteht weiterhin oft aufgrund stereotyper Rollenverteilungen in der Familie, durch unbezahlte Care Arbeit und durch unzureichende Transparenz von Unternehmen. Die Lohnlücke trägt zur Festigung von hierarchischer Verantwortungsteilung in Partner*innenschaften bei und führt zu längeren Erwerbsunterbrechungen bei Frauen*. Wir fordern präventive Maßnahmen, die über den Anspruch an neue Gesetzgebung hinausgeht. Rollenbilder müssen aufgebrochen werden und Frauen*

müssen die Chance erhalten die Forderung nach Lohngleichheit vor dem Arbeitgeber wirksam durchsetzen zu können. Zudem muss die Care Arbeit mehr anerkannt werden und als solche auch aufgewertet werden, sodass einer Frau* dadurch keine Nachteile entstehen. Maßnahmen für eine Armutsvermeidung und eine Segregation am Arbeitsmarkt müssen ergriffen werden

- **Gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen.** Noch immer sind Frauen* in allen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Frauen* machen die Hälfte der Gesellschaft aus, doch sind als solche nicht in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Dies ist ein großes Problem für unsere Demokratie. Frauen* müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und der Anteil von Frauen* in Führungspositionen in der Politik und der Wirtschaft muss deutlich erhöht werden.

- **Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt.** Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* zieht sich durch alle Lebenslagen und ist kein Einzelfall. Jede vierte Frau* in Europa ist schon einmal Opfer geschlechtsbezogener Gewalt geworden. Dazu gehören Vergewaltigung, Menschenhandel, Stalking, Häuslicher Missbrauch, Genitalverstümmelung sowie sexuelle Nötigung und Belästigung. Die EU braucht wirksame Strategien zur Prävention, Verhütung von Gewalt, genauso wie Maßnahmen zur Bewältigung von Gewalterfahrungen und Anlaufstellen, die niedrigschwellige Angebote leisten können.

- **Beachtung der Intersektionalität.** Wenn Frauen* aus mehreren Gründen diskriminiert werden, handelt es sich um eine Mehrfachdiskriminierung. Wenn sie also neben der Diskriminierung wegen ihres Geschlechts auch wegen ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert werden. Intersektionalität umschreibt diesen Zusammenhang zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen. Die EU kennt viele Vorschriften, die ausdrücklich eine dieser Formen verbieten und Maßnahmen dagegen anzugehen. Hier fehlt es allerdings noch an dem Weitblick die Zusammenhänge richtig zu reflektieren und diese auch zu bekämpfen und so Mehrfachdiskriminierungen direkt zu adressieren.

Man sieht, dass viele Schritte schon gegangen sind, aber noch weitere folgen müssen, damit man Rückschritte stoppen kann und dem Gegenwind etwas entgegensetzen kann. Das Konzept des Gender Mainstreamings, also die Förderung von Frauen und Männern in allen Tätigkeiten, muss als Querschnittsaufgabe gesehen werden und noch weitergedacht werden.

Es geht um deinen Frieden: EU-Armee als Abrüstungsprojekt!

Auch außenpolitisch ist ein starkes Europa dringend notwendig. Die Welt wird immer unübersichtlicher und die globale Sicherheit immer schwerer zu garantieren. Mit Russland drängt ein autokratisches System wieder zunehmend auf die Weltbühne, wo China mit einer dezidiert antidemokratischen Ausrichtung schon steht. Mit Erdogans Türkei transformiert sich ein langjähriger Bündnispartner zunehmend in ein autokratisches System. Und seit der Wahl Trumps zum US-Präsidenten mitsamt seiner unberechenbaren Außenpolitik gerät das „westliche Wertebündnis“ ins Wanken. Ein gemeinsam agierendes Europa ist in diesen Zeiten unerlässlich.

Wir setzen auf eine neue Friedenspolitik. Wo Merkels CDU die Verdoppelung der Militärausgaben fordern, setzen wir auf strategische Abrüstung und Krisenprävention.

Wir stehen für:

- **Die langfristige Schaffung einer EU-Armee als Abrüstungsprojekt.** Uns geht es grundsätzlich darum, die weltweite Bedeutung von Militär und militärischer „Hardpower“ immer weiter zurückzuführen. Deshalb ist die schrittweise Abschaffung der nationalen Streitkräfte in Europa ein wichtiges Ziel. Ersetzt werden sollten diese Streitkräfte durch eine EU-Armee. Hiermit würde erstens die Europäische Friedensunion vollendet, die ein Teil der Gründungsvision des Vereinten Europas war – weil so den EU-Staaten die letzten Mittel genommen werden, um gegeneinander Krieg zu führen. Zweitens würden bei dieser Transformation von National- zu EU-Streitkräften höhere zweistellige Milliardenbeiträge freigesetzt, die für dringend notwendige gesellschaftliche Zukunftsinvestitionen verwendet werden können. Drittens bietet die Perspektive einer EU-Armee den passenden diplomatischen Verhandlungsrahmen, um weltweit eine neue, vertraglich untermauerte Abrüstungsdynamik zu erzeugen.

- **Entwicklungspolitik als Weg zu einer gerechteren Welt.** So wenig wie es eine demokratische Verpflichtung zur Erfüllung des sogenannten „Zwei-Prozent-Ziels“ gibt, so sehr gibt es ein großes globales Gerechtigkeitsdefizit. Das 0,7 Prozent-Ziel für die Entwicklungszusammenarbeit muss auch von der

190 Bundesrepublik Deutschland eingehalten werden. In der europäischen Politik gilt es die gemeinsame
191 europäische Agrarpolitik unter anderem durch den Abbau von Landwirtschaftssubventionen so zu ver-
192 ändern, dass sie die europäische Entwicklungspolitik nicht mehr im Weg steht. Außerdem gilt es bei
193 Handelsabkommen die entwicklungspolitische Perspektive stärker in den Blick zu nehmen.

194 • **Den Vorrang der Diplomatie.** Die EU muss in globalen Fragen als Vermittlerin auftreten. So schwer es
195 gerade mit Staaten wie Russland, der Türkei oder Iran fallen mag, führt kein Weg vorbei an Gesprächen
196 mit dem Ziel, ein sicheres und gutes Leben für die Menschen zu gewährleisten.

197 **Es geht um dein Zusammenleben: Europa geht nur bunt und weltoffen!**

198 Auf den Rechtsruck reagieren manche Konservative, indem sie versuchen selbst rechte Themen zu besetzen.
199 Wir wehren uns entschieden gegen solche Versuche! Wir werden nicht zulassen, dass die Grenzen des politisch
200 Sagbaren weiter nach rechts verschoben werden!

201 Wir setzen auf eine Doppelstrategie: Wir werden um die Menschen kämpfen, die zunehmend den Glauben
202 an die Demokratie verlieren. Wir setzen auf Investitionen in den Zusammenhalt der Gesellschaft, soziale Si-
203 cherheit und wirtschaftliche Dynamiken, die mit Zukunftshoffnungen Abstiegsängste bekämpfen. Dafür wer-
204 den wir uns aber nicht in die Arenen der Rechten begeben. Denn im Kampf gegen die Rechten ist eine klar
205 erkennbare Haltung unerlässlich. Wir werden uns konsequent gegen Menschenfeindlichkeit, Rassismus und
206 Antisemitismus stellen.

207 Wir stehen für:

208 • **Eine menschliche europäische einheitliche Asylpolitik.** Wir wollen zu unserer globalen Verantwor-
209 tung stehen und den Menschen, die vor Krieg, Hunger und elendigem Leben fliehen, neue Chancen
210 bieten. Wir wollen sichere Fluchtrouten schaffen statt Menschen in den Tod zu treiben.

211 • **Einen Vorrang für Integration.** Damit eine solche Asylpolitik funktioniert, müssen wir die Vorausset-
212 zung für eine Integrationsgesellschaft schaffen. Wir setzen auf einen integrationsfähigen Arbeitsmarkt,
213 gute Bildungsangebote und starke Kommunen, die ein gutes Zusammenleben organisieren.

214 • **Ein klares Bekenntnis zum Schengen-Abkommen.** Wo Konservative immer wieder die offenen Gren-
215 zen in Europa in Frage stellen, zeigen wir klare Kante. Schengen bedeutet Freiheit für die Menschen und
216 Chancen für die Wirtschaft.

217 • **Investitionen in den Zusammenhalt der Gesellschaft.**

218 **Mach mit und mach es zu deinem Europa!**

219 Mit diesen Leitlinien treten wir zur Europawahl 2019 an. Wir wollen kämpfen für unsere Idee eines gerechte-
220 ren und demokratischeren Europas. Nicht besserwischerisch von oben herab, sondern im Gespräch mit den
221 Menschen. Denn diese Menschen in all ihrer Vielfalt sind es, die Europa ausmachen. Unsere Einladung geht
222 an all die, die Hoffnungen setzen in eine europäische Zukunft: *Mach mit und mach es zu deinem Europa!*

E4

Junge Menschen nicht im Regen stehen lassen – Gute Ausbildung in Europa gegen die Jugendarbeitslosigkeit

1 Wir Jusos kämpfen für ein Europa, das offen, frei und vielfältig ist. Wir stehen für ein solidarisches Europa, das in
2 Zeiten eines immer weiter globalisierten Arbeitsmarktes Sicherheit und Perspektiven für Arbeitnehmer*innen
3 gewährleisten muss.

4 Zu den heftigsten Auswirkungen der Finanzkrise 2008 gehört die bis heute eklatant hohe Jugendarbeitslosigkeit – vor allem im Süden Europas. 2017 war rund ein Fünftel aller Jugendlichen in Europa arbeitslos. In
5 Griechenland, Spanien und Italien ist die Quote am höchsten. Viele arbeitslose junge Menschen haben keine
6 oder nur eine abgebrochene Ausbildung. Sie leiden unter mangelnden Angeboten ebenso wie unter für sie
7 nachteiligen (Aus)Bildungssystemen.

8 Deshalb brauchen wir neben den Investitionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit einen zweiten Schritt: Die
9 Schaffung eines europäischen Bildungsrahmens, der sowohl die Bedingungen und Chancen der Jugendlichen
10 vor Ort, als auch ihre Mobilität und Chancen auf dem gesamteuropäischen Binnenmarkt erhöht! Europäischer
11 Austausch darf nicht nur auf die Angleichung der (Hochschul-)Bildungsgänge beschränkt bleiben. Auch die
12 Berufsausbildung muss europäisch werden!

14 **Einen gemeinsamen Rahmen nach Vorbild des dualen Ausbildungssystems**

15 In vielen Bereichen lässt sich das duale Ausbildungssystem zum Vorbild nehmen, wie es in unterschiedlichen
16 Variationen in der Bundesrepublik, Österreich, Dänemark und z.T. in den Niederlanden praktiziert wird. Ein
17 entscheidender Vorteil ist die Partnerschaft von Betrieben, Gewerkschaften und Bildungsträger*innen. Da-
18 durch wird das Erlernen von Fähigkeiten gesichert, die nicht auf einen Betrieb/eine Branche beschränkt ist. Zu-
19 dem werden durch staatliche Beteiligung Rahmenbedingungen geschaffen, die Standards festschreiben (wie
20 z.B. im BBiG oder der Handwerksordnung). Außerdem wird Sorge dafür getragen, dass in den Ausbildungs-
21 rahmenplänen Bildungsinhalte vereinbart werden, die unter anderem die Rolle von Interessenvertretungen
22 der Beschäftigten vermitteln und die Interessenlage von Auszubildenden und späteren Beschäftigten im Wirt-
23 schaftssystem. Auch die Vergütungen sind an gesetzliche Regelungen gebunden. Das schafft Sicherheiten für
24 die Auszubildenden und steigert die Akzeptanz ihrer Abschlüsse. In Deutschland wirkt das duale Ausbildungs-
25 system als wesentlicher Faktor gegen Jugendarbeitslosigkeit. Einige Staaten haben Bausteine aus dem dualen
26 System bereits übernommen, allerdings teilweise ohne die zwingende Beteiligung von Gewerkschaften zum
27 Beispiel in den Berufsbildungsausschüssen. Eine Erarbeitung europäischer Standards würde sowohl Wertig-
28 keit als auch Vergleichbarkeit der Ausbildungen schaffen und somit die Chancen auf Übernahme bei den Aus-
29 zubildenden steigern.

30 Wir fordern:

- 31 • Eine **Ausbildungsgarantie für alle europäischen Länder**. Wir setzen europaweit auf die Einführung
32 eines gesetzlichen Anspruchs auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung in einem aner-
33 kannten Ausbildungsberuf. Diese Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, die keinen Ausbildungs-
34 platz finden konnten, soll spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gel-
35 ten. Ein erster Schritt in diese Richtung ist auf jeden Fall die **Jugendgarantie**, diese muss aber noch
36 weitergehender sein. Ein Teil einer europäischen Ausbildungsgarantie muss sein, dass der Staat – also
37 Kommunen, Kreisverwaltungen, Behörden des Landes und des Bundes – hochwertige duale Ausbil-
38 dungsplätze deutlich über dem eigenen Bedarf anbietet. Es kann nicht sein, dass staatliche Stellen –
39 wie es aktuell an vielen Stellen traurige Realität ist – selbst viel zu wenige Ausbildungsstellen anbieten,
40 um dann später gefragte Fachkräfte auf dem Markt abzuwerben.
- 41 • Die Erarbeitung eines **gesamteuropäischen Ausbildungsrahmens** mit der Schaffung von gemeinsa-
42 men Standards. Das Ausbildungssystem muss in einer Partnerschaft zwischen den Sozialpartner*in-

nen, Behörden und Berufsbildungseinrichtungen geregelt werden. Die Bildung der Auszubildenden und die Garantie ihrer Rechte müssen dabei im Vordergrund stehen. Die Verknüpfung zwischen einer mehrjährigen schulischen und betrieblichen Ausbildung ist unabdingbar! Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gegenüber den Auszubildenden nachkommen und die Bedingungen der Ausbildung müssen und in einem Arbeitsvertrag festgehalten werden. Die Auszubildenden dürfen also faktisch keine Schüler*innen sein, die ein Praktikum absolvieren, sondern haben einen vertraglich geregelten Status angehender Fachkräfte.

- Keine weitere Stärkung von modularen Ausbildungselementen zum Ausbildungsbeginn. Berufsausbildung ist für uns der vollumfängliche Erwerb von Fertigkeiten eines gesamten Berufsbildes. Auszubildende müssen befähigt werden, die erlernten Fähigkeiten ohne große Anlernzeit in anderen Betrieben/Unternehmen anwenden zu können. Erst nach Erlangung einer Berufsausbildung nach diesem Maßstab können modulare Spezialisierungen sinnvoll sein.
- Eine **Vergleichbarkeit der Ausbildungsabschlüsse** ähnlich wie beim Europäischen Qualifizierungsrahmen. Im Idealfall sollte klar festgelegt werden, welche Qualifikation man nach Abschluss seiner Berufsausbildung erreicht hat. Modelle, in denen die Auszubildenden Vollzeit in der Schule ohne Betrieb ausgebildet werden, sollten nur einen geringfügigen Anteil haben. Dazu gehört auch, dass es eine Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung gibt.
- Eine Beteiligung von Gewerkschaften und anderen Beschäftigtenvertretungen an der Erarbeitung der europäischen Ausbildungsrahmen.
- Eine öffentliche Förderung von tariflichen oder sonstigen Garantieerklärungen zur Übernahme der Auszubildenden. Denn alle Auszubildenden brauchen eine sichere berufliche Perspektive nach ihrer Ausbildung!
- Eine Sicherstellung, dass Auszubildende in der Zeit ihrer Ausbildung von ihrer*m Arbeitgeber*in nach **Tarif** oder nach einer europäischen **Mindestausbildungsvergütung** bezahlt werden. Dies muss einhergehen mit der Forderung nach einem europäischen Mindestlohn.

Europäische Mobilität stärken

Lernen ohne Grenzen ist ein elementarer Grundstein europäischer Freizügigkeit. Deshalb müssen Anreize und Angebote für Auszubildende mehr gefördert werden, eine Ausbildung im Ausland oder auch nur ein Praktikum absolvieren zu können. Das Erasmus+ Programm der Europäischen Union bietet schon die Möglichkeit an, sich im Ausland weiterzubilden. Die Erhöhung des Budgets für den Zeitraum 2014 bis 2020 um 40 Prozent war deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt ist es wichtig, dass Erasmus+ auch nach 2020 fortgesetzt und weiterentwickelt wird. Im Rahmen eines stetig globalisierten Arbeitsmarktes sowie der Ausweitung von multinationalen Unternehmen müssen auch die Unternehmen Angebote des Austausches ihrer Auszubildenden schaffen und Aus- sowie Weiterbildung stärken.

Wir fordern:

- Eine deutliche **Erhöhung des Bildungsbudgets** im EU-Gesamthaushalt inklusive einer Erhöhung des Budgets für Erasmus+ . Wie die Zwischen-Evaluierungen zeigen, ist die Nachfrage größer als die zur Verfügung stehenden Mittel. Wer die Mobilität steigern will, muss deshalb deutlich mehr Geld zur Verfügung stellen.
- Eine **gerechtere Mittelaufteilung** zwischen den verschiedenen Programmbereichen. Mit 43 Prozent fließt ein großer Anteil des Gesamtbudgets von Erasmus+ in den Bereich Hochschulbildung. Die allgemeine und demokratische Erwachsenenbildung (5 Prozent), die berufliche Bildung (22 Prozent), die Schulbildung (15 Prozent) und der Jugendbereich (10 Prozent) stehen dagegen deutlich zurück. Um die Mobilität in allen Programmbereichen zu stärken, müssen die Mittelaufteilung verändert und Mindestbudgets geschaffen werden.
- Eine Stärkung von Erasmus+ auch für die **Weiterbildung**. In der Praxis wird Erasmus+ oft ausschließlich mit dem Förderschwerpunkt der 18-25 Jährigen assoziiert. Im künftigen Programm muss daher die Idee des lebenslangen Lernens viel stärker verankert werden.

- 91 • Die Schaffung eines **ganzheitlichen Bildungsbegriffes** für Erasmus+. In den vergangenen Jahren war
92 der Bildungsbegriff europäischer Bildungsprogramme stark fokussiert auf Wettbewerbs- und Beschäf-
93 tigungsfähigkeit. Bildungsmobilität muss aber deutlich mehr sein als eine Beschränkung auf eng be-
94 grenzte berufliche Qualifikationen. Sie muss auch einer gesellschaftlichen und kulturellen Beteiligung
95 an einer gemeinsamen demokratischen europäischen Gesellschaft dienen. Der europaweite Ausbau
96 eines Berufsschulnetzwerkes muss vorangetrieben werden um einen ganzheitlichen theoretischen Bil-
97 dungsansatz innerhalb des Erasmus+ zu sorgen. Deshalb muss der Bildungsbegriff für das neue Pro-
98 gramm ausgeweitet werden.
- 99 • Die Stärkung von Instrumenten, die den **Austausch von Auszubildenden in multinationalen Kon-**
100 **zernen** stärken, ganz konkret mit der Gründung von europaweiten Jugend- und Auszubildendenver-
101 tretungen.

E5

Reform der EU-Agrarpolitik für eine global gerechte Landwirtschaft im Dienste des Boden-, Gewässer-, Tier- und Klimaschutzes, sowie der Existenzsicherung aller Landwirte

- 1 Die Agrarsubventionen stellen den größten Haushaltsposten der Europäischen Union dar. Alleine Deutschland
2 erhält aus den zwei Töpfen der Direktzahlungen und den Geldern zur Entwicklung des ländlichen Raumes Zah-
3 lungen in Höhe von circa 5 Milliarden Euro. Diese Gelder werden vorwiegend nach der bewirtschafteten Fläche
4 aufgeschlüsselt und nur in sehr geringem Maße an umweltschonende Aspekte, wie z.B ökologische Landwirt-
5 schaft oder nitratneutrale Düngung, gekoppelt. Dies hat zur Folge, dass keine effektiven Anreize, weg von
6 industrieller und rein gewinnorientierter, hin zu nachhaltiger Landwirtschaft, gesetzt werden. Die Ergebnisse
7 dieser bisherigen Politik lassen sich an den überschrittenen Nitratgrenzwerten im Grundwasser, an den kata-
8 strophalen Haltungsbedingungen in der Nutztierhaltung, der Vernichtung von 80% einheimischer Insekten in den
9 letzten 20 Jahren und dem großen Anteil der Landwirtschaft an klimaschädlichen Emissionen ablesen.
- 10 Ein weiterer Effekt ergibt sich aus den durch die Subventionierung möglichen, billigen Verkaufspreisen für
11 europäische Produkte am Weltmarkt. Diese unterbieten preislich Produkte aus Entwicklungs- und Schwellen-
12 länder und verdrängen so die einheimischen Lebensmitteln in außer-europäischen Binnenmärkten. Anderer-
13 seits schützt die EU den europäischen Markt mit Zöllen vor Lebensmitteln nicht europäischer Produzenten,
14 unabhängig von deren Produktionsstandards. Fördert zugleich durch Fischereiabkommen die Übernutzung
15 traditioneller Fischvorkommen ehemaliger europäischer Kolonien und entzieht somit den dort lebenden Fi-
16 schern die Lebensgrundlage.
- 17 Durch die subventionierte einseitige Freihandelspolitik für europäische Lebensmittel verhindert die EU somit
18 die Entwicklung eines Agrarsektors, der nicht nur zu einem globalen resilienten Ernährungssystem führen,
19 sondern auch Antriebsfeder für weitere industrielle Entwicklungen der Entwicklungs- und Schwellenländer,
20 sein könnte. Diese Politik befördert also nicht nur ökologische Ausbeutung innerhalb und außerhalb Europas,
21 sondern schafft Fluchtursachen weltweit.
- 22 Somit fordern die Jusos die SPD, sowie die SPE dazu auf, folgende Forderungen zu verfolgen und durchzuset-
23 zen:
- 24 • Abschaffung der ausschließlich an Flächen bemessenen Subventionierung und Kopplung der Gelder
25 an dem Gemeinwohl dienenden Zielen wie Boden-, Gewässer, Tier-, Insekten- und Klimaschutz.
 - 26 • Abstufung der Gelder je nach ihrem ökologischen Nutzen und somit Steuerung der Landwirtschaft hin
27 zu einem im Gleichgewicht von Versorgung und Naturschutz arbeitenden Agrarsektor.
 - 28 • Reform der EU Importzölle auf Agrarprodukte, hin zu einem Zollsystem das eine Produktion mit hö-
29 heren ökologischen und sozialen Standards, unter Berücksichtigung der lokalen Begebenheiten der
30 Exportländer, bevorzugt und somit diese Standards auch außerhalb der Europäischen Union fördert.
 - 31 • Keine Subventionierung oder gegebenenfalls Verbote von Exportprodukten, v.a. in Entwicklungs- und
32 Schwellenländer.
 - 33 • Keine Fischereiabkommen, die den einheimischen Fischern Wettbewerb mit Industriefischerei durch
34 Großkonzerne aufzwingt.
 - 35 • Die Ausweitung von Kompetenzen an die Europäische Union zur Schaffung EU-weiter Tierschutzstan-
36 dards, damit Tierschutzrichtlinien gerade für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe nicht
37 zum Wettbewerbsnachteil werden.

E7

Unterstützung des Friedensprozesses zwischen Eritrea und Äthiopien

- 1 Die Landeskonferenz der NRW Jusos beschließt, dass der Friedensprozess zwischen Eritrea und Äthiopien aktiv
2 unterstützt werden muss...ausschließlich durch humanitäre Mittel.
- 3 6Im Juli dieses Jahres unterzeichneten Eritrea und Äthiopien ein bedeutendes Friedensabkommen. Zwischen
4 den Staaten Eritrea und Äthiopien herrschte über 20 Jahre Krieg. Eritrea schottete sich daraufhin der Welt ge-
5 genüber ab und führte einen Wehrdienst ein, der in einer staatlichen Willkür gipfelte. Daraufhin verließen ca.
6 5.000 Menschen im Monat das Land. Alleine in den vergangenen zwei Jahren beantragten in Deutschland ca.
7 30.000 Eritreer Asyl. Diese Menschen haben ihre Freund*innen, Verwandten und ihre Heimat nicht freiwillig
8 verlassen. Für sie bietet der Friedensprozess die Chance in ihrer Heimat nicht mehr um ihr Leben fürchten zu
9 müssen. Auch für die internationale Staatengemeinschaft ist dieser Friedensprozess eine Möglichkeit, Flucht-
10 ursachen zu bekämpfen.
- 11 Beide Länder haben großes Potenzial für die Schaffung von Zukunftsperspektiven. In beiden Ländern ist die
12 Bevölkerung jung und drängt danach, gute Bildung zu erhalten und ihre eigenen Nationen wirtschaftlich voran
13 zu bringen. Dies bietet Deutschland und der EU die Möglichkeit, sich aktiv an der Entwicklung dieser Länder
14 zu beteiligen. Außerdem können Deutschland und die EU den Friedensprozess aktiv unterstützen und stär-
15 ken.
- 16 Wir halten es für die Pflicht der Bundesregierung, die Möglichkeiten hierzu zu evaluieren. Schließlich hat
17 Deutschland selber massiv durch die Unterstützung verschiedener Nationen nach dem zweiten Weltkrieg pro-
18 fitiert. Der aktuelle Wohlstand Deutschlands lässt sich auch darin begründen, dass andere Nationen diverse
19 Friedensprozesse in Deutschland, auch nach dem Mauerfall, unterstützt und gestärkt haben.
- 20 Wir glauben, dass ein nachhaltiger Frieden zwischen Eritrea und Äthiopien zu einer Stärkung der gesamten Re-
21 gion führen kann. Schließlich befinden sich hier weitere Krisenherde, wie der Südsudan oder Dschibuti, die für
22 massive Menschenrechtsverletzungen und hohe Todesraten verantwortlich sind. Ein Großteil der Bevölkerung
23 dieser Region befindet sich aktuell auf der Flucht.
- 24 Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Fluchtursachen und nicht Geflüchtete bekämpft wer-
25 den. Das Friedensabkommen zwischen Eritrea und Äthiopien bietet die Gelegenheit, international – auch in
26 Kooperation mit der EU und der UN – dafür einzutreten und Menschenleben und Menschenrechte zu schüt-
27 zen. Aufgrund unserer Geschichte sind wir dazu verpflichtet, die Einhaltung der Menschenrechte zu unterstüt-
28 zen.

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

F1	Feministischer Kampf und antikapitalistische Analyse	45
F2	Digitalisierung feministisch denken!	47

F1

Feministischer Kampf und antikapitalistische Analyse

- 1 Wir Jungsozialist*innen kämpfen für den demokratischen Sozialismus, der für uns mehr ist als nur Wirtschafts-
2 form; Sozialismus bedeutet für uns als übergeordnete Form das gesellschaftliche Zusammenleben der Freien
3 und Gleichen. Demokratisierung aller Lebensbereiche und Überwindung der kapitalistischen Produktionsver-
4 hältnisse beschränken. So scheint der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital als alleiniger Hauptwiderspruch:
5 Unser Kampf sei auf seine Auflösung begrenzt; Mit der Überwindung des Kapitalismus sei unser Ziel erreicht.
6 Diese Vorstellung halten wir für fatal.
- 7 Arbeit und Kapital als *ein* Widerspruch
- 8 1986 arbeitete Ulrich Beck in seiner dystopischen Modernisierungstheorie Risiken zukünftigen gesellschaft-
9 lichen Zusammenlebens heraus[1]; Explizit unterschied er hierbei kapitalabhängige Risikofaktoren (wie z. B.
10 Arbeitslosigkeit) von kapitalunabhängigen („Smog ist demokratisch“). Er machte also den Kapitalismus als ei-
11 nen – aber nicht *den* einen – Ursprung von Risiken aus.
- 12 Wir Jungsozialist*innen begreifen die Auflösung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital als einen zen-
13 tralen Kampf – einen Kampf von vielen. Unser radikales Nein zu dieser Welt äußert sich durch eine umfassende
14 Beanstandung der bestehenden Lebens-, und nicht nur der Produktionsverhältnisse.
- 15 What matters
- 16 Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens ist die Produktion unserer materiellen Lebensgrundlagen. Da-
17 her bildet auch die Betrachtung der Produktion unserer materiellen Lebensverhältnisse die Grundlage, von
18 der ausgehend wir unsere gesellschaftlichen Lebensverhältnisse überhaupt analysieren. Die Art und Weise,
19 wie wir unsere Lebensgrundlagen produzieren, ist in der Gegenwart von mehreren Eigenschaften bestimmt.
20 Sie ist zum einen davon geprägt, dass die Produktionsmittel in der Hand Einzelner sind, die andere für sich
21 arbeiten lassen und von ihrer Arbeit profitieren. Sie ist aber auch und immer noch bestimmt von einer ge-
22 schlechtlichen Arbeitsteilung. Neben weiteren Bestimmungen der Produktionsweise zeichnet sich unsere heu-
23 tige Gesellschaft durch zahlreiche Diskriminierungsstrukturen aus, unter denen patriarchale und sexistische
24 Diskriminierungen die größte Anzahl an Menschen treffen.
- 25 Patriarchaler Kapitalismus oder Kapitalistisches Patriarchat?
- 26 Wir Jungsozialist*innen erkennen, dass Auswüchse der Struktur unseres gesellschaftlichen Lebens synerge-
27 tisch befeuert werden; So schafft beispielsweise die Digitalisierung neue Formen kapitalistischer Ausbeutung:
28 Konzerne, die durch das Internet Kapital akkumulieren, nutzen träge Strukturen des Sozial- und Steuerstaats
29 und sagen sich ihrer ab. Zudem dient das Internet als Plattform, um neue frauen*feindliche Strukturen ver-
30 festigen: Es sei nur an Autovervollständigungen in Suchmaschinen gedacht, die sexistische Klischees ihrer
31 Nutzer*innen aufnehmen und reproduzieren. Digitalisierung und Ungleichheit können also als Unterbau und
32 Folge kapitalistischer *und* patriarchaler Struktur betrachtet werden. In sich verstärken beide Faktoren jeweils
33 ihre Auswirkungen.
- 34 Wir sehen diese Faktoren jedoch auch als selbstständig wirkende Widersprüche; Gesellschaftliche Repression
35 körperlicher Selbstbestimmung der Frau*, oder sexistische Sprachstruktur sind Beispiele patriarchaler Struk-
36 tur, die auch unabhängig des Kapitalismus existent sein könnten. Umgekehrt ist Besitz oder eben Nichtbesitz
37 von Produktionsmitteln nicht zwingend an ein biologisches oder soziales Geschlecht geknüpft.
- 38 Die patriarchale Gesellschaft hat in ihr selbst, und nicht im Kapitalismus ihren Ursprung. Sie bildete sich weit
39 vor der Ausbreitung kapitalistischer Produktionsweisen.
- 40 Besondere Rolle des Feministischen Kampfes
- 41 Der Feminismus nimmt für uns Jungsozialist*innen eine Sonderrolle ein, denn die patriarchalen Verhältnisse

42 lassen sich nicht etwa durch etwaige Normativität rechtfertigen: Frauen* sind keine Gruppe in Minderheit;
43 Frauen*feindliche Strukturen können (direkt) keinen Mehrheitsentscheidungen entspringen.

44 Unser Intersektionalismus

45 Ziel des Intersektionalismus ist für uns nicht, den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital als Nebenwi-
46 derspruch zum patriarchalen System, sondern den Feministischen Kampf als gleichberechtigten und gegen-
47 über dem Antikapitalismus selbstständigen Kampf samt sich unabhängig bildender Ungleichheiten zu begrei-
48 fen.

49 Die Offensichtlichkeit von im Intersektionalismus beschriebener Mehrfachdiskriminierung schließt die Er-
50 kenntnis ein, dass es weitere Hauptwidersprüche geben kann.

51 Die feministische Perspektive

52 Als Jungsozialist*innen müssen wir also darauf Acht geben, uns in der Kritik (mit Ziel der Zerschlagung) pa-
53 triarchaler Verhältnisse nicht (ausschließlich) auf Kritik zu berufen, die die Frau* im Kapitalismus betrachtet.
54 Unterdrückung ihrer ist auch in Räumen alternativer Wirtschaftsformen möglich und real existent. Frauen*
55 werden in den bestehenden Verhältnissen also offensichtlich nicht nur in ihrer Rolle als Arbeitnehmerinnen*
56 diskriminiert, sondern beispielhaft auch im Familiengebilde, als Bürgerin* (in Bezug zu staatlichen Institutio-
57 nen) oder als Mitbürgerin* (in gesellschaftlicher Ordnung).

58 Da die gegebenen Verhältnisse tatsächliche Geschlechterbilder in sich tragen, stellt die feministische Perspek-
59 tive durch den Mann* ausdrücklich zunächst die Anforderung, sich als Mann*, also als gesellschaftlich privile-
60 giert zu verstehen.

61 Demokratischer Sozialismus

62 Logisch ist es also möglich, Patriarchat und Kapitalismus voneinander unabhängig zu denken. Und auch in-
63 nerhalb kapitalistischer Verhältnisse kann es einen nicht-antikapitalistischen Feminismus geben. Allerdings ist
64 uns vor dem Hintergrund der geschichtlichen Betrachtung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst,
65 dass es für eine wirkliche Überwindung des Patriarchats und der gesellschaftlichen Geschlechterdifferenzen
66 [2] einer materiellen Gleichstellung aller Menschen bedarf. Notwendige Bedingung in der Erstreitung und Ge-
67 staltung eines *demokratischen* Sozialismus unseres Verständnisses ist dementsprechend die Überwindung des
68 Patriarchats, denn eine menschliche Gesellschaft ist ohne Überwindung der männlichen Gesellschaft nicht
69 denkbar.

70 Frauen*bewegung und Arbeiter*innenbewegung

71 In der Verbandsarbeit stehen wir im Bereich des Feministischen* Kampfes vor einer besonderen Herausfor-
72 derung; die Präsenz und Sichtbarkeit von Frauen* ist auch bei uns Jungsozialist*innen noch nicht auf einem
73 wünschenswerten Niveau. Dies fordert zum einen herausragende Solidarität ein, und zeigt zum anderen die
74 Wichtigkeit effektiveren Frauen*-Empowerments auf.

75 Als Teil der Arbeiter*innenjugend ist es unser Anspruch, den feministischen Kampf und den Kampf der Ar-
76 beiter*innen zusammenzuführen. Wir Jusos sind Plattform für den vereinigten Kampf einer Gesellschaft der
77 Freien und Gleichen; einer Gesellschaft, die nur ohne Herrschaft des Mannes* und Herrschaft des Kapitals
78 möglich ist.

79 [1] Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
80 1986.

81 [2] Als Jungsozialist*innen wollen wir das sozial konstruierte binäre Geschlechtersystem überwinden; Eine
82 radikale Verkennung real existierender Ungleichheiten schafft diese Ungleichheiten jedoch nicht ab.

F2

Digitalisierung feministisch denken!

1 Digitale Themen füllen heute Zeitungen, Diskussionen und Wahlprogramme. Der digitale Wandel umfasst eine
2 Vielzahl an Veränderungen, die auf der breiten Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnolo-
3 gien in Gesellschaft und Wirtschaft beruhen. Er strukturiert das Politische und Soziale neu.

4 Es ist wichtig, darüber zu diskutieren, wie und wo genau sich Digitalisierung auswirken wird und wie wir damit
5 in Zukunft leben wollen. Ein blinder Fleck sind dabei jedoch zumeist die Geschlechteraspekte des Wandels.
6 Wir müssen uns fragen, welche neuen Herausforderungen für die Gleichstellung der Geschlechter entstehen
7 werden und welche Chancen sich auf der anderen Seite für diese auftun. Wie können wir jene Chancen nutzen
8 und mit den Herausforderungen umgehen? Sicher ist nur, dass die spezifischen Interessen von Frauen* in
9 puncto Digitalisierung bisher kaum diskutiert werden und das gilt es zu ändern. Es ist Zeit, Digitalisierung
10 feministisch zu denken.

11 **Frauen* in Internet und digitalen Medien**

12 Neue digitale Technologien verändern die Art und Weise, wie wir lernen und kommunizieren. Politischer Akti-
13 vismus sieht heute wesentlich anders aus, als noch vor 50 Jahren. Die Digitalisierung hat neue Möglichkeiten
14 des Handelns und Gestaltens eröffnet, von denen auch feministische Politik profitiert hat. Soziale Medien bie-
15 ten neue Räume grenzübergreifender Vernetzung, Mobilisierung und Organisation. Das Empowerment von
16 Frauen* findet online wie offline statt, Blogs wie auch Onlinemagazine machen Wissen und Debatten öffent-
17 lich zugänglich. Internetseiten wie speakerinnen.org[1] sind dabei ein gutes Beispiel dafür, wie die Sichtbarkeit
18 von Frauen* mithilfe des *world wide web* gestärkt werden kann.

19 Mit #aufschrei und #ausnahmslos haben wir feministische Netzbewegungen erlebt, die eine enorme mediale
20 Reichweite und Aufmerksamkeit zur Folge hatten. Sie stellen einen Erfolg darin dar, eine „Gegenöffentlichkeit“
21 zu schaffen, einen Raum für feministische Debatten, die ansonsten oftmals nicht geführt werden würden, zu
22 erkämpfen.

23 Ebenso wie das Internet eine Plattform für feministischen Aktivismus bietet, ist es ein Ort der Konfrontationen.
24 Auch maskulinistische, antifeministische Bewegungen erkennen darin einen Raum für das eigene politische
25 Handeln.

26 Übergriffe im Netz und gewaltförmige Sprache, sogenannte „Hate Speech“, gehören leider ebenfalls zum Alltag
27 von politisch Aktiven und insbesondere von politisch aktiven Frauen*, die sich feministisch äußern. Diese Art
28 und Weise von Übergriffigkeit, die verschiedenen Formen von (sexualisierter) Gewalt dürfen auch im Netz
29 keinen Raum haben.

30 Das Digitale ist außerdem nicht frei von Geschlechterkonstruktionen. Im Netz und in digitalen Medien werden
31 Geschlechterstereotype, die längst in die Tonne gehören, nicht bloß fortgeschrieben, sondern erfahren häufig
32 eine besondere Intensivierung. Ein treffendes Beispiel stellt die überwiegende Mehrheit der Computer- und
33 Konsolenspiele dar. Meist werden hier keine neuen Welten angeboten, sondern bestehende geschlechtsspe-
34 zifische Ungleichverhältnisse reproduziert und verfestigt. Weibliche Charaktere in Spielen folgen zwar unter-
35 schiedlichen Mustern, aber doch immer wieder den gleichen Rollen: sie werden gerettet, sind nicht spielbar
36 oder sie sind stark sexualisiert und erfüllen die sexistischen Rollenerwartungen die männliche Spieler häufig
37 vorgeben. Frauen in der Gamingindustrie arbeiten häufig in den spieleunabhängigen Bereichen. So werden
38 Frauen in Spielen von Männern gedacht, entwickelt und zum Leben erweckt. Videospiele sind eine Kunst- und
39 Unterhaltungsform die das Rollenverständnis in der Gesellschaft widerspiegelt. Dass 2015 erstmals auch mit
40 weiblichen Figuren bei FIFA Tore geschossen werden konnten, zeigt, dass hier mittlerweile eine gewisse Sen-
41 sibilität anzutreffen ist. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gaming Branche, also
42 die Industrie, die Fachpresse und nicht zuletzt die Community, ein massives Sexismusproblem haben. Für die
43 Sichtbarkeit von Frauen* jenseits von verkrusteten Stereotypen und absurden Körperidealen muss auch in

der digitalen Welt eingetreten werden. Im Zuge des Fortschritts im Bereich des „Machine Learnings“ werden immer mehr Daten in Algorithmen eingespeist. Die Selektion dieser soll, soweit diese Menschenbezogen sind und in einem öffentlichen oder öffentlich finanzierten Kontext eingesetzt werden, keine diskriminierenden Inhalte enthalten, damit diese im Nachhinein nicht durch den Algorithmus zurückgegeben werden können und so Stereotypen und Rollenbilder fördern. Des Weiteren muss das sogenannte „Overlearning“ verhindert werden, da dies sonst dazu führt, dass Algorithmen, die Muster, die sie suchen, sonst überall erkennen.

Digitalisierung und Vereinbarkeit

Arbeit und Industrie 4.0. sind Begriffe, die seit Jahren in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert werden. Dahinter steckt der grundlegende Wandel der Arbeitswelt durch zunehmend digitalisierte und vernetzte Produktionsabläufe. Dieser Wandel eröffnet neue Risiken wie auch Gestaltungschancen.

Wir wissen, dass strukturelle geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt bestehen. Wir wissen und kämpfen dagegen, dass Frauen* schlechter bezahlt werden und weiblich dominierte Branchen häufig unter einer (finanziellen) Abwertung leiden. Auch die ungleiche Verteilung von Reproduktionsarbeit und Erwerbstätigkeit zwischen den Geschlechtern trifft verstärkt Frauen*. Sie sind es, die Carearbeit zum Großteil ausüben und dabei nicht finanziell entlohnt werden. Frauen*, die gleichzeitig erwerbstätig sein und Carearbeit ausüben oder gerne ausüben würden, leiden meist unter erheblichen Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Technische Innovationen wie mobile Geräte und Netzausbau bieten Arbeitnehmer*innen die Chance, familiäre Belange und individuelle Bedürfnisse mit ihrem Berufsleben besser abzustimmen. Gleichzeitig erleichtern Automatisierungen gewisse Arbeitsabläufe bei der Carearbeit. Durch die räumliche Dezentralisierung, der Möglichkeit mobilen Arbeitens und mehr Flexibilität bei der Ausübung von Arbeit kann die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie verbessert werden. Beispielsweise durch die Möglichkeit des Arbeitens im „Homeoffice“ lassen sich Erwerbstätigkeit und Familie unter einen Hut, sogar unter ein Dach bringen. Hier gilt es aber aufzupassen, dass die zunehmende Flexibilisierung nicht zur Manifestation der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit führt. Nur weil es möglicherweise einfacher wird, Erwerbsarbeit und Care-Arbeit zu vereinbaren, ist es nicht hinnehmbar, dass Frauen* dadurch einer erhöhten Belastung ausgesetzt sind. Gleichstellung bedeutet für uns nicht, dass Frauen* neben der Familie auch noch arbeiten können, sondern dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Erwerbsarbeit haben und Care-Arbeit gerecht verteilt und wertgeschätzt wird.

Zu beachten ist aber, dass nicht jeder Beruf zeitlich oder örtlich flexibel ausgeübt werden kann. Wenn dies aber möglich ist, muss diese Flexibilität von den Arbeitgeber*innen zunächst ermöglicht werden. Wir brauchen arbeitnehmer*innenfreundliche und praktikable Alternativen zum „Präsenzdenken“, also zur Annahme, Arbeit sei nur anhand der Anwesenheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz messbar.

Es darf jedoch nicht zu einer zeitlichen und räumlichen „Entgrenzung“ von Arbeit kommen, also zu einer ständigen Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft während der Freizeit, die die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit verwischen lassen. Gerade für das Homeoffice müssen also Regeln getroffen werden, die verhindern, dass Arbeitnehmer*innen gänzlich ausgebeutet und Ruhezeiten dagegen eingehalten werden. Die Möglichkeiten des „Home Office“ entbinden den*die Arbeitgeber*in nicht von der Verpflichtung, dem*der Arbeitnehmer*in eine Arbeitsstätte zur Verfügung zu stellen. Weiterhin muss dem Ideal des männlichen Beschäftigten in Vollzeit ohne Verpflichtungen außer jenen am Arbeitsplatz entgegengewirkt und weibliche Rollenbilder gestärkt werden.

Digitalisierung und Prekarisierung

Der digitale Wandel bringt weitere gleichstellungspolitische Herausforderungen mit sich: Es ist absehbar, dass durch die Veränderungen in der Arbeitswelt die Nachfrage nach Arbeitskraft zum Teil sinken und bestimmte Branchen Rationalisierungen erleben werden, während neue Arbeitsformen und Berufe entstehen. Darüber, wie und wo genau in welchem Maße diese Prozesse stattfinden werden, lässt sich nur spekulieren.

Nichtsdestotrotz kann davon ausgegangen werden, dass Arbeitsplätze, vor allem solche mit einfachen, reproduzierbaren Aufgaben, die in kürzerer Zeit und mit weniger Aufwand durch technische Vorgänge erledigt werden können, wegfallen können. Es lässt sich von Berufen sprechen, die stärker von Automatisierung und Rationalisierung bedroht sind. Dies gilt beispielsweise für Tätigkeiten in Bankfilialen und im Einzelhandel, die

94 mehrheitlich von Frauen* ausgeübt werden. Die Einkommenslücke zwischen Männern* und Frauen* könnte
95 durch die Digitalisierung also künftig noch größer werden.

96 Auf der anderen Seite werden infolge der Neustrukturierung der Arbeitswelt voraussichtlich insbesondere
97 im Bereich der Qualifizierten und Hochqualifizierten neue Tätigkeitsfelder entstehen. Diese bringen jedoch
98 schnellerwechselnde Qualifikationsanforderungen mit sich. Qualifikationen, die Frauen* aus gefährdeten Be-
99 rufsfeldern oftmals nicht anbieten können, da ihnen schlichtweg die finanziellen und zeitlichen Ressourcen
100 hierzu fehlen. Dieses Problem könnte sich bei Frauen durch die durchschnittlich höhere Belastung mit außer-
101 beruflicher Carearbeit nochmals verschärfen. Gerade den in Teilzeit arbeitenden Frauen* wird der Wiederein-
102 stieg in eine Vollzeitstelle erschwert, sodass sie an beruflicher Erfahrung einbüßen. Der erhöhte Anpassungs-
103 bedarf durch berufliche Qualifikationen und Weiterbildung stellt ein insbesondere für geringqualifizierte und
104 geringverdienende Frauen* erhöhtes Rationalisierungsrisiko dar.

105 Durch die Digitalisierung werden demnach geschlechtsspezifische Verteilungseffekte ausgelöst. Wahrschein-
106 lich ist, dass prekäre Arbeitsverhältnisse sich so ausbreiten, dass vor allem Frauen* stärker von ihnen betroffen
107 sein werden.

108 Der Wandel der Arbeitswelt kann sowohl Vor- als auch Nachteile für die Gleichstellung mit sich bringen. Sicher
109 ist aber, dass eine genderneutrale Auseinandersetzung mit den Veränderungen von Arbeit dazu führt, dass
110 die Ungleichheiten, die bereits bestehen und die wir bemängeln, sich in neuen Strukturen fortsetzen und im
111 schlimmsten Fall verschärfen.

112 **Fazit**

113 Im Ergebnis bedingt der digitale Wandel eine Vielzahl von gleichstellungspolitischen Chancen und Herausfor-
114 derungen. Hier müssen wir Veränderungen progressiv mitgestalten auf eine Art und Weise, die der Gesell-
115 schaft zugutekommt und uns in Zukunft besser leben lässt.

116 „Gesellschaft“, das meint eben auch Frauen*, für die Digitalisierung wie dargestellt spezifische Konsequenzen
117 hat. Der Antrag kann nur einen Ausschnitt dieser Auswirkungen darstellen. Es geht vielmehr darum, Denkan-
118 stöße für eine feministische Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Digitalisierung zu geben und zen-
119 trale Problemfelder zu beleuchten. Zusammenfassend lassen sich folgende Forderungen aufstellen:

- 120 • Auch im digitalen Raum darf es keinen Platz für (sexualisierte) Gewalt geben. Die verschiedenen Formen
121 von Gewalt im Netz müssen verhindert und unterbunden werden.
- 122 • Wir betrachten den digitalen Raum nicht als einen, der losgelöst von der analogen Welt existiert. Auch
123 hier müssen Schutz- und Handlungsräume für Frauen* sowie ihre Sichtbarkeit jenseits von Geschlech-
124 terstereotypen und Sexualisierung garantiert sein.
- 125 • Die räumliche und zeitliche Flexibilisierung von Arbeit muss so gefördert werden, dass sie den Arbeit-
126 nehmer*innen im Kontext der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Carearbeit zugutekommt. Dabei
127 muss jedoch eine Entgrenzung von Arbeit vermieden und Flexibilisierung arbeitnehmer*innenfreund-
128 lich gestaltet werden.
- 129 • Es soll auf den erhöhten Bedarf beruflicher Qualifizierungen reagiert und ein breites Angebot an Weiter-
130 bildungen geschaffen werden. Insbesondere Frauen* müssen in dieses Angebot eingebunden werden.
131 Weiterbildungen und lebenslanges Lernen sollen gerade bei Frauen* gefördert und individuell auf die
132 persönliche Berufsbiografie angepasst werden. Dabei muss jedoch auch gewährleistet sein, dass diese
133 Formen von Qualifizierung finanziell und zeitlich vereinbar sind und nicht zu einer doppelten Belastung
134 führen.
- 135 • Technologische Innovationen, die Vereinbarkeit unterstützen, sollen gefördert und für alle Einkom-
136 mensschichten zugänglich gemacht werden.
- 137 • Es soll der Schulterschluss mit den Gewerkschaften gesucht werden. Diese Zusammenarbeit ist Vor-
138 aussetzung einer effektiven Gleichstellungspolitik im Bereich der Arbeit.
- 139 • Wir Jusos prangern sexistische Stereotypen in Spielen, sprechen sie an und wollen User*innen sensibi-
140 lisieren. Wir unterstützen Bestrebungen in der Gaming-Szene, feministische Strukturen zu etablieren.
141 Wir unterstützen Spieleentwickler*innen, die aufgrund feministischer Spieleentwicklung immer wieder
142 Hate-Speech ausgesetzt sind.

143 • Frauen die Sexismus in der Gaming Szene ansprechen werden im Internet mit Androhungen sexuel-
144 ler Gewalt, sexualisierten Beleidigungen und Bedrohungen überzogen. Wir stellen uns entschlossen
145 dagegen und solidarisch an ihrer Seite.

146 • Wir bekämpfen die wieder zunehmenden Tendenzen in Spielen, Grenzen durch möglich gemachte,
147 (sexuelle) Gewalt zu verschieben.

148 • Wir setzen uns dafür ein die USK Prüfkriterien auch auf sexistische und misogyne Inhalte zu erweitern.
149 Wir sind überzeugt das auch das Medium Videospiele eine Vorbildfunktion hat die es erfüllen muss.

150 Die Debatte um und die Prozesse von Digitalisierung dürfen nicht nur von Männern* geführt werden. MINT-
151 Fächer sind weiterhin stark männlich dominiert. Schülerinnen* sollen ermutigt werden, sich mit diesen Berei-
152 chen auseinanderzusetzen und möglicherweise hier eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Es gilt
153 die Repräsentation von Frauen* in technischen Berufen zu fördern. Auch die politische Diskussion soll von
154 Frauen* mitgeführt werden und unter einer gleichstellungspolitischen Perspektive stattfinden.

155 [1] <https://speakerinnen.org> ist eine Datenbank von Expertinnen*, die zu bestimmten Themen referieren kön-
156 nen und wollen. Ziel der Speakerinnen*-Liste ist es, die Sichtbarkeit von Frauen* überall da zu steigern, wo
157 öffentlich gesprochen wird. Mit Hilfe der Liste wird es für Veranstalter*innen leichter, Expertinnen* für ihre
158 Events zu finden. Gleichzeitig lädt sie Frauen* aktiv dazu ein, häufiger und öffentlich über ihre Themen zu
159 sprechen.

K Kampf gegen Rechts, freiheitliche Gesellschaft, Innenpolitik

K Kampf gegen Rechts, freiheitliche Gesellschaft, Innenpolitik

K1	Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung	52
K4	Palandt umbenennen – jetzt!	57

K1

Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung

1 „Nicht links, nicht rechts – identitär!“ – Das ist das Selbstbild der Identitären Bewegung. Keine Gruppierung
2 steht so sinnbildlich und prominent für die Umwälzungen in der politischen, gesellschaftlichen und kulturel-
3 len Rechten wie sie. Doch was versteckt sich hinter diesen catchy slogans, dem professionellen Multimedia-
4 Auftritt und der charismatischen Fassade der Bewegung? Ist „identitär“ nicht vielleicht längst das neue „völ-
5 kisch“?

6 Unser jungsozialistisches und antifaschistisches Engagement erfordert es, die Identitäre Bewegung genau zu
7 beobachten, uns ihre theoretisch-inhaltliche und strategische Ausrichtung insbesondere in Abgrenzung zu an-
8 deren Erscheinungsformen von Rechtsradikalismus klar zu machen und angesichts ihrer Kontakte in andere
9 parlamentarische oder gesellschaftlich-kulturelle Gruppierungen der neuen Rechten hinein eigene antifaschis-
10 tische Gegenstrategien zu erarbeiten.

11 **Die Identitäre Bewegung – eine historischer Abriss**

12 Wichtig ist vorab zu wissen, dass die Identitäre Bewegung sich beileibe nicht auf Deutschland beschränkt.
13 Im Gegenteil: der deutsche Ableger der Bewegung bildete sich ab 2012 in der Tradition der französischen
14 *Génération Identitaire (GI)* heraus. Diese ist ihrerseits als die Nachfolgeorganisation der *Unité Radicale* zu be-
15 greifen, ebenjener Organisation, welche nach einem versuchten Anschlag auf den ehemaligen französischen
16 Premier Chirac verboten wurde. Und auch in anderen Ländern Europas bildeten sich Ableger der Identitären
17 heraus.

18 In Deutschland trat die IB zum ersten Mal 2012 in die Öffentlichkeit. Mit einer Flashmob-Aktion störten einige
19 Anhänger*innen die damals stattfindenden interkulturellen Wochen in Frankfurt am Main.

20 Seit 2014 ist die Identitäre Bewegung nun als Verein beim Amtsgericht Paderborn eingetragen.

21 Nach wenigen Jahren ohne nennenswerte öffentliche Auftritte, erlebte die IB im Zuge der sogenannten Flücht-
22 lingskrise und die dadurch induzierte Asyl- und Migrationsdebatte in der politischen Öffentlichkeit ab Sommer
23 2015 bedeutenden Aufwind. Es folgten einige mehr oder minder erfolgreiche und aufsehenerregende Aktio-
24 nen, wie Flash-Mobs, Störaktionen oder Auftritte bei Kundgebungen. Darüber hinaus ist etwa seit dieser Zeit zu
25 beobachten, dass immer öfter und offensiver Flyer, Sticker und ähnliche Give-Aways auf den Straßen verteilt
26 wurden und werden.

27 Die Aktionen und ihre verschiedenen Erscheinungsformen machen deutlich, wie gut vernetzt die Ortsgrup-
28 pen und auch die Ableger verschiedener Staaten untereinander sind, wie groß der Aktivismus bei einigen ist
29 und besonders über welche finanzielle und organisatorische Infrastruktur die Gruppen bereits verfügen müs-
30 sen.

31 **Inhaltliche und theoretische Grundlagen der Identitären Bewegung**

32 Dreh- und Angelpunkt der inhaltlichen Ausrichtung der Identitären ist das Konzept der sogenannten „Eth-
33 nokulturellen Identität“. Hierin liegt zunächst scheinbar ein entscheidender Unterschied zu „altrechten“ oder
34 klassisch neonazistischen Strömungen, die an der Tradition des Rassenbegriffs festhalten und diesem weiter-
35 hin offen Zentralität innerhalb ihrer Ideologie einräumen.

36 Versucht man, das identitäre Verständnis einer kulturellen Identität zu entschlüsseln, kristallisiert sich jedoch
37 schnell heraus, dass dieses Konzept nur Ersatz für den Rassenbegriff sein soll.

38 Das Konzept propagiert zunächst eine naturgegebene Verschiedenheit von Völkern, die sich in Gewohnheiten,
39 Werten, Kultur, Herkunft, Religiosität und sozialen Dynamiken äußert. Jede kulturelle Identität ist demnach
40 einzigartig, woraus im Anschluss das Recht bzw. die Verpflichtung hergeleitet wird, diese zu verteidigen. Ein

41 Individuum selbst ist naturgemäß über seine ursprüngliche Verortung in einem bestimmten Territorium und
 42 einem bestimmten Volk auch einer kulturellen Identität zugeordnet. Ein Wechsel dieser ist unmöglich. Diese
 43 Vorstellung macht die Kultur zu etwas statischem und historisch nicht wandelbarem, das nach innen homo-
 44 genisierend und nach außen exkludierend wirken soll. Aus dieser Konzeption ergibt sich für die Identitäre
 45 Bewegung das unbedingte Erfordernis der räumlichen und kulturellen Trennung von Gruppen verschiedener
 46 Identitäten zur Vermeidung jedweder „Vermischung“. Solange eine Trennung nicht vollzogen ist, ist im Welt-
 47 bild der IB auch keine „echte“ Demokratie zu akzeptieren, da diese nur als Form eines ethnisch und kulturell
 48 homogenen Staats zulässig sein könne. Aus dieser Prämisse leitet die IB die Ablehnung des derzeitigen demo-
 49 kratischen Systems ab.

50 Letztlich entfaltet das Konzept der ethnokulturellen Identität durch die Anknüpfungspunkte „Territorium und
 51 Volk“ (die Assoziation zu „Blut und Boden“ ist nicht zufällig) dieselbe biologistisch-exkludierende und homo-
 52 genisierenden Wirkungen wie der Rassenbegriff. Die im Kontext politischer Agitation erfolgende Abstufungen
 53 zwischen den unterschiedlichen „Kulturen“ und die Darstellung einiger als minderwertig und bedrohlich auf
 54 der einen Seite bei gleichzeitigem Verteidigungswillen weniger auf der anderen Seite spricht ebenfalls ihre
 55 eigene Sprache.

56 Und deshalb ist auch die programmatisch-politische Ausrichtung eines „Dreiklangs aus sicheren Grenzen, Re-
 57 migration und Hilfe vor Ort“ wenig mehr als das „Ausländer raus“ aus früheren Zeiten oder anderen Gruppie-
 58 rungen. Klar ist: egal, ob von Rasse oder von ethnokultureller Identität die Rede ist: die Ideologie der Identitä-
 59 ren Bewegung ist durch und durch völkisch und rassistisch und entsprechend vehement ist ihr zu widerspre-
 60 chen.

61 Dass die Fluchtbewegung nach Europa als „Völkermord“ mit dem Holocaust gleichgesetzt wird, und konstant
 62 die Verschwörungstheorie einer „großen Umtauschung“ genährt wird, zeigt zudem, welch widerwärtiger Anti-
 63 semitismus in der Identitären Bewegung vorherrscht. Ebenso liegt der Ideologie der IB ein zutiefst geschichts-
 64 revisionistisches Programm zugrunde, wonach man endlich wieder ein selbstbewusstes Verhältnis zur eigenen
 65 Identität entwickeln und den „Schuldskult“ über die Geschehnisse des zweiten Weltkriegs und der Shoah über-
 66 winden solle.

67 **Hippe Rebellen statt glatzköpfige Neonazis – wie die IB attraktiv und anschlussfähig wirkt**

68 Dass die Identitäre Bewegung vom Rassenbegriff sowie von platten Parolen selbst sehr bewusst keinen Ge-
 69 brauch macht, hat im Ergebnis keine inhaltlichen sondern strategische Gründe. Größtenteils geht es darum,
 70 sich von jenen Strömungen zu distanzieren, welche über Jahre das Bild der rechtsradikalen Szene in Deutsch-
 71 land in ihrer ganz anderen Art und Weise geprägt haben. Diese Distanz wird unter anderem durch einen mög-
 72 lichst intellektuellen Auftritt, der eben auch von einer bestimmten Wortwahl begleitet ist, erreicht. Die IB prä-
 73 sentiert sich als gemäßigt und gebildet, um anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu erscheinen.

74 Diese Anschlussfähigkeit erreicht sie jedoch nicht nur über die möglichst intellektuelle und ausdifferenzierte
 75 Kommunikation ihres Weltbilds. Den Identitären ist es über die Jahre gelungen, ihr Auftreten so weit zu mo-
 76 dernisieren und zu professionalisieren, dass sie rein Äußerlich längst in der Lage sind, wie eine seriöse und
 77 hippe Jugendgruppe daher zu kommen. Hinzukommt, dass die Aktivist*innen sich bewusst Aktionsformen, die
 78 ursprünglich aus dem linken Lager kommen, zu eigen machen und es verstehen, diese professionell, öffent-
 79 lichkeitswirksam und spektakulär zu präsentieren.

80 Erklärtes Ziel der IB ist dabei die Ansprache von vorrangig jungen Menschen. Die Inszenierung ihrer selbst als
 81 Tabubrecher*innen gegenüber dem „links-grünen Establishment“, als europäische und patriotische Wider-
 82 standskämpfer*innen und als die geistige Elite und das Sprachrohr einer größeren gesellschaftlichen Dynamik
 83 üben zweifelsohne positive Reize auf viele junge Menschen aus, die sich politisch größtenteils bereits rechts-
 84 radikalen, extrem konservativen oder christlich fundamentalistischen Milieus zuordnen lassen. Gleichzeitig
 85 bergen diese Anreize gepaart mit dem Aufrechterhalten einer gemäßigten Fassade, dem Ringen um die positi-
 86 ve Besetzung von „Heimat“ oder „Patriotismus“ und einem Versprechen von Gemeinschaft und Verantwortung
 87 das Potenzial, auch junge Menschen aus anderen politischen Milieus bzw. bisher unpolitische Menschen an-
 88 zusprechen und für sich zu gewinnen.

89 Diese Anschlussfähigkeit ist gerade im Hinblick auf den beinahe vollständig ermöglichten Zugang zu den von
 90 der IB beinahe propagandistisch aufbereiteten Inhalten und Positionen gefährlich – insbesondere auch für
 91 junge und politisch weniger gefestigte Menschen.

92 Getreu dem Motto „Wehret den Anfängen“ ist es bereits jetzt – da die IB noch vergleichsweise wenige Mitglieder
93 zählt – an Gesellschaft und Politik, präventiv zu wirken, den Videos, Aktionen und Inhalten der Aktivist*innen
94 etwas entgegen zu stellen und darüber aufzuklären, was sich hinter der anziehenden Fassade der hippen und
95 intellektuellen Rebellen verbirgt.

96 **Heimat, Freiheit, Tradition – Die Identitäre Bewegung im Milieu der Burschenschaften**

97 Im Rahmen dessen müssen auch die Verstrickungen von Burschenschäftern in der Identitären Bewegung
98 ehrlich angesprochen und angegangen werden, denn einzelne Studentenschaften, insbesondere solche, die
99 im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) organisiert sind, spielen beim Aufbau rechter Netzwerke
100 in deutschen Hochschulstädten und der Einbindung der IB in ebendiese eine nicht zu unterschätzende Rol-
101 le.

102 Von losem Kontakt, über Bereitstellung von Infrastruktur für Veranstaltungen bis hin zur Durchführung ge-
103 meinsamer Veranstaltungen und handfesten personellen Überschneidungen bilden die Verstrickungen ein
104 weites Feld.

105 Die inhaltliche Ausrichtung der Identitären Bewegung ist dabei weniger Hindernis als gemeinsamer Nenner
106 der Zusammenarbeit. Werte wie Heimat, Freiheit, Tradition bilden in beiden Gruppen Grundlage des Selbst-
107 verständnisses.

108 Dabei verfolgt die IB eine klare Strategie. Zum einen macht man sich das bestehen rechter Strukturen in aka-
109 demischen Kreisen als eine Art Basis zunutze. Die geteilten Ideale von Männlichkeit und Wehrhaftigkeit, sowie
110 politischen Grundsätzen von Konservatismus und Patriotismus entfalten ihre eigene Wirkkraft. Zum anderen
111 zielt man aber auch explizit darauf ab, auf Grundlage dieser Basis eigene Strukturen innerhalb von Studieren-
112 denschaften zu errichten, um dort Fuß zu fassen und junge Menschen anzusprechen. Dabei spielt das oben
113 angesprochene Image der intellektuellen Rebellen eine entscheidende Rolle.

114 Die Hochschulen, als demokratische Räume und ihre Studierendenschaften sind hier in der Pflicht. Auch in
115 diesen Räumen braucht es präventive Bildungsangebote, die sowohl die Identitäre Bewegung selbst themati-
116 sieren als auch über die Burschenschaften, ihr reaktionäres Weltbild und die Verstrickung einiger in der Neuen
117 Rechten aufklären.

118 **Mehr als nur inhaltliche Gemeinsamkeiten – Identitäre und die AfD**

119 Selbstverständlich agiert die Identitäre Bewegung nicht im luftleeren Polit-Raum. Vielmehr pflegt sie sich seit
120 ihrer Gründung in ein allgemein erstarkendes Spektrum Neu-Rechter Strukturen ein.

121 Seit die AfD in die Landtage und schließlich in den Bundestag einzog, ist auch der direkte Einfluss der Bewegung
122 auf parlamentarische Realitäten nicht zu ignorieren. Auch, wenn die AfD, die 2016 einen Unvereinbarkeitsbe-
123 schluss mit der IB in ihr Parteistatut aufnahm, offiziell immer wieder betont, es fände keinerlei politische Zu-
124 sammenarbeit statt, besteht offensichtlich eine so große inhaltliche Überschneidung, dass mehrfach angeregt
125 wurde, IBler*innen sollen sich der AfD anschließen. Niemand anderes, als Parteichef Gauland selbst, formu-
126 lierte zuletzt die eindeutige Erwartungshaltung, dass „Menschen, die wie die AfD denken, bei [ihr] mitmachen“
127 und wurde bzgl. der IB noch klarer, als er sagte, er sehe „überhaupt nicht ein, warum wir mit der Identitären
128 Bewegung zusammenarbeiten sollten, denn die können alle zu uns kommen“. AfD-MdB Peter Bryston wurde
129 auf der rechtspopulistischen Plattform Journalisten-Watch sogar noch deutlicher, indem er sagte, die IB sei für
130 die AfD das, was die Greenpeace für die Grünen gewesen sei.

131 Von diesen Signalen ermutigt, werden die personellen und inhaltlichen Überschneidungen vor allem in der Ju-
132 gendorganisation der AfD, der Jungen Alternative (JA), sichtbar. Diese fordert in ihrem „Deutschlandplan“ einen
133 sofortigen „Migrationsstop“, den „kulturellen und ethnischen Erhalt des deutschen Volkes“ und eine Abschie-
134 bequote von 100%. Die Übereinstimmung mit dem oben genannten Konzept der ethno-kulturellen Identität
135 und der politischen Forderung nach Remigration, Grenzsicherung und Hilfe vor Ort, welches die IB formuliert
136 hat, ist offenkundig. Die JA zählte seit jeher zum rechts-nationalen Flügel der Partei rund um Björn Höcke und
137 genießt seit dem Zurückdrängen „gemäßigter“ Kräfte wachsende Bedeutung innerhalb der AfD.

138 Und so verwundert es auch nicht, dass von den 350 AfD-Mitarbeiter*innen in Wahlkreisbüros und im Bundes-
139 tag mindestens 35 Aktivist*innen der Parteijugend mit teilweise direkten Verbindungen zur IB in Abgeordne-
140 tenbüros angestellt sind.

141 Ein weiteres entlarvendes Beispiel: AfD-Abgeordneter Hans-Thomas Tillschneider unterhält sein Abgeorden-
142 tenbüro im selben Bürokomplex in Halle an der Saale, in dem auch die Identitären und zudem Büroräume der
143 rechten Organisation „1-Prozent“, des von Götz Kubitschek geleitete „Institut für Staatspolitik“ und des rechten
144 Modelable *Radical Esthetics* ihre Anschrift haben.

145 Es wäre ein leichtes, diese Verbindungen noch um zahlreiche Beispiele von Auftritten von IBler*innen bei PEGI-
146 DA, Einladungen von Neurechten Publizisten und führenden Köpfen der IB bei Veranstaltungen von Burschen-
147 schaften usw. zu ergänzen. Sie sollen hier allerdings nur beispielhaft stehen und zeigen, wie brandgefährlich
148 die Identitäre Bewegung und ihre Ideologie auch jetzt schon für die parlamentarische Debatte und die
149 Verschiebung ebendieser nach rechts ist.

150 Die Konsequenz, die sich aus diesen Erkenntnissen für alle demokratischen Kräfte ergeben sollte, ist zweiseitig.
151 Erstens sind die inhaltlichen und personellen Verstrickungen der AfD ein weiterer bedeutender Grund, warum
152 diese Partei eben keine Partei wie alle anderen ist und nie sein wird. Dass sie auch dementsprechend behandelt
153 gehört, schließt jegliche Zusammenarbeit oder Übereinstimmung kategorisch aus. Wir als Jungsozialist*innen
154 fühlen uns auch durch diese Erkenntnis weiter in unserem entsprechend kompromisslosen Umgang mit der
155 AfD und ihren Vertreter*innen bestätigt und es liegt an uns, zu allen Gelegenheiten diesen Standpunkt deutlich
156 zu machen und auch andere Kräfte darauf aufmerksam zu machen und dieselbe Haltung einzufordern.

157 Zweitens führt uns die Erkenntnis aber auch noch einmal die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Identi-
158 täre Bewegung selbst vor Augen. Es reicht nicht, der Bewegung aufgrund ihrer zahlenmäßig vergleichsweise
159 geringen Stärke (ca. 500 Mitglieder bundesweit), Bedeutung abzusprechen. Gerade weil sich für die Ideologie
160 der IB mittlerweile nicht nur ein gesellschaftlicher sondern durch die AfD auch ein parlamentarisch-politischer
161 Resonanzraum bietet, sind wir und alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Pflicht, sich dem
162 Kampf gegen die Identitären und ihrer Ideologie anzunehmen.

163 Doch auch der Staat ist gefordert. Die Identitäre Bewegung wird als sogenannter „Verdachtsfall“ durch den
164 Verfassungsschutz beobachtet. Im kürzlich vorgestellten Bericht wird – auf gerade einmal zwei Seiten – auf
165 das Konzept des Ethnospluralismus, ihre Demokratiefeindlichkeit und die verschiedenen Aktivitätsformen der
166 Bewegung eingegangen. Kein Wort jedoch zu den Verbindungen zur Jungen Alternative oder der AfD oder
167 auch zu den Bestrebungen, gezielt Einfluss in Burschenschaften und Unistädten zu gewinnen. Das muss sich
168 ändern. Der Verfassungsschutz ist dringend dazu aufgerufen, solange er in seiner jetzigen Form existiert, aus
169 Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die Gefahr aus dem rechtsradikalen Raum ernst zu nehmen.

170 **Ihr sprecht nicht für uns! – Gegen die Instrumentalisierung von Feminismus durch die Antifeministen** 171 **der IB**

172 Im Zuge ihrer rassistischen und antimuslimischen Hetze macht die Identitäre Bewegung auch davor nicht
173 Halt, immer wieder ausgerechnet Frauen* an ihre Spitze zu stellen und einen kruden Feminismus als Begrün-
174 dung für ihren Fremdenhass anzuführen. Das Argument: die Asylpolitik der vergangenen Jahre habe es 1000en
175 fremden Männern ermöglicht, hierher zu kommen, um hier nun unbehelligt und völlig triebgesteuert sexuelle
176 Gewalt an (deutschen) Frauen* und Mädchen zu üben. Zuletzt geschah dies besonders öffentlichkeitswirksam
177 durch die Initiative „120dB“.

178 Dieses Vorgehen ist in vielerlei Hinsicht perfide. Denn zwar inszeniert sich die IB, beispielsweise und dem Hash-
179 tag #identitariangirls, gerne als Anlaufstelle auch für junge Frauen*, die sich gegen die „Bedrohung durch die
180 Einwanderungsflut an jungen Männern“ und für den Erhalt ihrer Heimat einsetzen wollen. Gleichzeitig macht
181 die Bewegung keinen Hehl aus ihrem zutiefst frauenfeindlichen Menschenbild. Jegliche emanzipatorische Kräf-
182 te sind abzulehnen. Stattdessen sollen Frauen* einen Freund haben, möglichst schnell heiraten und Kinder
183 bekommen. Die wenigen Aktivistinnen der Bewegung werden aus Kalkül nach vorne gestellt und nicht selten
184 instrumentalisiert, um männliche Mitglieder anzuspornen.

185 Klar ist gleichzeitig, dass der krude „Feminismus“ den die Identitären zu propagieren zu versuchen, nur ein
186 Feminismus für weiße Frauen* sein soll, der sich gegen sexualisierte Gewalt ausschließlich fremder (musli-
187 mischer) Männer richtet. Das offenbart die ganze antiemanzipatorische, rassistische und menschenfeindliche
188 Fratze der Identitären Bewegung aufs Neue.

189 Für uns als feministischen Richtungsverband ist klar, dass wir für einen emanzipatorischen, allinklusiven Femi-
190 nismus stehen, der sich niemals zu rassistischer Propaganda instrumentalisieren lässt. Wir wehren uns gegen

191 jegliche solcher Bestrebungen durch konservative und rechte Kräfte und werden nicht müde, deren Antifemi-
192 nismus aufzudecken und anzuprangern.

193 **Alerta Antifascista – unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung**

194 Der rassistischen, antisemitischen, antifeministischen, völkischen und nationalistischen Ideologie der Identi-
195 tären Bewegung kann nicht laut genug widersprochen werden. Für uns als Jungsozialist*innen und Antifa-
196 schist*innen ergibt sich deshalb:

- 197 • Unser Antifaschismus ist feministisch! Wir denken Feminismus als Querschnittsthema in der Strukturie-
198 rung unserer antifaschistischen Arbeit mit, wir zeigen auf, wo Feminismus für rassistische Propaganda
199 missbraucht wird und wir decken den Antifeminismus der Rechten konsequent auf.
- 200 • Wir stellen uns der Identitären Bewegung überall entgegen. Ihre Aktionen und Inhalte bleiben niemals
201 unwidersprochen. Wir engagieren uns im Gegenprotest und stellen ihrer rechten Ideologie zu jeder
202 Zeit unsere Idee einer solidarischen, offenen und gerechten Gesellschaft entgegen.
- 203 • Dabei sind wir nicht alleine. Wir organisieren uns in antifaschistischen Bündnissen und bringen unseren
204 Entgegnungen gemeinsam auf die Straße und ins Netz.
- 205 • Wir pflegen dabei besonders die Kontakte zu hochschulpolitischen Akteur*innen und namentlich den
206 Juso-Hochschulgruppen, die eine bedeutende Kraft gegen die Umtriebe der IB an den Hochschulen und
207 Unistädten sein können und sich seit Jahren der politischen Aufklärung über und dem Kampf gegen
208 rechte Burschenschaften verschrieben haben.
- 209 • Der Unvereinbarkeitsbeschluss, den die SPD bzgl. Burschschaftern aus dem Dachverband der Deut-
210 schen Burschenschaft getroffen hat, ist insb. im Lichte der Verstrickungen in die Neue Rechte weiterhin
211 richtig und wichtig. Wir fordern die Erweiterung dieses Beschlusses auf andere Burschenschaften und
212 Verbindungen abseits der DB, welche vergleichbare völkisch-rassistische Positionen vertreten.
- 213 • Wir fordern die Politik auf, die Gefahr durch die Neue Rechte noch ernster zu nehmen. Es braucht
214 umfassende Unterstützung für Präventions- und Aussteiger*innenangebote. Aber auch die generelle
215 politische und historische Bildung gerade junger Menschen und ihre demokratische Erziehung in allen
216 staatlichen Einrichtungen verdient höchste Priorität.
- 217 • Die Identitäre Bewegung muss stärker in den Fokus des Staatsschutzes rücken. Insbesondere ihre Ver-
218 strickung in der AfD muss endlich aufgedeckt und thematisiert werden.
- 219 • Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch dringend geboten, die AfD und ihre Jugendorganisation, die JA,
220 unter Beobachtung der staatlichen Sicherheitsbehörden zu stellen.
- 221 • Die AfD ist eine undemokratische und rechtsradikale Partei, mit der sich jegliche Zusammenarbeit
222 und Annäherung verbietet. Wir grenzen uns von ihr ab und entlarven ihren Nationalismus und Ras-
223 sismus. Wir fordern von der SPD, sich in diesem kompromisslosen Umgang ebenfalls weiterhin treu zu
224 bleiben.

K4

Palandt umbenennen – jetzt!

1 Es ist gesellschaftlicher Konsens Nationalsozialist*innen keine Denkmäler zu widmen. Nicht ohne Grund, be-
2 nennen wir Straßen, Schulen, Gebäude nicht nach ihnen. Es ist ein Zeichen der Aufarbeitung und ein Symbol
3 dafür, dass es in unserer Gesellschaft keinen Platz für rechtes Gedankengut gibt.

4 Trotz Selbstverständlichkeit, finden sich dennoch in jeder juristischen Fakultät dieses Landes und in Kanzleien
5 wichtige Werke, gebrandmarkt mit den Namen von Nationalsozialisten.

6 Der "Palandt" ist der meistverkaufte deutsche Zivilrechtskommentar und ist von großer Bedeutung. Als Zivil-
7 rechtskommentar, welcher fast ausschließlich der Rechtsprechung folgt, spielt er im Alltag eines*r Jurastudie-
8 renden und in den Kanzleien eine große Rolle und ist nicht wegzudenken. Die Arbeit mit dem Palandt ist ein
9 Muss in jeder juristischen Ausbildung.

10 Historischer Kontext

11 Einst gehörte der Verlag noch einem bekannten jüdischen Juristen, Otto Liebmann. 1933 musste dieser seinen
12 Verlag an den C.H. Beck Verlag verkaufen.

13 Seit 1938 ist das juristische Standardwerk nach Otto Palandt benannt, welcher 1933 in die NSDAP eingetreten
14 ist, als Präsident des Reichsjustizprüfungsamtes, Mitglied der NSDAP und der Akademie für Deutsches Recht
15 die „Arisierung“ im Recht vorantrieb und auch die juristische Ausbildung damit stark beeinflusste.

16 Er sorgte dafür, dass Frauen vom Studium der Rechtswissenschaften ausgeschlossen werden, da das nur die
17 Sache des Mannes sei. Auch forderte er, dass junge Juristen lernen müssten „Volksschädlinge zu bekämp-
18 fen“.

19 Auch wenn Otto Palandt selbst nie im Palandt kommentiert hat und seine Tätigkeit sich auf die Glorifizierung
20 des Nationalsozialismus in den Vorworten beschränkte, verkauft der renommierte Verlag C.H. Beck diesen
21 Kommentar immer noch unter seinem Namen.

22 Palandt heute und NS-Kontinuitäten im Recht

23 In der aktuellsten Auflage ist das Vorwort zwar neu bearbeitet aber es steht immer noch nichts zum histori-
24 schen Kontext oder zur Aufarbeitung zur Person Otto Palandt in dem Kommentar. Kaum eine*r weiß, wer
25 Otto Palandt gewesen ist. Dass so ein so wichtiger Kommentar nach einem Nationalsozialisten, der den Weg
26 zum Nationalsozialismus ebnete, benannt worden ist, bleibt auch im Dunkeln

27 Das Ausmaß des Problems lässt sich auch daran erkennen, dass auch ein bekanntes Grundgesetz-Kommentar
28 (Maunz/Düring) nach dem Hochschullehrer Theodor Maunz benannt wurde, welcher von der „Gesamtgewalt
29 der Führergewalt“ fantasierte. Auch in der Lehre findet man NS-Kontinuitäten. Beispielsweise wird die Staats-
30 lehre von Carl Schmitt meist unkommentiert im Raum gelassen, welcher als der Kronjurist des NS-Regimes
31 bekannt war, besonders ein „Freund-Feind“-Bild postulierte und den Röhm-Putsch folgendermaßen rechtfert-
32 tigte: „der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Missbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft
33 seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft“.

34 Zusammenfassend kann man also sagen, dass in der Jurist*innenausbildung die Kommentare und dessen
35 Namensväter kaum kritisch betrachtet werden. Jede*r angehende Jurist*in kennt diese Namen aber dem his-
36 torischen Kontext ist man sich selten bewusst.

37 Es fehlt an der Aufarbeitung des NS-Unrechts und wenn das Thema behandelt wird, dann oft vereinzelt im
38 Rahmen von Grundlagenfächern, die nicht examensrelevant sind. Dies ist im Hinblick auf die Rolle des Rechts
39 in der Gesellschaft nicht weiter hinnehmbar. Zu einer gewissenhaften Aufarbeitung des Unrechts, das durch
40 das NS-Regime begangen wurde, und einem verantwortungsbewussten und tiefgründigen Verständnis ge-

41 hört das Wissen über den Wandel, den das Recht durchzogen hat, und den Status-quo. Dies ermöglicht es,
42 zukunftsweisende Impulse zu erarbeiten und das Recht gewissenhaft auszulegen.

43 Dafür ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Kontinuitäten des Nationalsozialismus im Recht von gro-
44 ßer Bedeutung!

45 **Daher fordern wir**

- 46 • Die Umbenennung des Palandts
- 47 • Die Mitwirkung an der Initiative „Palandt Umbenennen“
- 48 • Die Unterstützung und Ausweitung von Grundlagenfächern, welche Studierenden die Möglichkeit bie-
49 tet ein kritisches Rechtsverständnis zu erarbeiten

M Mobilität, Infrastruktur, Kommunales und Wohnen

M Mobilität, Infrastruktur, Kommunales und Wohnen

M1	Kranplätze müssen verdichtet sein – Für einen richtigen sozialen Wohnbau in NRW	60
M2	Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Bodenpolitik	64
M3	Interkommunale Mobilität – Freie Fahrt statt Frust	67

M1

Kranplätze müssen verdichtet sein – Für einen richtigen sozialen Wohnbau in NRW

1 Allgemein zur jetzigen Lage in NRW

2 Als größtes Flächenland steht NRW vor der schwierigen Aufgabe, sowohl Großstädte als auch ländlicheren
3 Raum wohnungspolitisch bedienen zu müssen. Es kann deshalb nicht nur die eine Lösung in der Wohnungs-
4 politik geben, die alle Probleme über unser gesamtes Bundesland verteilt in den Griff bekommt. Zu unter-
5 schiedlich sind die Problemfelder, denen wir gegenüberstehen. Während in einigen Städten im Ruhrgebiet
6 viel Leerstand und relativ günstige Mietpreise zu beobachten sind, leiden insbesondere Studierendenstädte
7 (inklusive deren Speckgürtel) unter massivem Wohnungsmangel und steigenden Preisen.

8 Grundsätzlich kennt die Entwicklung der Mietpreise, egal ob in der Stadt oder auf dem Land nur eine Rich-
9 tung: Nach oben. Einige sind der Meinung, dies sei nicht flächendeckend ein Problem, denn immerhin liege die
10 durchschnittliche Mietpreisentwicklung noch unterhalb der Inflationsrate. Die Inflationsrate ist für Mieter*in-
11 nen jedoch nicht das entscheidende Kriterium. Für sie zählt nur die Summe, von der sie die Mieten bezahlen
12 müssen, sprich das verfügbare Einkommen. Dieses Verhältnis, vom verfügbaren Einkommen zu den Mietaus-
13 gaben, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv zu Ungunsten von Mieter*innen verändert. Viele Men-
14 schen geben also anteilsmäßig immer mehr ihres Einkommens für Miete aus und haben dementsprechend
15 immer weniger für Kleidung, Essen oder sonstigen Konsum. Durchschnittlich geben Menschen in Deutschland
16 etwa 35% für ihre Wohnung aus. Besonders hoch ist der Anteil für Wohnungsausgaben in Städten mit vielen
17 Niedrigverdienenden. Aber auch in Studierendenstädten wie Münster oder Aachen ist dieser Wert besonders
18 hoch. In Köln geben Menschen im Schnitt etwa 43% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aus.

19 Es scheint nicht verwunderlich, dass dieser Trend die soziale Spaltung in der Gesellschaft noch verstärkt.
20 Die Schere in der Einkommens- und Vermögensverteilung geht schon immer weiter auseinander. Diese Spal-
21 tung wird schließlich noch dadurch verstärkt, dass die unteren Einkommensklassen anteilig immer mehr ihres
22 schon niedrigen Einkommens für ihre Miete aufbringen müssen. Das birgt eine Menge sozialen Sprengstoff,
23 weswegen wir der Meinung sind, dass sich in der Wohnungspolitik eine Menge ändern muss.

24 Die Politik hat diese Notwendigkeit bisher nicht in ausreichendem Maße erkannt. In NRW hat sich der preis-
25 gebundene Mietwohnungsbestand in zwanzig Jahren von 1997 bis 2016 nahezu halbiert. Stattdessen werden
26 Wohnungen immer mehr als Finanzinvestitionen gesehen. Während früher Wohnungsunternehmen Banken
27 benötigt haben, um ihre Projekte zu finanzieren, benötigen heute Finanzinvestor*innen den Wohnungsmarkt
28 für ertragreiche Anlagemöglichkeiten.

29 Das Problem der Privatisierungen von Wohnungsbaugesellschaften – Was machen wir nun?

30 Im Zuge der neoliberalen Politik der „geistig-moralischen Wende“ der Regierungen Kohl in den 80ern und
31 90er Jahren der Republik unter der der Überschrift „Der Staat im Ausverkauf“ entschlossen sich viele Kom-
32 munen ihre kommunalen Betriebe privatisieren. Viele städtische Wohnungsbaugesellschaften, Energieversor-
33 gungsunternehmen, Abfallwirtschaftsbetriebe und der ÖPNV waren von solchen Privatisierungen betroffen.
34 Auch im gleichen ideologischen Zuge beschloss die Schwarz-Gelbe Landesregierung unter Rüttgers im Jahr
35 2006 die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen kurz LEG unter Protest der SPD und DGB zu
36 privatisieren. Die LEG war im Juni 2008 an den Immobilienfonds der amerikanischen Investmentbank Gold-
37 man Sachs, Whitehall Real Estate Funds, verkauft worden. Der Gesamtkaufpreis für die LEG mit ihren 93 000
38 Wohnungen lag bei 787,1 Millionen Euro. Seit 2011 ist die LEG ein börsennotiertes Unternehmen und agiert
39 dementsprechend als gewinnorientiertes Unternehmen. Die Mieter und Beschäftigten der LEG sollten laut
40 Landesregierung mit einer Sozialcharta mindestens zehn Jahre lang vor Kündigungen und unverhältnismä-
41 ßigen Mietpreiserhöhungen geschützt werden. Diese Sozialcharta läuft im August 2018 aus und die Zukunft
42 für der 300.000 Mieter*innen und 1000 Beschäftigte ist ungewiss. Begründet wurden diese Privatisierungen

43 durch die Annahme, dass privatisierte Dienstleistungen grundsätzlich besser, billiger und bürger*innennäher
44 mache. Ein riesiger Irrglaube, wenn man sich drei große Problemfelder anschaut.

45 Erstens schafft es der jetzige private „Wohnungsmarkt“ in keinster Weise die Bedürfnisse der Menschen zu be-
46 friedigen. Viele Menschen leiden am angespannten Wohnungsmarkt in großen Teilen Nordrhein-Westfalens,
47 die in diesem Zuge von Verdrängungsprozessen außerhalb einiger Städte vertrieben werden und zu einem
48 Ungleichgewicht innerhalb einiger Viertel führen. Hier liegt ein systematisches Marktversagen vor, da hier oft
49 keine staatlichen Steuerinstrumente mehr vorliegen, um die Lage zu verbessern.

50 Zweitens habe sich die Lage der Mieter*innen bei Privatisierungen deutlich verschlechtert. Im Fall der Pri-
51 vatisierung der LEG hat sich die Lage der Mieter*innen deutlich verschlechtert. Seit dem Verkauf der LEG
52 häuften sich die Beschwerden bei Mieter*vereinigungen. Mieter*innen müssen nach der Privatisierung nun
53 mehr Miete zahlen, Sanierungen und Instandhaltungen wurden zurückgefahren. Die LEG kommt hier leider
54 nur auf rund 8,59 € pro Quadratmeter. Ein sehr niedriger Wert im Branchenvergleich, wo Wohnungsgenossen-
55 schaften nicht selten mehr als das Doppelte für Sanierungen ausgeben. Das führt mancherorts zu sichtbaren
56 Mängeln in den Wohnungen und an den Gebäuden. Im frei finanzierten Bestand erhöhte die LEG die Mie-
57 ten 2017 überdurchschnittlich um 4,1 %. Weiterhin wurden frühere Mieter*innenbüros durch fernliegende
58 Hotlines ersetzt, wodurch die Bindung zu den Mieter*innen schlicht fehlt. Eine Aufnahme des Problems der
59 130.000 Wohnungen ist zwar möglich, aber viele Handlungsmöglichkeiten bleiben den Call-Center Mitarbei-
60 ter*innen nicht übrig. Dadurch bleiben auch dringende Anliegen der Mieter*innen auf der Strecke liegen. Am
61 Ende stehe allein die Rendite für den neuen Besitzer*innen im Vordergrund und nicht das Gemeinwohl. Die
62 CDU/FDP-Landesregierung hat ihre sozialen Versprechungen und ihre Begründungen und „Vorteile“ für einer
63 Privatisierung gegenüber den Mietern nicht eingehalten.

64 Drittens sieht die Zukunft für die zirka 1000 Beschäftigten ungewiss aus, da die nun auslaufende Sozialcharta für
65 viele offene Fragezeichen übrig bleiben, denn betriebsbedingte Kündigungen sind bei den Sparmaßnahmen
66 der letzten Jahre nicht ausgeschlossen.

67 An sich ist das Beispiel der LEG ein Paradebeispiel für viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die im Zuge der
68 Privatisierungswelle durch kurzsichtiges sanieren eigener Haushalte sich beschnitten haben, als eigenständi-
69 ger Akteur auf dem Wohnungsmarkt zu agieren. Sie müssen nun oft zuschauen, wie Mieter*innen ausgebeutet
70 werden, ganze Straßenzüge verkommen und der Wohnungsmarkt dafür sorgt, dass Menschen mit mittleren
71 und niedrigen Einkommen aus ihren Vierteln verdrängt werden und sich das soziale Gleichgewicht in einigen
72 Vierteln und Stadtteilen nachhaltig zum Schlechteren entwickelt.

73 In diesem Zuge fordern wir auf Kommunal- und Landesebene folgende Maßnahmen:

- 74 • Stopp des Verkaufs von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und insbesondere das Verbot im
75 Falle einer ausschließlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahme
- 76 • Die Ausreichende finanzielle Ausstattung von bestehenden Wohnungsbaugesellschaften, um als wahr-
77 nehmbarer Player agieren zu können
- 78 • Die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit und Stopp des Profits
- 79 • Die Verstaatlichung/Wiederaufkauf der LEG auf Landesebene bei gleichzeitiger Neugründung einer ei-
80 genen landesweiten Wohnungsbaugesellschaft, um hier den Neubau von Wohnungen vorantreiben zu
81 können.
- 82 • Die Verstaatlichung/Wiederaufkauf von Wohnungsbaugesellschaften auf kommunaler Ebene
- 83 • Verzicht von Mietpreiserhöhungen für Mieter*innen bei Wiederaufkauf von Wohnungsbaugesellschaf-
84 ten seitens des Landes oder der Kommune
- 85 • Verzicht von Kündigungen von Mitarbeiter*innen bei Wiederaufkauf von Wohnungsbaugesellschaften
86 seitens des Landes oder der Kommune

87 **Öffentlich geförderten Wohnbau und Quartiermanagement – für eine inklusive Stadt**

88 In NRW geht der Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum momentan jedes Jahr um 10.000 Wohneinhei-
89 ten zurück. Seit der Jahrtausendwende sank die Zahl der geförderten Wohnungen um fast 50%, von damals ca.
90 900.000 Wohneinheiten sind heute noch 470.000 vorhanden. Der Grund dafür ist schnell erklärt: Nach 20-25

Jahren fällt der öffentlich geförderte Wohnraum aus der Preisbindung und der Neubau dieser Wohnungen wurde bisher vernachlässigt. Wohnbauunternehmen und Investor*Innen können sich im Übrigen auch vorzeitig aus der Bindung rauskaufen. Für Nordrhein-Westfalen ist diese Entwicklung fatal, da die Mieten in den Ballungsräumen steigen laut dem ehemaligen Bauminister Michael Groschek rund die Hälfte aller Einwohner*Innen in NRW ein Anrecht auf öffentlich geförderten Wohnraum hätten.

Fällt öffentlich geförderter Wohnraum aus der Preisbindung, steigen die Mietpreise zur Renditesteigerung der Wohnbauunternehmen rasch an und eine Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen findet statt. Auch mit Hilfe sogenannter Luxussanierungen schaffen es diese Unternehmen, „unrentables Klientel“ aus ihren Wohnungen zu Verdrängen und zur Freude ihrer Aktionär*innen für einkommensstärkere Mieter*innen verfügbar zu machen. Daran ändert auch die momentane Mietpreisbremse nichts.

Der Bund wird in den nächsten Jahren mehr Geld für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen und auch die Landesregierung hat sich bereits auf die Fahnen geschrieben, für mehr öffentlich geförderten Wohnraum zu sorgen. Es ist jedoch fraglich, ob die Maßnahmen zu wirklichen Verbesserungen führen, oder nur der jetzige Status Quo zementiert wird. Wenn sich an der bisherigen Förderpraxis nichts ändert und Wohnungen nach verhältnismäßig kurzen Zeiträumen aus der Preisbindung fallen, wird sich an der Kernproblematik nichts ändern: Statt öffentlich geförderten Wohnraum für Bedürftige handelt es sich nur um Wohnbauförderung mit sozialer Zwischennutzung.

Weiterhin findet im Regelfall soziale Durchmischung in den Städten nicht statt. Stadtteile und vor Allem Quartiere sind in vielen Fällen nur von einem sozialen Milieu bewohnt. Auch finden vermehrt Abschottungstendenzen von Besserverdienenden zu Geringverdienenden statt, gerade in Form sogenannter „gated communities“ äußert sich dies am drastischsten.

Um die Wohnbauentwicklung wirklich sozial zu gestalten, sehen wir daher folgende Maßnahmen für zwingend erforderlich an:

- Die von der öffentlichen Hand ausgegebenen Mittel für den öffentlich geförderten Wohnraum sollen nicht länger an privatwirtschaftliche Unternehmen gehen, sondern fast ausschließlich dazu genutzt werden, wieder einen kommunalen Wohnungsbestand mit einer dauerhaften Preisbindung aufzubauen. Dabei orientieren wir uns besonders gerne am „roten“ Wien. 32% aller Wohnungen sind dort nämlich noch in kommunaler Hand, 26% immerhin im Besitz gemeinnütziger Wohnbauunternehmen.
- Die Preisbindung für privatwirtschaftliche Unternehmen muss auf mindestens 50 Jahre hochgesetzt werden.
- Zum Ziele der sozialen Durchmischung muss auf jeder städtischen Fläche mit Hilfe einer flexiblen Quote öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen werden. Die Höhe der Quote richtet sich nach den gängigen Sozialindikatoren und dem bereits vorhandenen geförderten Wohnraum in einem Areal. Dies soll im Endeffekt für mehr bezahlbaren Wohnraum in den „besseren“ Gegenden einer Stadt sorgen. Sozialer Segregation kann damit zumindest etwas entgegengewirkt werden.
- Förderung von Wohnbaugenoss*innenschaften, auch im Sinne von Quartiersgenoss*innenschaften, und der Wohnungsgemeinnützigkeit.
- Die Mietpreisbremse muss stärker angezogen werden!
- Mit verstärktem Zugriff auf das Instrument der Milieuschutzsatzungen muss Verdrängungen von Mieter*Innen entgegengewirkt werden. Mit Hilfe von Zweckentfremdungssatzungen muss dafür gesorgt werden, dass bei der jetzigen angespannten Wohnraumlage Wohnraum auch Wohnraum bleibt.
- Bei der Schaffung von Wohnraum müssen auch die besonderen Bedürfnisse etwa von Auszubildenden, Student*innen, Senior*innen, Familien und Menschen mit Beeinträchtigungen hinreichend berücksichtigt werden. Auch unkonventionelle Wohnkonzepte wie etwa Mehrgenerationenhäuser sollen zum Zwecke der Förderung der Durchmischung explizit gefördert werden.
- Leerstehende Wohnungen sind beliebte Spekulationsobjekte. Dem muss mit entschiedeneren Sanktionen Einhalt geboten werden. Leerstand darf sich nicht mehr lohnen!
- Weiterentwicklung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ Ermöglichung von punktueller Förderungen einzelner Quartiere in Stadtteilen, die normalerweise nicht die Förderkriterien des

140 Programms erfüllen. Damit muss insbesondere das Quartiersmanagement gestärkt werden. Auf Basis
141 des aktuellsten Forschungsstands in der sozialen Arbeit und der Soziologie wird somit eine tragfähige
142 soziale Infrastruktur gefördert.

143 **Fazit**

144 Der Weg zu einem Nordrhein-Westfalen in dem es nicht mehr der Geldbeutel entscheidet, über den Wohnort
145 oder Viertel entscheidet, ist ein sehr Langer. Nichtsdestotrotz müssen Lösungen her, die einerseits kommu-
146 nal und landesweit umgesetzt werden müssten. Dazu benötigt es eine Menge Geld und einen großen Mut
147 vieler einzelnen kommunalen und landesweiten Mandatsträger*innen diese Generationenaufgabe zu bewäl-
148 tigen und genauso wie die Genoss*innen in Wien sich sozialpolitisch zu verewigen. Denn die Soziale Frage
149 und insbesondere die Frage um sozialen Wohnraum in einer sozialen Stadt lässt sich nicht dem freien Markt
150 beantworten, sondern durch klare und strikte Maßnahmen seitens des Staates.

M2

Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Bodenpolitik

1 Viele Kommunen unterliegen einem rasanten Wandel. Viele Städte und einige Dörfer wachsen, andere
2 schrumpfen. In vielen spitzt sich die Wohnungsnot zu, anderenorts herrscht hingegen Leerstand. Die Fragen,
3 die sich in den verschiedenen Kommunen stellen, sind vielfältig und doch ist es Aufgabe von Kommunalpolitik,
4 über die Maßnahmen der Bauleitplanung, also durch die Aufstellung und Änderung von Flächennutzungs- und
5 Bebauungsplänen, und durch ihr bodenpolitisches Handeln Antworten auf die jeweiligen Herausforderungen
6 zu finden.

7 Ziel einer demokratischen Planung und Bodenpolitik sollte es sein, das Gemeininteresse in Abgrenzung zum
8 Einzelinteresse durchzusetzen. Bei der Verfolgung dieses Ziels stehen Kommunen jedoch vor vielfältigen Pro-
9 blemen.

10 Zuerst werden kommunale Bauleitplanungsprozesse allzu oft durch die Interessen privater Investor*innen
11 beeinflusst oder gar bestimmt. Gerade dort, wo Bauland nicht in kommunaler Hand ist und zahlungskrafti-
12 ge Baulandeigentümer*innen mit Planungen an Kommunen herantreten, ist dies der Fall. Die personelle und
13 finanzielle Ausstattung der Kommunalverwaltungen führt dann oft dazu, dass die potenziellen Bauträger*in-
14 nen, vertreten durch die von Ihnen engagierten Büros, ihnen auch fachlich überlegen sind.

15 Andererseits werden die existierenden Mittel der Bauleitplanung nicht oder nur zögerlich ausgeschöpft, weil
16 diese teilweise mit einem erheblichen administrativen Aufwand verbunden sind, die die unter Haushaltskür-
17 zungen leidenden Kommunen nicht stemmen können. In anderen Fällen ist dies zusätzlich mit erheblichen
18 Rechtsunsicherheiten verbunden und die Anwendung der existierenden Mittel führt zu oft jahrelang andau-
19 ernden Rechtsstreite die ggf. dazu führen können, dass die Deckung des akuten Bedarfs, welcher durch Bau-
20 projekte erfüllt werden muss, erst verspätet oder zu spät erfolgen kann.

21 Aus jungsozialistischer Perspektive bedarf es hier eines Paradigmenwechsels in der bundesdeutschen Poli-
22 tik. An die Stelle des Privatinteresses muss wieder das Gemeinwohl und an die Stelle des neoliberalen Ideals
23 der sogenannten „schlanken Verwaltung“ ein starker Staat treten. Neben der dringend notwendigen erneuten
24 Stärkung der Kommunalverwaltungen müssen dafür auch wesentliche Teile der Bodenpolitik geändert wer-
25 den. Für die Umsetzung einer gerechten Bodenpolitik sehen wir insbesondere die Kommunalpolitik klar in
26 der Verantwortung. Für die Rahmenbedingungen, die den Kommunen einen größeren Handlungsspielraum
27 ermöglichen, müssen jedoch Landes- und Bundespolitik sorgen. Für die Änderung und Einführung entspre-
28 chender bau-, eigentums- und steuerrechtlichen Regelungen haben die jeweiligen Regierungen Sorge zu tra-
29 gen. Im Folgenden wollen wir den Aspekt der Bodenpolitik besprechen und notwendige Veränderungen dis-
30 kutieren.

31 **Statt Bodenlosigkeit in Kommunen: Für eine aktive Bodenvorratspolitik**

32 In den vergangenen Jahrzehnten wurden in vielen, unter anderem SPD geführten Kommunen in großer Zahl
33 kommunaler Boden verkauft. Die Privatisierungswelle, die nicht nur die Bodenpolitik, sondern auch viele an-
34 dere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betraf, führte zum neoliberalen Ausverkauf kommunaler Bo-
35 denvorräte. Daraus folgte in den letzten Jahren ein rasanter Anstieg der Bodenpreise. Die Antwort darauf kann
36 nur eine aktive Steuerung durch die Kommune sein. Dazu braucht es jetzt eine aktive Bodenvorratspolitik. Der
37 Ankauf von Bauland in Gebieten, mit besonderem Entwicklungspotenzial oder von besonderer strategischer
38 Bedeutung für die jeweilige Kommune, muss zukünftig wieder zur Regel werden. Die Finanzierung dieser An-
39 käufe kann über kommunale Bodenfonds, die zu diesem Zweck angelegt werden gewährleistet werden. Auch
40 Land und Bund sollen ungenutzte eigene Grundstücke als Sachleistungen an die Kommunen übertragen, um
41 so die kommunale Planungshoheit zu stärken. Kommunen müssen für diese geforderten Aufgaben mehr Ver-
42 waltungspersonal einstellen können, damit es nicht zu Engpässen in der Verwaltung kommt.

43 Außerhalb solcher strategisch besonders bedeutsamer Gebiete, kann auch der Zwischenerwerb von Grund-
44 stücken ein gangbarer Weg sein. Diesen rechtlich zu vereinfachen ist Aufgabe einer Bodenrechtsreform. Da
45 hierbei die jeweilige Kommune das betreffende Grundstück nach der Überplanung wieder veräußert, wird
46 jedoch auch hier langfristig kommunale Kontrolle aufgegeben. Es sollte deshalb nur in Ausnahmefällen das
47 Mittel der Wahl sein. Derlei Ausnahmen sollen bereits kurzfristig an eine etwaige Gemeinnützigkeit der Käufer*in und des Projekts gebunden sein. Vorzuziehen ist ihm in der Regel das Erbbaurecht, bei dem lediglich
48 das Nutzungsrecht, nicht jedoch das Eigentum an dem Grundstück auf den Erbbauberechtigten übergeht. Das Erb-
49 baurecht wieder stärker in den Blick zu nehmen ist Aufgabe der einzelnen Kommunen. Die Entscheidung für
50 das Erbbaurecht ist eine politische und bedarf an einigen Orten eines Ratsbeschlusses, um die kommunalen
51 Verwaltungen zu beauftragen es gegenüber dem Grundstücksverkauf zu bevorzugen. Wir fordern unsere
52 Ratsfraktionen in diesen Kommunen auf, entsprechende Beschlüsse vorzubereiten. Vielerorts legen wir der
53 Partei das Instrument auch für den Wahlkampf ans Herz. Auch Bund und Land müssen zukünftig auf die Privatisierung von Grundstücken verzichten und eigene Grundstücke entweder wie beschrieben an die Kommunen
54 übertragen oder ihrerseits auf das Erbbaurecht setzen.

57 Auch das Vergaberecht bei Grundstücksverkäufen oder der Vergabe von Erbbaurecht bedarf einer Reform. Wo
58 heute noch die Maximierung der generierten Einnahmen der jeweiligen staatlichen Ebene oberstes Ziel ist,
59 muss zukünftig der Beitrag zu definierten planerischen Zielen im Mittelpunkt stehen. Ein Konzeptverfahren
60 ist hierfür ein mögliches zu implementierendes Instrument. Hierbei gibt der Staat nur grobe Ziele vor, und
61 überlässt es den Bieter*innen in ihren Angeboten darzulegen wie sie diese umsetzen wollen.

62 **Planung ist die halbe Miete: Für die Stärkung der Instrumente der Bauleitplanung**

63 Um bestehendes Planungsrecht durchzusetzen, wollen wir bestehende Planungsinstrumente schärfen und
64 den planerischen Werkzeugkasten der Kommunen erweitern.

65 Das im Baugesetzbuch formulierte Gebot der Innenentwicklung muss aus ökologischen Gründen umgesetzt
66 werden. Dies bedeutet eine zusätzliche Relevanz einer aktiven Bodenpolitik durch die Gemeinden. Obwohl vielerorts
67 Quoten für geförderten Wohnungsbau bei Neubauprojekten realisiert werden, findet dies in der Regel
68 über städtebauliche Verträge statt. Die Möglichkeit solche Quoten oder andere am Gemeinwohl orientierten
69 Ziele in Bebauungsplänen zu verankern, besteht bisher nur unzureichend und wird größtenteils nicht angewandt.
70 Die rechtliche Bindung solcher städtebaulicher Verträge bei einem etwaigen Weiterverkauf ist zudem
71 oftmals unsicher. Wir fordern daher soziale Belange, wie ortsübliche Quoten für den geförderten Wohnungsbau
72 im Rahmen der Bauleitplanung als ortsgebundenes Recht festzusetzen und das baurechtliche Instrumentarium
73 für die Festsetzung sozialer Belange im Baugesetzbuch auszuweiten, um eine Rechtssicherheit auch
74 bei einem Weiterverkauf zu gewährleisten.

75 Darüber hinaus wollen wir das kommunale Vorkaufsrecht stärken. Aktuell ist es an zu viele Bedingungen gekoppelt.
76 Die Realisierung des Ziels „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ muss ein hinreichender Sachgrund
77 für das Vorkaufsrecht werden. Daher soll das besondere Vorkaufsrecht der Kommunen in ein generelles
78 Vorkaufsrecht auf zum Verkauf stehende Grundstücke innerhalb der entsprechenden Kommune umgewandelt
79 werden.

80 **Der Spekulation den Boden entziehen: Für eine kohärente Reform der Bodenbesteuerung**

81 Bis Ende 2019 muss die Grundsteuer neu gestaltet werden, so urteilte das Bundesverfassungsgericht 2018.
82 Die Beurteilung eines Grundstückswertes und die daran orientierte Erhebung der anfallenden Grundsteuer
83 nach 1964 (bzw. 1935 in den östlichen Bundesländern) bestimmten Einheitswerten, die seitdem nur insgesamt
84 durch die kommunalen Hebesätze angepasst wurden, entspricht nicht unserem Anspruch an eine gerechte
85 Besteuerung.

86 Es werden in Bezug auf die Reform der Grundsteuer unterschiedliche Modelle diskutiert. Wir begreifen die
87 Grundsteuer als Teil eines Steuersystems, in welchem insgesamt diejenigen mit hohem Vermögen besonders
88 belastet werden sollen. Klar ist deshalb auch, dass die Grundsteuer durch eine Vermögensteuer ergänzt werden
89 muss. Nur durch diese kann das Ziel eines gerechten Steuersystems erreicht werden. Bei der Reform der
90 Grundsteuer steht für uns jedoch ihre Steuerungswirkung auf den Wohnungsbau und den Flächenverbrauch
91 im Mittelpunkt.

92 Die aktuelle Diskussion um eine Wiedereinführung einer veränderten, progressiven Grundsteuer C der Bundesregierung zeigt, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen dieses wichtige Problem erkannt hat. Bo-

94 denspekulationen gilt es zu verhindern, die aktuelle Wohnungsnot und Mangel an Bauland zu bekämpfen.
95 Der Ansatz im Koalitionsvertrag versucht jedoch das Unmögliche: Das verfassungswidrige System der aktuel-
96 len Grundsteuer aus Teil A (agrar- und forstwirtschaftliche Flächen) und Teil B (Bebautes und bebaubares Land)
97 durch eine Ergänzung zu reparieren. Damit werden die Einwände des Bundesverfassungsgerichts jedoch nicht
98 aus der Welt geschafft.

99 Es braucht eine grundsätzliche Veränderung der Grundsteuer. Die Bodenwertsteuer ist für uns das zu bevor-
100 zugende Konzept in der aktuellen Debatte. Die Bodenwertsteuer bezieht sich ausschließlich auf den Wert des
101 Grundstücks und die rechtlich möglich Bebauung oder Nutzung des Grundstücks – die tatsächliche Bebauung
102 bleibt unberücksichtigt. Wenn die Bebauung und damit die Gebäude auf einem Grundstück keine Rolle mehr
103 für die Besteuerung spielen, schließt sich für uns eine weitere Forderung an: Die Umlegbarkeit der Grundsteu-
104 er auf die Miete muss abgeschafft werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die von uns geforderte
105 Bodenwertsteuer, mit der wir die Bodenrente (also leistungsloses Einkommen infolge öffentlicher Infrastruk-
106 turleistungen) abschöpfen wollen, nicht fälschlicherweise Mieter*innen zusätzliches Geld abverlangt. Diese
107 Forderung würde jedoch analog auch für alle anderen Reformmodelle notwendig sein. Die Bodenwertsteu-
108 er berücksichtigt die Lage eines Grundstücks und nimmt damit einhergehende Bodenwerte, sowie Wertver-
109 änderungen, als Bemessungsgrundlage. Dies betrifft dann auch insbesondere attraktive Viertel, welche für
110 Immobilienpreisspekulationen besonders beliebte Grundstücke enthalten.

111 Eine weitere vermögensbezogene Steuer muss in diesem Zusammenhang diskutiert werden: die Grunder-
112 werbssteuer. Diese wird heute einmalig beim Kauf eines Grundstücks fällig. Jede erneute Wertsteigerung des
113 Grundstücks nach dem Kauf werden deshalb erst von den nächsten Käufer*innen versteuert. Ein wirksames
114 Hemmnis gegen Bodenspekulation stellt die Grunderwerbssteuer deshalb nicht dar. Eine gerechte Besteue-
115 rung trifft Investor*innen, die in (ggf. auch zukünftig) attraktiven, sich entwickelnden Stadtvierteln kaufen und
116 große Profite aus der Wertsteigerung generieren besonders stark. Wir wollen deshalb die Grunderwerbssteu-
117 er in eine Bodenwertzuwachssteuer umwandeln. Hierbei würde der Bodenwertzuwachs beim Verkauf besteu-
118 ert. Dies hat den Vorteil, dass leichter zu ermitteln ist, wie hoch dieser Bodenwertzuwachs zwischen Kauf und
119 Verkauf ausfällt. Die Bodenwertzuwachssteuer besteuert also genau den Betrag, welchen die Investor*innen
120 maximieren wollen. Dieses Instrument kann somit wirksam gegen Spekulation sein. Diese Steuer muss da-
121 bei so bemessen sein, dass sie eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder und der zugehörigen
122 Kommunen gewährleistet.

123 Auch wenn Wertsteigerungen durch Verbesserung der Infrastruktur durch die Kommune bedingt sind, erfolgt
124 durch das Instrument der Bodenwertzuwachssteuer ein die vermehrte Investition refinanzierende Beteiligung.
125 Somit ergänzt sie die schon heute rechtlich vorhandenen Entschädigungen, die die öffentliche Hand für boden-
126 wertmindernde Maßnahmen an die Eigentümer*innen zahlen muss und beendet den unhaltbaren Zustand,
127 dass vom Staat verursachte Wertverluste die öffentliche Hand trägt, während von ihm verursachte Wertzu-
128 wächse den Eigentümer*innen zu Gute kommen.

M3

Interkommunale Mobilität – Freie Fahrt statt Frust

1 Verkehr ist auch immer ein Politikum. Die CDU hat mit einer Kampagne gegen Stau sogar Wahlkampf gemacht
2 und in den Medien kursieren Diesel-Fahrverbote und Berichte von kaputten Straßen und maroden Brücken
3 (#nichtfurlau). Davon, dass es grundlegende Reformen bei der Rentenversicherung und in der Bildung geben
4 muss hört man ständig, aber brauchen wir nicht auch eine radikale Verkehrswende?

5 In den Betrachtungsebenen der Verkehrspolitik ist die interkommunale Mobilität ein wichtiger Baustein. Vie-
6 le Pendler*innen in NRW nutzen das Auto, um flexibler zu sein, stehen am Ende jedoch viel zu oft im Stau
7 auf der Autobahn. Die eigentlich logische Alternative – der ÖPNV – erscheint für viele dank zu geringer Tak-
8 tung, Überfüllung und Unpünktlichkeit zu Stoßzeiten und schlechter Anbindung von Randgebieten und ländli-
9 chen Regionen zu unattraktiv und unflexibel. Die Probleme des ÖPNV-Systems sind jedoch vielfältiger. Neben
10 den genannten Basisfaktoren fehlen oft auch zusätzliche Faktoren wie eine komfortable Fahrzeuginnenraum-
11 Gestaltung und die Ausstattung der Sitzplätze mit Steckdosen und WLAN.

12 Als Pendler*innenland mit großen Metropolregionen und viel ländlichem Lebensraum steht Nordrhein-
13 Westfalen vor der Frage, wie eine nachhaltige interkommunale Mobilität mit neuen Lösungen für die Zukunft
14 aussehen kann. Die Antwort darauf ist mehrschichtig und aus vielen Perspektiven zu betrachten: Sowohl
15 baulich-räumliche als auch kulturelle, psychologische und ökonomische Aspekte spielen neben den für uns
16 immer zentralen sozialen, ökologischen und politischen Sichtweisen eine wichtige Rolle.

17 **POLITISCH: Denken Sie groß!**

18 Zurzeit existieren in NRW vier Tarif- und Verkehrsverbünde. Bei jedem Verbundübertritt gelten andere Tari-
19 fe und Kund*innen sind meist auf sich allein gestellt, das für sie jeweils richtige Ticket herauszusuchen. Au-
20 ßerdem kooperieren die einzelnen Verkehrsverbünde zu wenig miteinander, um einen besser abgestimmten
21 Ablauf des Regional- und Nahverkehrs sowie günstige Intervendstarife in NRW gewährleisten zu können.
22 Aber nicht nur bei den erprobten Verkehrsmitteln wie Bus und Bahn, sondern auch bei neuen Ansätzen wie
23 Sharing-Angeboten enden das politische Denken und Handeln oft an der Stadtgrenze. Den Bedürfnissen von
24 Pendler*innen entspricht diese hyperlokale Fixierung natürlich nicht: Benötigt wird ein nahtloser Verkehr in-
25 nerhalb und eben auch zwischen Kommunen, wofür eine ausgeprägte interkommunale Zusammenarbeit not-
26 wendig ist.

27 **SOZIAL: Mobilität ist ein Grundrecht!**

28 Obwohl 60 % der Menschen auf Pendeln angewiesen sind, nimmt sich bislang keine Partei dieser Gruppe aus-
29 drücklich mit wirksamen Konzepten an und erklärt Pendler*innen zur Zielgruppe politischen Handelns. Für
30 uns Jungsozialist*innen ist das Ziel der Verkehrspolitik stets, die Sicherung individueller Mobilität mit einem
31 ökologischen Umbau des Verkehrssystems in Einklang zu bringen. 60% der Menschen in NRW sind Pendler*in-
32 nen. Da wir ihre Mobilität garantieren und ökologischer gestalten wollen, muss die von uns gewollte drasti-
33 sche Minderung der Kfz-Nutzung mit einer wesentlichen Stärkung des ÖPNV einhergehen. Die angestrebte
34 Verkehrswende muss besonders mit den Interessen der finanziell schlechter Gestellten in Einklang gebracht
35 werden. Gerade wir Sozialdemokrat*innen müssen Pendler*innen als Zielgruppe für Querschnittspolitik so-
36 wohl über Politikfelder (Verkehrspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik) als auch ökonomische Gruppen hin-
37 weg verstehen. Mobilität ist längst zu einer sozialen Frage geworden. Finanziell schwächere Gruppen werden
38 in den Großstädten zunächst aus ihren angestammten Stadtquartieren verdrängt und müssen daraufhin weit-
39 aus größere Distanzen überwinden um ihrer Erwerbstätigkeit nachzukommen. Wie kann eine sozial gerechte
40 Antwort auf die Mobilitätsfrage dieser Menschen aussehen?

41 Vor Ort müssen wir Mobilität als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge wahrnehmen, überregional den so-
42 zialen Aspekt von Mobilität mittels Ausweitung des Solidaritätsprinzips bei der Finanzierung von Fahrtickets
43 anvisieren. Beim Um- und Ausbau jeglicher mobilitätsbezogenen Infrastruktur sind selbstverständlich die Le-

44 bensrealitäten mobilitätseingeschränkter Menschen zur Sicherung derer gleichberechtigten Teilhabe mitzu-
 45 denken und entsprechend einzuplanen. Auch ein Recht auf Home-Office, wie es auch der DGB fordert, bildet
 46 ein Anknüpfungspunkt für die Politik.

47 **ÖKOLOGISCH: Grüner wird's nicht!**

48 Aus ökologischer Sicht bedingen der Berufsverkehr und insbesondere die täglichen Stauereignisse erhebliche
 49 negative Umweltauswirkungen. Wie können wir es schaffen, diese zeitlichen und räumlichen Ballungen
 50 zu mindern oder gar zu verhindern? Schienengebundener Verkehr ist in der ökologischen Bilanz dem KFZ-
 51 Individualverkehr immer vorzuziehen. In der verkehrssoziologischen Diskussion spricht man oft vom Problem
 52 der letzten Meile. Dabei ist der Weg vom Wohnort zum Bahnhof eine Hürde beim pendeln, weswegen dann
 53 doch auf das Auto zurückgegriffen wird. Damit nicht der ganze Weg mit dem PKW zurückgelegt werden muss,
 54 können entsprechende Park&Ride-Angebote dazu beitragen, dass mehr Menschen auf die Schiene umstei-
 55 gen. Dabei können Konzepte aus den Niederlanden als Beispiel gelten, bei denen das Abstellen des Autos am
 56 Stadtrand mit einem günstigeren ÖPNV-Ticket belohnt wird und eine gute Taktung die Menschen ins Zentrum
 57 befördert. Auch ein Städtisches Engagement bei der Etablierung und Infrastruktur von Sharing-Angeboten sind
 58 dabei wünschenswert.

59 **DIGITAL: Nicht nur Datenautobahn**

60 Kollektive Individualität der Mobilität bzw. multimodale Mobilität zielen auf eine effiziente Nutzung des be-
 61 stehenden ÖPNV-Angebotes ab. Seht ihr Potentiale für den Pendler*innenverkehr bspw. in Buslinien, die keine
 62 festen Routen, sondern auf Basis digitalisierter Prozesse und Daten individuelle Destinationsorte der Fahrgäs-
 63 te ansteuern?

64 Die Vorteile moderner Mobilität lassen sich insbesondere durch Vernetzung nutzen. Daher zielen wir nicht nur
 65 eine Harmonisierung der unterschiedlichen Mobilitätsarten an, sondern setzen uns auch für die Freigabe der
 66 von den Städten und den Städtischen Unternehmen und Gesellschaften gesammelten verkehrsrelevanten Da-
 67 ten ein. Dies soll im Sinne des OpenData-Gedanken geschehen, also im Rahmen eines offenen Verkehrsdaten-
 68 Portals des Landes. Die dort zur Verfügung gestellten Daten können beispielsweise für Verkehrs-Apps genutzt
 69 werden.

70 • Mit diesem Antrag wollen wir die Leitlinien für eine ausführlichere Debatte in unserem Verband und
 71 der Partei definieren und die Diskussion über interkommunale Mobilität anstoßen. Doch bereits jetzt
 72 fordern wir den SPD Landesvorstand NRW, die SPD Landtagsfraktion sowie weitere Gremien der SPD
 73 auf:

74 • Einen runden Tisch aller NRW-Verkehrsverbünde einzuberufen, der eine Gesamtstrategie für den Nah-
 75 verkehr in NRW aufstellen soll und kurzfristig die Weichen für einen massiven Ausbau der Zusammen-
 76 arbeit der einzelnen Verkehrsverbünde stellt.

77 • Langfristig darauf hinzuwirken, dass nur noch einen Verkehrsverbund für ganz Nordrhein-Westfalen
 78 existiert.

79 • Sharing-Angebote wie Bike – Sharing oder Car-Sharing stärker als bisher zu fördern, aber auch Leitlinien
 80 für deren Gebrauch und ihre Anbieter zu erarbeiten.

81 • Einen runden Tisch zu initiieren, an dem sich Sharing-Anbieter und Nahverkehrsunternehmen abstim-
 82 men sollen, wo was angeboten werden kann, um Doppelstrukturen entgegenzuwirken und eine sinn-
 83 volle Ergänzung des ÖPNV-Angebotes zu realisieren.

84 • Die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken von unterschiedlichen Verkehrsträgern und -gruppen
 85 zu fördern und weiterzuentwickeln

86 • Die Bundes- und Landesregierung aufzufordern, dass der Schiene mittel- und langfristig mehr Mittel
 87 zum Ausbau zur Verfügung stehen, sodass eine Verkehrswende des Warenstroms von der Straße auf
 88 die Schiene ermöglicht werden kann.

89 • Einen Prozess in Gang zu setzen, der Leitlinien für das autonome Fahren auf den Weg bringt.

90 • Ein Leitbild "Zukunft des Verkehrs in NRW" mit möglichst breiter Mitgliederbeteiligung sowie unter Zu-
 91 hilfenahme von Expert*innen zu entwickeln und den Parteigremien nach Abschluss zur Abstimmung

92 vorzulegen, welches Eingang in das Wahlprogramm für 2021/2022 finden soll.

93 **BEGRÜNDUNG:**

94 Erfolgt mündlich.

R Resolutionen

R Resolutionen

R1	Glück Auf!	71
----	------------	----

R1

Glück Auf!

- 1 Die Kohle geht, die Kumpel* bleiben
- 2 Am 21.12.2018 endet eine Ära. An diesem Tag beendet die letzte Schicht auf dem Bergwerk Prosper-Haniel
3 ihre Arbeit und mit ihr endet der Steinkohlebergbau in NRW endgültig. Der Bergbau hat Land und Leute über
4 200 Jahre lang geprägt und er tut es noch. Für mehrere Generation von Menschen war der Bergbau identi-
5 tätstiftend. Ohne romantische Verklärung lässt sich behaupten, dass dies mehr als nur Jobs waren. Es war
6 Zusammenhalt. Es war harte Arbeit. Es war Solidarität. Und nun ist es Industriekultur.
- 7 Die Montanindustrie war prägend für das ganze Land, sogar für ganz Europa. Die europäische Union fußt
8 auch auf der Montanunion. Die Arbeiter und Arbeiterinnen kämpften für ihre Rechte und buchstabierten da-
9 mit die betriebliche Mitbestimmung aus und waren damit ein leuchtendes Beispiel für viele andere Bereiche.
10 Zugleich zog das Ruhrgebiet ungemein viele Menschen von nah wie fern an und bot Menschen aus aller Welt
11 ein Zuhause.
- 12 Und das soll es auch weiterhin tun.
- 13 Mit Sorge betrachten wir die Entwicklungen in einigen Städten und Stadtteilen des Ruhrgebiets. Wo es früher
14 egal war, wo du wech kamst, spielt die Ethnie plötzlich wieder eine Rolle und Rechtsradikale nutzen die Verun-
15 sicherung der Menschen schamlos aus. Dabei ist der Strukturwandel im Ruhrgebiet im vollen Gange und das
16 Ruhrgebiet hat die Chance mit seinen Städten und Gemeinden, seinen Flüssen und Seen, seiner Industriekultur
17 und vor allem mit seinen Menschen, wieder ein Leuchtfeuer im Herzen Europas zu sein. Dafür braucht es aber
18 weiterhin und vielleicht sogar verstärkt Hilfe. Vielerorts sind die Kassen voll und Regionen prosperieren, nicht
19 nur, aber auch, weil im Ruhrgebiet über Jahrzehnte geschuftet wurde für den heutigen volkswirtschaftlichen
20 Reichtum.
- 21 Und im anderen Kohlerevier steht nun ein ähnlicher Prozess an. Auch das rheinische Braunkohlerevier muss
22 sich mit einem Strukturwandel auseinandersetzen. Dabei gilt es, wie im Ruhrgebiet an vielen Stellen exempla-
23 risch durchexerziert, soziale und ökologische Fragestellungen zusammenzudenken. Niemand soll ins Bergfreie
24 fallen, dass muss auch der Ansatz im rheinischen Revier sein.
- 25 Bewusst muss dabei allen Beteiligten sein, dass Strukturwandel niemals abgeschlossen ist. Der Aufbau einer
26 erneuten Monokultur muss unter allen Umständen vermieden werden.
- 27 Wir NRW Jusos werden den Prozess beim Ausstieg aus der Braunkohle kritisch begleiten so wie auch beim
28 Ausstieg aus der Steinkohle und werden auch im rheinischen Revier wie auch im Ruhrgebiet solidarisch an
29 der Seite der Beschäftigten stehen. Wir vergessen nicht, wer maßgeblich den gesellschaftlichen Wohlstand
30 zu Tage gefördert hat. Wir werden die Vergangenheit nicht vergessen, uns aber der Gestaltung der Zukunft
31 annehmen, so wie es das Ruhrgebiet auch tun muss. Hilfe von außen, gute Ideen von innen. So kann es gelingen
32 um ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich zu verhindern. Wir überlassen den Rechten nicht das
33 Ruhrgebiet. Mit harter Arbeit, wie einst unter Tage, kämpfen wir für ein gutes NRW im Herzen Europas. Ganz
34 besonders dort, wo politische Entscheidungen den Menschen die vermeintliche Identität geraubt haben, heißt
35 es für uns, ein neues Zuhause für alle Menschen zu schaffen. Im Ruhrgebiet genauso wie im rheinischen Revier.
36 Glück Auf!

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S Sozial- und Gesundheitspolitik

S1	Zeit für den Sozialstaat von morgen – Die SPD von den alten Ge- spenstern befreien!	73
----	--	----

S1

Zeit für den Sozialstaat von morgen – Die SPD von den alten Gespenstern befreien!

1 Mehr als 15 Jahre nachdem die Vorschläge der sog. „Hartz“-Kommission diskutiert und schrittweise in Sozial-
 2 politik umgesetzt wurden, ist es Zeit, eine ehrliche, abschließende Bilanz zu ziehen. Es ist Zeit, sozialpolitisch
 3 die heute insgesamt bestehenden Fehlentwicklungen aufzuarbeiten und den Blick auf die Zukunft zu richten,
 4 in der die drei gesellschaftlichen Großtrends Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel zu
 5 enormen Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt führen werden, die in Teilen schon begonnen haben. Neben vie-
 6 len neuen Möglichkeiten und Vorteilen resultieren hieraus nie gekannte Anforderungen an das Qualifikations-
 7 niveau der Beschäftigten – und Risiken der Be- und Überlastung weiten sich massiv aus. Dem technologischen
 8 Veränderungs- und Flexibilisierungsdruck gepaart mit kapitalistischem Gewinn- und Rationalisierungsstreben
 9 wird nur mit einem gestärkten und vorsorgenden Sozialstaat *gerecht* Einhalt zu bieten sein.

10 Der Sozialstaat war für die Sozialdemokratie immer mehr als ein Solidarbeitrag für in Not geratene Menschen.
 11 Vor allem nach den Erfahrungen der Weltkriege und des Faschismus wurde die Stärkung des Sozialstaats in
 12 den europäischen Gesellschaften ein Grundpfeiler stabiler Demokratie. Diese elementare Funktion der Sozi-
 13 alstaatlichkeit galt lange als Konsens zwischen sozialdemokratischen, konservativen und liberalen politischen
 14 Kräften. Wenn heute Errungenschaften des Sozialstaates in Frage gestellt werden, die lange als Konsens galten,
 15 zeigt das, wie falsch die alte Dahrendorf-These von der Überflüssigkeit der Sozialdemokratie ist. Neoliberale
 16 Deutungsmuster haben eine Hegemonie über politische Debatten gewonnen, vor denen auch die Sozialde-
 17 mokratie nicht gefeit war.

18 Deshalb kann es auch nur die Sozialdemokratie sein, die dem Sozialstaat neue Kraft einhaucht und die Idee
 19 einer solidarischen Arbeitsgesellschaft der Freien und Gleichen mehrheitsfähig macht. Aus dieser Perspekti-
 20 ve formuliert dieser Antrag Anforderungen an eine überzeugende sozialdemokratische Sozialpolitik, die gute
 21 Arbeit und gesellschaftlichen Fortschritt ins Zentrum stellt.

22 **Das sozialdemokratische Leiden am Komplex „Hartz IV“ abschließen**

23 Gerade in der aktuellen Krise der bundesrepublikanischen und europäischen Sozialdemokratie bilden Konflik-
 24 te um das Reizwort „Hartz IV“ einen anhaltenden, fast immer negativen Bezugspunkt – sowohl innerhalb der
 25 SPD selbst, aber auch in vielen nahestehenden (Wähler*innen-)Milieus und Organisationen (z.B. Gewerkschaft-
 26 en oder Sozialverbände). Faktisch lässt sich feststellen, dass der Komplex „Hartz IV“ die seit Jahren verbreit-
 27 eteste *Erzählung gegen die Sozialdemokratie* ist – ein Gespenst, das die SPD selbst gerufen hat? Zumindest sind
 28 andere, weit verbreitete, aber ältere Erzählungen gegen die Sozialdemokratie[1] dadurch weit in den Hinter-
 29 grund gerückt. Mit allen vorherigen Anti-SPD-Erzählungen hat die Anti-„Hartz IV“-Erzählung gemeinsam, dass
 30 sie im Slogan „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ ihren Ausdruck findet, den schon Nazis und Kommu-
 31 nist*innen gemeinsam riefen.

32 Aufgrund der anhaltenden Debatte um „Hartz IV“, die auf vielen Ebenen von Jusos und Partei seither mit kri-
 33 tischen Beschlüssen beantwortet, aber von der Partei als Ganzes in der Breite nie erfolgreich abgeschlos-
 34 sen werden konnte, gilt es nun die Flucht nach vorn anzutreten. Grundlage dafür sind zwei Ausgangsannah-
 35 men:

- 36 1. Die SPD kann oder wird – wie auch immer man inhaltlich dazu steht – sich wohl nicht explizit und
 37 vergangenheitsbezogen von den damaligen Reformen abwenden.
- 38 2. Gleichzeitig haben wir aber auch aufgrund des Handlungsdrucks auf dem Arbeitsmarkt (Stichworte:
 39 Prekarisierung, Fachkräftenanforderungen, Digitalisierung, Globalisierung,) keine andere Wahl, als das
 40 politische Feld neu zu bestellen und Fehlstellungen der Vergangenheit schnell und konkret zu korrigie-
 41 ren. Ansonsten verpassen wir sozialdemokratische Gestaltungsmöglichkeiten, riskieren unsere Rolle

42 im politischen System – und überlassen dem freien Spiel der Kräfte auf globalisierten Märkten immer
43 mehr Raum.

44 Wir wollen und müssen – zumindest innerhalb der sozialdemokratischen Familie – das eigene Leiden und
45 Verzagen an „Hartz IV“ ein für alle Mal abschließen. Weil nicht zu sehen ist, wie ein Vergangenheits- und Ne-
46 gativdiskurs in der aktuell existenziellen Krise der Sozialdemokratie konstruktiv gelöst werden kann, können
47 wir die „Hartz 4“-Frage nur nach vorne hin auflösen. Um diesen Negativdiskurs endlich zu überwinden, bieten
48 folgende Punkte die Ausgangslage:

49 à „Hartz IV“ ist gesellschaftlich zu einem Symbolwort für Einschnitte in soziale Sicherungssysteme geworden,
50 wobei der eigentliche Bedeutungshintergrund den meisten Menschen dabei nicht präsent ist. Was war also
51 der sachliche Hintergrund? Die Arbeitsmarktreformen für „Moderne Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt“
52 gehen auf die von dem damaligen VW-Personalchef Peter Hartz (langjähriges SPD- und IG Metall-Mitglied) ge-
53 leiteten sog. „Hartz-Kommission“ im Jahr 2002 zurück – vor heute ca. 16 Jahren! In den Folgejahren, bis 2005,
54 wurden die Kommissionsberichte unter der zweiten rot-grünen Bundesregierung in Gesetzen umgesetzt – im-
55 mer mit obligatorischer Mitwirkung des von CDU/CSU dominierten Bundesrates. Der Kompromisscharakter
56 der Gesetze sticht stark heraus. Die sog. „Hartz“-Gesetze bildeten den arbeitsmarktpolitischen Teil der Agenda
57 2010. In deren Rahmen stach das als „Hartz IV“ deklarierte Gesetz zur Vereinheitlichung/Zusammenlegung von
58 Arbeitslosenhilfe (war am vorherigen Einkommen orientiert) und Sozialhilfe (als absolutem Minimum für alle,
59 die nie in Erwerbsarbeit waren) heraus.

60 à Aus den „Hartz“-Arbeitsmarktreformen und konkret „Hartz IV“ resultierte, dass Menschen, die nach einem
61 jahrzehntelangen Erwerbsleben arbeitslos wurden und auf solidarische Versicherungsleistung der Arbeitslo-
62 senversicherung angewiesen waren, in der Regel nach einem Jahr Arbeitslosengeld in die neue Grundsiche-
63 rung („Hartz IV“) abzurutschen drohten. Vorher stand ihnen eine höhere, prozentual bemessene Arbeitslo-
64 senhilfe zu. Dieser Fakt, der relativ niedrig bemessene Satz der Grundsicherung sowie strikte Regelungen der
65 Zumutbarkeit für neue Arbeitsverhältnisse befeuerten eine gesellschaftliche Abstiegsangst, die in viele Berei-
66 che der Mittelschicht ausstrahlte. Diese Abstiegsangst war am prägendsten für die gesellschaftliche Bedeutung
67 des Begriffs „Hartz IV“.

68 à Prägend für die Reformen war eine komplett andere ökonomische und politische Gesamtsituation als heu-
69 te: In der Bundesrepublik gab es – aufgrund der angewachsenen Langzeitarbeitslosigkeit und ökonomischen
70 Rezession – mehr als fünf Millionen Arbeitslose. Aus dieser Gesamtlage resultierte, dass die öffentliche Hand
71 (von der Kommune bis zum Bund) hohe Haushaltsdefizite aufwies. Zudem galt die Bundesrepublik aufgrund
72 ihres Schuldenstandes im Verhältnis zum BIP in der politischen und ökonomischen Öffentlichkeit sowie auf
73 den Finanzmärkten als „überschuldet“. In dieser Zeit war auch das prägende Negativbild des „kranken alten
74 Manns Europas“ dominant, welches die geschwächte Situation der Bundesrepublik im europäischen Gesamt-
75 bild reflektierte. Von dieser Situation der Schwäche konnten sich auch gewerkschaftliche Arbeitskämpfe und
76 Tarifiergebnisse nicht freimachen, denen in dieser Zeit „Lohnzurückhaltung“ vorgeworfen wurde.

77 à Aus sozialdemokratischer Sicht ist höchst relevant, dass die „Hartz“-Reformen und die Agenda 2010 noch
78 klar dem – in der Sozialdemokratie der westlichen Welt weitreichenden – von „New Democrats“ (USA/Clinton)
79 und „New Labour“ (UK/Blair) inspirierten Zeitgeist zuzurechnen sind: Grundsätzlich versuchten diese Ansätze,
80 das sozialdemokratische Streben nach gesellschaftlicher Solidarität und Umverteilung mit dem gesellschaft-
81 lich dominanten neoliberalen Marktdenken und -handeln in Einklang zu bringen. Auch in der Bundesrepu-
82 blik schlussfolgerten viele – befeuert durch die Machtlosigkeit in den bleiernen Jahren schwarz-gelber Kohl-
83 Regierungen und den zeitgleich sich vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen (sozialdemokratische
84 Bildungsexpansion schlägt durch; Individualisierungsprozesse erfassen immer mehr Menschen) – , dass die
85 Sozialdemokratie allein mit ihrer eigenen, auf Solidarität(sgefühl) aufbauenden (u.a. gewerkschaftlichen) Kern-
86 klientel schwieriger erfolgreich sein könne. Denn durch die erfolgreiche *sozialdemokratische Bildungsexpansion*
87 wurden aus vielen Facharbeiter*innenkindern höchst erfolgreiche Akademiker*innen auf dem Arbeitsmarkt
88 und im Staatsdienst. Diese rechneten ihren beruflichen Erfolg und gesellschaftlichen Aufstieg nicht primär
89 sozialdemokratischer Politik zu, sondern starken individuellen Anstrengungen (die natürlich genauso stark
90 vorhanden waren wie die Erfolge sozialdemokratischer Politik). Allein auf Basis des klassischen sozialdemo-
91 kratischen Strebens nach sozialer Gerechtigkeit – so die Annahme – ließen sich diese Bildungsaufsteiger*innen
92 nicht mehr binden. Mit der strategischen Ausrichtung der „Neuen Mitte“[2] versuchte die SPD bei der Bundes-
93 tagswahl 1998 mit dem Doppelslogan aus „Innovation“ (was Schröder verkörperte) und „Gerechtigkeit“ (wofür
94 eher Lafontaine stehen sollte) breitere Schichten zu adressieren, um bei den Wahlen eine Mehrheit für Rot-

95 Grün zu gewinnen. In der Folge wurde aus diesem zuerst kommunikativen Ansatz in Teilen ein inhaltlicher, der
 96 sich praktisch in den Folgejahren durchschlug im gemeinsamen „Schröder-Blair-Papier“, in rot-grünen Steu-
 97 ersenkungen, der Finanzmarktderegulierung, in (Teil-)Privatisierungen öffentlicher Unternehmen sowie eini-
 98 gen Ansätzen der Agenda 2010. Ohne alle Reformdetails und Kompromisse pauschal bewerten zu können,
 99 ist bei vielen Politikansätzen der neoliberale Zeitgeist von Vermarktlichung, Flexibilisierung und Deregulie-
 100 rung zu spüren. Sozialdemokratische Ansätze gerieten in der politischen Kommunikation spätestens mit dem
 101 eher negativ konnotierten „Fördern und Fordern“ unter die Räder. Den „Hartz“-Reformen fehlte nicht nur der
 102 Bezug auf ein normativ positives sozialdemokratisches Menschenbild, sondern auch ein gesamtpolitischer/-
 103 gesellschaftlicher Rahmen von mehr Solidarität, besserer Arbeit und Umverteilung, ohne den die SPD – gerade
 104 unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus – sicherlich keine erfolgreiche *und* gerechte Arbeits-
 105 marktpolitik gestalten kann.

106 **Eine solidarische Arbeitsgesellschaft der Freien und Gleichen: Sozialdemokratisches Menschenbild als** 107 **Orientierungsrahmen**

108 Den häufigen (häufig richtigen) Vorwurf der Unkenntlichkeit sozialdemokratischer Zielvorstellungen lässt sich
 109 vielen Protagonist*innen einer „Neuen Mitte“/New Labour-Politik im Nachhinein nur schwer machen: Denn
 110 was anderen (heute) an normativen Ausdruck fehlt, trug z.B. Gerhard Schröder immer auf der Zunge, wenn
 111 er z.B. von „Fördern und Fordern“ oder „mehr Eigenverantwortung“ und der Kürzung sozialer Absicherung
 112 sprach. Das dahinterliegende Menschenbild ist jedoch – wie z.B. die Historikerin und Sozialdemokratin Hel-
 113 ga Grebing kritisierte[3] – stark von einem vor allem nutzenmaximierenden und wettbewerbsorientierten[4]
 114 Menschenbild geprägt, das deutlich von der neokonservativen Hegemonie des Neoliberalismus beeinflusst ist:
 115 Diesem Menschenbild zufolge ließen sich gesellschaftliche Probleme primär dadurch lösen, dass der Mensch
 116 durch mehr Eigenverantwortung und stärkeren staatlichen Druck auch automatisch größere Anstrengungen
 117 und Leistungen zeige. So wirksam die Triebfedern des „Fördern und Forderns“ in der Realität sind, so wenig
 118 spiegeln sie ein positives und vollständiges sozialdemokratisches Menschenbild wider. Stattdessen überbeton-
 119 nen sie die Notwendigkeit, Menschen antreiben zu müssen.

120 In der Tradition der demokratischen Arbeiter*innenbewegung muss es der SPD immer um Fortschritt sowie
 121 freie und gleiche Menschen gehen. Gesellschaftlich heißt das: Alle so, wie sie können; für jede*n so viel, wie
 122 sie*er braucht. Ebenso muss klar sein: *Fortschritt* gibt es nur durch Arbeit, also die schöpferische Kraft des
 123 Menschen zur Veränderung der Welt zum Besseren, zum Beispiel durch die allgegenwärtige Verwendung von
 124 Maschinen. Menschliche (primär erwerbsorientiert organisierte) Arbeit ermöglicht nicht nur gesellschaftliches
 125 Vorankommen und einen Lebensunterhalt, sondern bietet den Menschen eine durch nichts zu ersetzende Er-
 126 füllung: Aus selbstverdientem Lebensunterhalt resultiert eine eigene Selbstachtung und ein positives Selbst-
 127 wertgefühl. Damit ist das eigene Schaffen der Dreh- und Angelpunkt für gesellschaftliche Anerkennung und
 128 Teilhabe. Sie ist unerlässlich für die Herausbildung einer selbstbewussten Persönlichkeit. Arbeit gibt Menschen
 129 Ordnung, Halt und Stabilität. Sie trägt zu einem geistigen und körperlichen Wohlbefinden bei. Umkehrt för-
 130 dert Arbeitslosigkeit gesellschaftliche Ausgrenzung und macht Menschen krank. Damit ist Arbeit nicht nur Ort,
 131 sondern auch Schlüssel gesellschaftlicher Teilhabe. Hinzu kommt: *Mehr Gleichheit und Freiheit* hat es unter den
 132 Bedingungen des Kapitalismus[5] vor allem dann gegeben, wenn die Menschen ihre (Gegen-)Macht im Arbeits-
 133 leben und der Demokratie solidarisch eingesetzt haben, um ihre Arbeitsbedingungen und deren sozialstaatli-
 134 che Absicherung zu verbessern, ihre Löhne und Teilhabe am Arbeitsplatz zu erhöhen und die Arbeitszeiten zu
 135 reduzieren.

136 Wenn die SPD heute erfolgreich sein will, wird es auch jetzt darauf ankommen, neue Fortschrittsversprechen
 137 für alle an bessere Arbeit zu knüpfen, die mit einem Mehr an Teilhabe verbunden sein muss. Ohne eine (immer
 138 zeitgemäß aktualisierte) Lösung dieser Art fehlt der SPD ihre (reformistische) Existenzgrundlage.

139 **Vorsorgender Sozialstaat als Antwort auf Globalisierung und Digitalisierung**

140 Ein real bestehendes Problem, das die New Labour/Agenda-Politik richtigerweise adressierte, war der *Schritt*
 141 *vom versorgenden zum vorsorgenden Sozialstaat*. Alleine deshalb, weil durch nie gekannte globale Verflechtun-
 142 gen (Globalisierung) und immer digitaleres Arbeiten (Digitalisierung) die Veränderungsgeschwindigkeit im Ar-
 143 beitsleben enorm zugenommen hat, reicht es nicht mehr, alleine die Versorgung derjenigen, die der Solidarität
 144 bedürfen, einzuplanen. Vielmehr muss es präventiv durch beste Bildung, eine Ausweitung der betrieblichen
 145 Weiterbildung uvm. darum gehen, den Weg der Veränderung laufend und vorsorgend mit den betroffenen
 146 Menschen zu gestalten.

147 Um die Veränderungsbereitschaft der Menschen abzusichern, braucht es einen Ausbau der kollektiven Absi-
148 cherung durch die Arbeitslosenversicherung, die zu einer Arbeitsversicherung ausgebaut werden muss. In die-
149 ser sollte der Zeitraum, in dem Anwartschaftszeiten auf Arbeitslosengeld I gesammelt werden können, wieder
150 von zwei auf drei Jahre verlängert werden (Rahmenfrist). Die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen darf
151 die Rest-Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld I nicht verkürzen. Für Ältere ab 50 Jahren muss die Bezugsdau-
152 er des Arbeitslosengeldes I um bis zu sechs Monate verlängert werden. Alleinstehende Bezieher*innen von
153 Arbeitslosengeld I, die ergänzend Grundsicherung zur Aufstockung beziehen, sollten alle Leistungen aus einer
154 Hand von den Arbeitsagenturen erhalten.

155 **Qualifizierung zur Stärkung der Beschäftigten, nicht zur besseren Verwertbarkeit**

156 In der Korrektur und Erweiterung der „Hartz“-Gesetze braucht es jetzt schnellstmöglich einen Umbau der Agen-
157 tur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung, die präventiv im Betrieb berät; zudem einen
158 Rechtsanspruch auf Weiterbildung; ein für Qualifizierung frei verfügbares Chancenkonto; eine Stärkung des
159 Bildungsurlaubs; den Ausbau des Arbeitslosengeldes I zu einem „Arbeitslosengeld für Qualifizierung“, wie es
160 die SPD schon im Wahlkampf gefordert hat.

161 Aus sozialdemokratischer Sicht ist dabei entscheidend, dass es immer um bessere Arbeit, größere Entfaltungs-
162 möglichkeiten und mehr Selbstbestimmung für die Menschen geht – und nie um eine bloße Steigerung des
163 „Humankapitals“ im kapitalistischen Verwertungsbetrieb.

164 **Gute Arbeit statt Grundsicherungszuschuss durch die Stärkung von Tarifverträgen und Gewerkschaf-** 165 **ten**

166 Weil der Weg zu Fortschritt und gleichen Menschen über Arbeit führt, muss immer die positive und inklusive
167 Gestaltung dieser Arbeit im Mittelpunkt stehen. Erwerbsarbeit, die möglichst sinnstiftend gestaltet ist, tariflich
168 bezahlt wird, nicht krank macht, Zugang zu Weiterbildung bietet und familienfreundlich ist, erfüllt Menschen,
169 verschafft ihnen Würde, Anerkennung und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Und dank der Absicherung der
170 Sozialsysteme bietet solche Arbeit die beste Absicherung vor individuellen Lebensrisiken und z.B. Altersar-
171 mut.

172 Unter Druck gerät dieses System guter Arbeit vor allem durch aktuell um sich greifende prekäre Arbeitsver-
173 hältnisse (unnötige Befristungen, Scheinselbstständigkeit/Werkverträge, schlechter bezahlte und unsichere
174 Leiharbeit) und die unsägliche Tariffucht vieler Unternehmen. Durch diese Verwerfungen ist das Erfolgs-
175 modell der Tarifautonomie[6] arg angeschlagen. Von sozialdemokratischer Seite bedarf es daher aller möglichen
176 Anstrengungen, um Gewerkschaften und die Tarifbindung wieder zu stärken. Dafür braucht es die rechtli-
177 che Aufwertung von Tarifverträgen, die Einführung von Sonderstaatsanwaltschaften für Vergehen gegen die
178 betriebliche Mitbestimmung und arbeitsrechtliche Verstöße und die Ausweitung der Mitbestimmung im Be-
179 triebsverfassungsgesetz (z.B. bei Fragen von neuen Technologien, Leiharbeit, Werkverträgen und Crowdwor-
180 king).

181 Auch mit weiteren Maßnahmen müssen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt werden. Da-
182 zu gehört auch die weitere Anhebung des Mindestlohns auf ein tatsächlich existenzsicherndes Niveau.

183 **Vorrang für Investitionen statt schwarzer Nullen: Der Staat schafft den Markt**

184 Gute Arbeit für alle heißt auch, dass der Staat die Voraussetzungen für eine gute Wirtschaft schaffen muss.
185 Durch Instrumente wie Schuldenbremsen und die Erklärung einer „schwarzen Null“ als politisches Ziel wird
186 die Handlungsfähigkeit des Staates massiv eingeschränkt.

187 Um einen guten Arbeitsmarkt zu schaffen, muss der Staat stärker in Infrastruktur, Innovation und Bildung
188 investieren. Hilfreich wäre etwa eine festgelegte positive Investitionsquote von 3,0 Prozent des Bruttoinlands-
189 produkts in die Infrastruktur.

190 **Vorrang für Berufsausbildung: Aus „Unversorgten“ dürfen keine Abgehängten werden!**

191 In der allgemeinen Diskussion um derzeitigen und zukünftigen Fachkräftemangel wird die Hauptursache hier-
192 für häufig unerwähnt gelassen: Alleine in NRW wird jährlich eine Kleinstadt junger Menschen in die (tempo-
193 räre) Perspektivlosigkeit entlassen, weil sich mehr als 20.000 zwar um eine Ausbildungsstelle bemühen, aber
194 keine finden. Gerade in dem für die Fachkräfte-Ausbildung zu Recht oft gelobten dualen Ausbildungssystem

195 mangelt es an Ausbildungsstellen. Nur selten stehen für einen Auszubildenden die 1,2 Ausbildungsstellen zur
196 Verfügung, die rein statistisch erst ein auswahlfähiges Angebot kennzeichnen.

197 Die Folge dieses skandalösen Defizits ist, dass sich selbst in wirtschaftlich starken Landkreisen Tausende unver-
198 sorgte junge Menschen im Alter zwischen 25 und 35 angesammelt haben, die bisher keine Ausbildung absol-
199 viert haben und sich mit Grundsicherung oder Gelegenheits(neben)jobs über Wasser halten. Dieser Zustand
200 ist absolut nicht hinnehmbar und erfordert schnelle Lösungen – nicht nur vor dem Hintergrund des demografi-
201 schen Wandels und realen Fachkräftebedarfs, sondern alleine moralisch! Die Zeit von unwirksamen freiwilligen
202 Selbstverpflichtungen der Wirtschaft (Stichwort „Ausbildungskonsens“) muss vorbei sein. Es braucht endlich
203 effektivere Maßnahmen, um Unternehmen und Verwaltungen dazu zu verpflichten, mehr Ausbildungsstellen
204 zu schaffen. Wir fordern hier eine regional flexible Ausbildungsplatzumlage, die mehr ausbildende Betriebe
205 entlastet und nicht oder zu wenig ausbildende Unternehmen belastet.

206 Zur Wahrheit gehört, dass auch heute schon freibleibende Ausbildungsstellen gibt. Damit diese Stellen zu-
207 künftig besetzt werden können, müssen sie attraktiver und für junge Menschen zugänglicher werden. Hierzu
208 bedarf es besserer Ausbildungsvergütungen (durch höhere Tarifbindung) sowie der schnellen Umsetzung ei-
209 ner existenzsichernden Mindestausbildungsvergütung. Hinzukommen müssen regional angepasste Maßnah-
210 menpakete, die u.a. die Mobilität für Auszubildende (durch besseren ÖPNV und landesweite sowie preisgüns-
211 tige Azubi-Tickets) verbessern sowie neue temporäre Wohnlösungen z.B. in attraktiven Azubi-Wohnheimen
212 ermöglichen.

213 Klar ist: Eine hochwertige Berufsausbildung für alle jungen Menschen muss Vorrang haben und bedarf eines
214 höheren finanziellen Einsatzes der Unternehmen, der öffentlichen Hand und der Arbeits(losen)versicherung.
215 Finanziell muss eine Berufsausbildung für alle attraktiver sein als Grundsicherung oder Gelegenheitsjobs. Im
216 Bedarfsfall müssen wirksame Prämien (für Zwischen- und Abschlussprüfungen) ausgerufen und andere Hilfen
217 eingesetzt werden. Denn wer unversorgt bleibt, droht von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwick-
218 lung dauerhaft abgehängt zu werden.

219 **Anhebung der Grundsicherung und Änderung der Zumutbarkeitsregelungen – Abschaffung von Sank-** 220 **tionen**

221 Der Kampf gegen Armut erfordert ein angemessenes Grundsicherungsniveau, das bedarfsgerecht und ar-
222 mutsfest ist. Menschen, die aktuell gar nicht oder so mangelhaft ins Erwerbsleben eingebunden sind, dass sie
223 Grundsicherung oder eine Aufstockung zum Grundsicherungsniveau bekommen, dürfen weder gesellschaft-
224 lich noch finanziell an den Rand gedrängt werden. Deshalb fordern wir, das bisherige „Hartz IV“-System zu
225 überwinden, indem auf Basis einer Sachverständigenkommission eine armutsfeste und bedarfsdeckende Er-
226 höhung und Neubemessungsgrundlage der Grundsicherung erarbeitet wird, die anschließend in politische
227 Reformen gegossen werden muss. In diesem Rahmen ist auch zu klären, dass Sanktionen, die das festgelegte
228 Existenzminimum einschränken, nicht mehr zulässig sind. Bei den Zumutbarkeitsregelungen muss zudem ge-
229 klärt werden, dass diese einem Leitbild gesellschaftlich wünschenswerter Arbeit angepasst werden. Es muss
230 zukünftig verhindert werden, dass die gesellschaftliche Grundsicherung zum Einfallstor für prekäre Beschäf-
231 tigung wird. Darüber hinaus möchten wir dem Bild des sanktionierenden Sozialstaats das des belohnenden
232 Sozialstaats entgegensetzen, wo Arbeitslosigkeit nicht gesellschaftliche Teilhabelosigkeit bedeutet. Wir for-
233 dern daher, dass Leistung und Engagement nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch in der Erwerbslosigkeit
234 belohnt werden. Das heißt für uns beispielsweise, ehrenamtliches Engagement, besondere Leistungen wie
235 außerordentliche Bemühungen bei der Arbeitsplatzsuche oder sonstige Einbringungen in die Gesellschaft fi-
236 nanziell und/oder mit anderen Förderungen zu entlohnen.

237 **Einführung einer bedarfsgerechten und einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung**

238 Weil die Kinderarmut seit Jahren wächst, aktuell schon jedes fünfte Kind als arm gilt und sich bisherige Kin-
239 derförderung vor allem an Familien mit mittleren und höheren Einkommen richtet, fordern wir die Einfüh-
240 rung einer bedarfsgerechten und einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung. Diese würde keine Kin-
241 der schlechter stellen, aber Kindern in Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung enorm helfen. Um dies
242 umzusetzen, braucht es eine umfassende Reform des bisherigen Fördersystems aus Kindergeld, Kinderfrei-
243 beträgen und Regelbedarfen der Grundsicherung. Die Höhe der Kindergrundsicherung muss politisch so be-
244 messen werden, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss.

245 Um allen Kindern gleichere Lebenschancen zu bieten, müssen begleitend zur Einführung der Kindergrundsicherung

246 cherung die Bildungsinvestitionen in Ganztagsbetreuung, frühkindliches Lernen und bessere Bildungs- und
247 Förderangebote weiter ausgebaut werden.

248 **Verbesserung der Arbeitsvermittlung und Abschaffung der Jobcenter**

249 Die Arbeitsvermittlung sollte dadurch verbessert werden, dass die hinderliche Doppelstruktur mit den Jobcen-
250 tern sozialrechtlich abgeschafft wird. Die Bundesagentur für Arbeit sollte „Arbeitsvermittlung aus einer Hand“
251 für alle anbieten. Dafür muss sie in ihren Kompetenzen gestärkt werden, um von der Breite der Menschen als eine
252 helfende Behörde wahrgenommen zu werden. Dabei gilt es für uns durch wissenschaftliche Studien zu klä-
253 ren, warum es aktuell zu so vielen abgesagten Terminen beim Jobcenter kommt – und wie sich dies verhindern
254 lässt.

255 Die Beratungs- und Qualifizierungsangebote der Arbeitsagentur müssen besser und passgenauer werden.
256 Nicht hinnehmbar ist es, dass aktuell der größte Teil der Eingliederungshilfen für Bezieher*innen der Grundsich-
257 erung für Verwaltungskosten aufgewendet werden muss. Hier braucht es eine bedarfsgerechte, dynamische
258 Anpassung der zur Verfügung stehenden Mittel. Wenn sich für Arbeitssuchende in einer längeren Zeitspanne
259 keine geeignete Beschäftigungsmöglichkeit bietet, braucht es folgender, besserer Anschlussangebote.

260 **Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes: Aktiv-Passiv-Transfer & solidarisches Grundeinkommen, da-** 261 **mit niemand durchs Raster fällt**

262 Die Sozialdemokratie muss sich zum Ziel setzen, würdevolle Teilhabe durch Arbeit auch für diejenigen zu schaf-
263 fen, die alleine keinen Anschluss im Arbeitsleben finden können. Statt Menschen voreilig als arbeitsunfähig zu
264 behandeln, fordern wir einen Ausbau effektiver Programme zur Arbeitsmarktintegration – gerade für die bis
265 zu 300.000 Langzeitarbeitslosen, an denen auch neue Einstiegsmöglichkeiten durch konjunkturbedingten Job-
266 boom leider vorbeigehen – aufgrund des Fehlens einer Berufsausbildung sowie gesundheitlicher Einschrän-
267 kungen oder einem höheren Lebensalter (über 50).

268 Für Menschen, die nach einer (auch längeren) Einarbeitungs- bzw. Qualifikationsphase wieder in den regulä-
269 ren Arbeitsmarkt integriert werden können, sollte der Passiv-Aktiv-Transfer in einem festen Zeitrahmen für
270 die aktuell noch zuständigen Jobcenter ermöglicht werden: Dafür müssen gemeinsam mit Arbeitgeber*innen
271 Arbeitsstellen geschaffen werden, für die anfangs die Versorgungskosten der Grundversorgung vollständig als
272 Gehaltszuschuss gezahlt werden. Dieser Zuschuss muss auf der Stelle jedoch auslaufen mit dem glaubhaften
273 Ziel, Menschen in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu überführen. Im Bundeshaushalt sollte ein regu-
274 lärer Haushaltstitel für Aktiv-Passiv-Transfer gebildet werden, um einen Überblick über Einsparungen für die
275 Zukunft und temporäre Mehrausgaben zu bekommen.

276 Für Menschen, die aufgrund von Erkrankungen, Beeinträchtigungen o.ä. nicht kurz- oder mittelfristig auf dem
277 regulären Arbeitsmarkt Anschluss finden können, braucht es die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarkts.
278 Auf diesem sollte ein solidarisches Grundeinkommen gezahlt werden, das tarifvertraglich ausgehandelt und
279 sozialversicherungspflichtig ist (zudem auch für Familien/Bedarfsgemeinschaften deutlich über Grundsiche-
280 rungsniveau). Hierfür sind zusätzliche, langfristig ausgerichtete, arbeitsmarktnahe und sinnstiftende Stellen
281 einzurichten, die gemeinnützige Ziele verfolgen und nicht mit Leistungen in Konkurrenz stehen, die bisher
282 privatwirtschaftlich erbracht werden. Folgende Felder bieten sich hier besonders an, in denen sich z.T. trotz-
283 dem eine anteilige Kostendeckung erwirtschaften lässt: Öffentlicher Concierge-Services für Wohnsiedlungen,
284 Wäsche-Hol-und-Bring-Dienste, haushaltsnahe Dienstleistungen wie Einkaufshilfen für Ältere und Menschen
285 mit Behinderungen, andere soziale Zusatzangebote für die Alten-, Pflege- und Jugendarbeit, Zusatzangebote
286 für Schulen und (Sport-)Vereine, die Mitarbeit im Quartiersmanagement, die Betreuung von Arbeitsgemein-
287 schaften oder andere Bürger*innenarbeit, die ehrenamtlich schwer zu leisten ist (z.B. Hilfe in Kirchenarchiven
288 und -bibliotheken oder zusätzliche kulturelle Angebote).

289 Für die Akzeptanz dieses neuen sozialen Arbeitsmarktes ist entscheidend, dass die Tarifparteien sowie andere
290 Akteur*innen (z.B. Wohlfahrtsverbände und IHKen) in regionalen Beiräten über die richtigen Einsatzfelder der
291 öffentlich geförderten Beschäftigung entscheiden. Familien ohne Erwerbseinkommen sollten bei der Vergabe
292 der Stellen bevorzugt behandelt werden, weil hier das Armutsrisiko am höchsten ist.

293 [1] Hier sind in chronologischer Reihenfolge folgende Ereignisse zu nennen, die alle aus unterschiedlichen Macht-
294 und Regierungskonstellationen der Sozialdemokratie resultierten: Kriegskredite/Burgfriedenpolitik im Ers-
295 ten Weltkrieg, Noskes Paktieren mit Reichswehr gegen Liebknecht und Luxemburg, zu viel rechtstaatliche
296 Zurückhaltung gegenüber den Nazis und Rechten in der Weimarer Republik, Abwendung vom Profil der

- 297 historisch-marxistischen Arbeiterpartei in zum pluraleren Volkspartei-Konzept, erste Große Koalition und Not-
298 standsgesetze, Berufsverbote im öffentlichen Dienst – um die Wesentlichen zu nennen.
- 299 [2] „Neue Mitte“ ist ein eigentlich aus der Brandt-Zeit stammender SPD-Slogan, der aber zur deutschen Catch-
300 phrase vom „New Labour“ wurde.
- 301 [3] „[A]b Ende der 1990er Jahre [war] ein anderer Gegner auf der politischen Agenda erschienen: der homo
302 oeconomicus des Neoliberalismus. Dessen Hegemonie entfaltete sich zu einer Zeit, als die rot-grüne Koalition
303 1998 die Regierungsverantwortung übernommen hatte. Ihre angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die ihr zu-
304 zuordnende Steuergesetzgebung und Reformen des Arbeitsmarktes zeigen unübersehbar Einflüsse des neo-
305 liberalen Menschenbildes.“ (Grebing, Helga/Saage, Richard, 2013: Sozialdemokratie und Menschenbild. URL:
306 <http://www.bpb.de/apuz/166642/sozialdemokratie-und-menschenbild>, abgerufen am 3.5.2018)
- 307 [4] Wie die Figur des Homo Oeconomicus nahelegt, will der Mensch seinen eigenen Nutzen maximieren und
308 setzt sich dafür automatisch in Konkurrenz zu anderen Menschen.
- 309 [5] In dem die allermeisten Menschen nach Marx ‚doppelt frei‘ sind (von feudaler Knechtschaft und dem Besitz
310 der Produktionsmitteln) und ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.
- 311 [6] Die Tarifaautonomie bezeichnet den verfassungsmäßig geschützten Sachverhalt, dass es der Staat Unter-
312 nehmen und Gewerkschaften überlässt, die Entgelt- und z.B. Arbeitszeitfragen in einem gesetzlich regulierten
313 Arbeitskampf selbstständig zu regeln.

U Umwelt- und Klimapolitik

U Umwelt- und Klimapolitik

U1	Umweltfreundlich vorangehen: Für einen nachhaltigen öffentlichen Dienst	81
----	---	----

U1

Umweltfreundlich vorangehen: Für einen nachhaltigen öffentlichen Dienst

- 1 Der Umweltschutz ist eine große Komponente der nationalen und internationalen Politik. Damit aber nicht
2 nur Lippenbekenntnisse zum Thema Natur- und Umweltschutz den Weg in die Öffentlichkeit finden, müssen
3 konkrete Ansätze her. Es ist wichtig, dass wir in Deutschland international Vorreiter in der Klimaschutzpoli-
4 tik bleiben und nach der beschlossenen Energiewende nun auch der uns bevorstehenden Mobilitätswende
5 konstruktiv gegenüberstehen.
- 6 Um international ein Vorbild zu sein und auch national den Kauf von nachhaltigen Fahrzeugen zu fördern,
7 fordern wir:
- 8 Eine gesetzlich festzuschreibende Quote von 50% für mit nachhaltigen Antrieben ausgestattete Personenkraft-
9 wagen und Kleintransporter bis 3,8 Tonnen bei Neuanschaffungen in allen öffentlichen Fuhrparks von Bund,
10 Ländern, Kreisen und Kommunen von 2028 an.
- 11 Von dieser Regelung kann abgewichen werden, wenn betriebliche oder dienstliche Voraussetzungen der Quo-
12 tierung entgegen stehen, also etwa bei Einsatzfahrzeugen von Polizei, Rettungsdiensten und ähnlichen Behör-
13 den.
- 14 Zur Finanzierung dieses Projekts sollen Bund und Länder ein Infrastrukturpaket zur Mobilität der Zukunft
15 verabschieden, damit Kommunen und Kreise nicht zu stark durch Neuanschaffungen belastet werden. Es gilt
16 aber vor allem, Leasingverträge nach ihrem Ablauf nicht mit fossil betriebenen Autos zu erneuern – sondern
17 mit Elektroautos.
- 18 Die Verbreitung von Elektroautos im öffentlichen Dienst würde zu einem erhöhten Aufkommen an Ladesäu-
19 len führen, was wiederum Kaufanreize für Privatpersonen schafft. So kann die Quote von Elektroautos im
20 Straßenverkehr erhöht werden.

W Wirtschafts- und Steuerpolitik

W Wirtschafts- und Steuerpolitik

W1	Deutsche Steueroasen trockenlegen	83
W2	Einführung einer strengeren Regulierung von Nahrungsmittel-spekulationen	85

W1

Deutsche Steueroasen trockenlegen

1 Steuerhinterziehung

2 2014 wurde Ulrich „Uli“ Hoeneß, Präsident des FC Bayern München, rechtskräftig wegen Steuerhinterziehung
3 verurteilt. Bekannt wurde, dass er zwischen 2003 und 2009 ca. 30 Millionen Euro am Fiskus vorbeigeschleust
4 hatte. Die tatsächliche Summe könnte noch viel höher liegen, da die Staatsanwaltschaft irgendwann aus Op-
5 portunitätsgründen die Ermittlungen nicht weiter fortführte, da bereits genug belastendes Material vorlag.
6 Geholfen wurde Hoeneß dabei von einer Schweizer Bank. Und so entzündete sich (wieder einmal) eine öffent-
7 liche Debatte, dass die Politik nun endlich einmal gegen die Steueroase Schweiz vorgehen müsse.

8 Wenig später, im Jahr 2016, wurde ein Sachverhalt öffentlich, der von vielen zwar bereits vermutet wurde, des-
9 sen tatsächliches Ausmaß dann aber trotzdem alle schockierte: Die Panama Papers zeigten u.a. auf, wie Un-
10 ternehmen und reiche Einzelpersonen systematisch Steuern hinterzogen hatten. Mittels Briefkasten-Firmen
11 und anderen Konstrukten wurde Geld vor dem Fiskus versteckt. Ermöglicht hatten dies die unterschiedlichen
12 Steuergesetzgebungen der verschiedenen Staaten. Es ging also wieder einmal um Steueroasen.

13 Auch wenn die öffentliche Entrüstung über diesen Skandal sehr groß war und eine intensive Debatte über
14 Steuermoral auslöste, wurden nicht die richtigen Fragen gestellt. Denn inzwischen wird zwar härter gegen
15 die internationale Steuerhinterziehung von Einzelpersonen vorgegangen und z.B. in der Kooperation mit der
16 Schweiz sind Verbesserungen erzielt worden, eine wichtige Ebene wird aber noch außen vor gelassen: Die
17 Deutsche Steueroasen sollten ebenfalls im Fokus der öffentlichen Debatte stehen.

18 Was sagt die Bundesregierung zu Steueroasen?

19 Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union von 2018 heißt es auf Seite 8:

20 „Unternehmen dürfen sich künftig nicht mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen können, in-
21 dem sie die Staaten der EU gegeneinander ausspielen. Steuerdumping muss unterbunden werden.“ und weiter
22 „Wir unterstützen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unter-
23 nehmensteuern.“

24 Zwei Dinge sind daran bemerkenswert: Zum einen, dass die SPD diesen progressiven Punkt gegen die Union
25 in den ansonsten nicht besonders fortschrittlichen Koalitionsvertrag rein verhandeln konnte. Zum anderen,
26 dass das Thema Steuerdumping – so wie sonst auch in der Öffentlichkeit – ausschließlich im Zusammenhang
27 mit anderen Staaten, also mit internationaler Politik besprochen wird. Dabei ist der Blick ins Ausland gar nicht
28 nötig, um Steueroasen zu entdecken.

29 Deutsche Steueroasen

30 Gerade einmal 20 Kilometer von der Landeshauptstadt NRWs entfernt liegt die Gemeinde Monheim am Rhein.
31 Die kleine Kommune mit ca. 40 000 Einwohner*innen im Kreis Mettmann ist wegen ihrer Steuerpolitik immer
32 wieder Gegenstand journalistischer Berichterstattung. Im Jahr 2012 senkte der Stadtrat den Gewerbesteuer-
33 Hebesatz (welcher die kommunale Höhe der Gewerbesteuer definiert) von 435 auf 300 Punkte. In den Folge-
34 jahren schlossen sich weitere Senkungen an, sodass er heute bei 250 Punkten steht. Ein Negativ-Rekord in
35 NRW, der Landesschnitt liegt bei ca. 446 Punkten.

36 Dies hatte sehr rasch Auswirkungen, die sich nicht nur auf Monheim beschränkten, sondern auch auf etliche
37 andere Gemeinden, welche an dieser Entscheidung weder beteiligt waren noch sie unterstützten. Unterneh-
38 men, die bis dato in anderen Kommunen ansässig waren, zogen nun ganz oder teilweise in das neu geschaf-
39 fene Steuerparadies. Als die Bayer AG ihre Patentabteilung ausgliederte und nach Monheim verlagerte, hatte
40 dies zur Folge, dass der Stadt Leverkusen so ca. 30 Millionen Euro entzogen wurden. Dies ist einer der größten
41 und prominentesten Fälle; jedoch hat sich diese „Steuervermeidung“ in vielen weiteren Fällen wiederholt. Das
42 Umland wurde zugunsten einer einzigen, winzigen Kommune ausgeblutet.

43 Dabei handelt es sich keineswegs um ein Problem, das auf NRW begrenzt ist. Erst dieses Jahr verlegte Haribo
44 seine Konzernzentrale von Bonn in das 18 Kilometer entfernte Grafschaft im Kreis Ahrweiler, direkt hinter der
45 Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz. Die Unternehmensführung hält sich sowohl bei der Summe bedeckt, die da-
46 durch an Steuern gespart wird als auch zu der Frage, ob der Firmenname nun in Harigra geändert wird.

47 30 Kilometer östlich von München unterhalten sieben Fonds-Gesellschaften im Ebersberger Forst ihren Un-
48 ternehmenssitz, der nur aus einem einzigen Briefkasten besteht. Das Erfolgsgeheimnis: Der Gewerbesteuer-
49 Hebesatz liegt dort bei 200 Punkten, in der bayerischen Landeshauptstadt sind es 490.

50 **Kommunales Steuerdumping verhindern**

51 Dieses Steuerdumping muss beendet werden. Was auf internationaler Ebene gilt, muss auch auf kommunaler
52 gelten: Unternehmen dürfen sich nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen. Ebenfalls muss das
53 umgekehrt werden, was durch die aktuellen Regelungen ermöglicht wurde. Das Gesamtsteueraufkommen,
54 welches durch die Gewerbesteuer generiert wird, muss angehoben werden. Der Landes- und Bundesschnitt
55 muss steigen, um damit die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten zu können. Denn dazu sind viele Kom-
56 munen aufgrund struktureller Unterfinanzierung und belastender Altschulden aktuell nicht vollumfänglich im
57 Stande. Eben diesen Kommunen kann durch das Trockenlegen der Steueroasen geholfen, deren Haushalte
58 entlastet und ihren Einwohner*innen eine lebenswertere Stadt ermöglicht werden.

59 **Deutsche Steueroasen trockenlegen**

60 Unser Ziel ist eine Harmonisierung der Gewerbesteuer-Hebesätze. Zur Erreichung dessen ist ein Mindesthe-
61 besatz geeignet. Dieser muss so gesetzt werden, dass er den Landes- und Bundesschnitt effektiv anhebt. Zur
62 Realisierung dessen sollte eine angemessene Karenzzeit gewählt werden. Die Kommunen, welche auf einen
63 absehbaren Zeitraum von den Änderungen betroffen sein werden, benötigen eine Übergangszeit, in welcher
64 sie ihren Haushalt umstellen können. Denkbar wäre auch eine stufenweise Anhebung eines Mindesthebe-
65 satzes. Da es sich um ein bundesweites Problem handelt, wäre ein bundesweit koordiniertes Vorgehen am
66 sinnvollsten. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Föderalismus und angesichts der aktuellen politischen Kon-
67 stellationen in den einzelnen Bundesländern, kann dies jedoch keine Bedingung sein. Deutsche Steueroasen
68 müssen trockengelegt werden!

W2

Einführung einer strengeren Regulierung von Nahrungsmittelspekulationen

1 Die Landeskonferenz beschließt, dass den deutschen Firmen und Investoren der Kauf von Futures (Wertpa-
2 pieren zu Nahrungsmitteln) zu rein spekulativen Zwecken untersagt wird.

3 **Begründung:**

4 Wenn wir diese unmoralische Art zu Wirtschaften, welche auf Kosten von vielen bloß wenigen Großinvestoren
5 nützt nicht untersagen, dann dürfen wir uns nicht wundern wenn sich 2015 in biblischem Ausmaß wieder-
6 holt.

7 Seit 2008 erlebt der Nahrungsmittelindex ungewohnte Spitzenwerte. Verantwortlich gemacht werden da-
8 bei:

- 9 • Das kontinuierliche Wachstum der Bevölkerung
- 10 • Die Vernachlässigung der Agrarwirtschaft seitens der Regierungen
- 11 • Der Verfall des Dollarkurses (seit 2008)
- 12 • Ernteaufschläge durch Naturkatastrophen in Erzeugerländern
- 13 • Schlechte Saat- und Düngemittel
- 14 • Der Verlust von Nutzfläche für Lebensmittel zugunsten von Biogas-Treibstoffen
- 15 • Exportbeschränkungen in Produktionsländern

16 Doch die extremen Spitzen lassen sich allein durch die genannten Faktoren nicht erklären. Sie beruhen
17 vermutlich viel eher auf Lebensmittelspekulationen der Banken und privaten Investoren an den Rohstoff-
18 Terminbörsen. Lebensmittelspekulationen sind Futures, die von Banken an einem Terminmarkt geschlossen
19 werden. Also Verträge, in denen Käufer und Verkäufer über Ernten in der Zukunft planen. Der Bauer bietet
20 im Regelfall seine zukünftige Ware an der Börse zum Verkauf an. Zwischen Bauern und Abnehmer fungiert ein
21 Hedger. Er erleichtert den beiden Parteien den Zugang zur Börse und tritt als Sicherheitsinstanz auf, dass der
22 Vertrag ordnungsgemäß erfüllt wird. Dafür darf er eine Gebühr verlangen.

23 Der dadurch festgelegte Preis liegt leicht unter dem aktuellen Börsenwert. Das bringt Planungs- und Verkaufs-
24 sicherheit für den Bauern und gleichzeitig einen kleinen Gewinn für den Abnehmer, der die Ware auf diese Weise
25 etwas günstiger erwerben konnte. Prinzipiell sind Lebensmittelfutures also wirtschaftlich sinnvoll.

26 Dieses System funktioniert jedoch nur, solange sich die Anzahl der Abnehmer in einem Gleichgewicht mit dem
27 tatsächlichen Angebot befindet, und die Abnehmer auch tatsächlich an einem wirklichen Kauf des Rohstoffs
28 interessiert sind. Denn Banken und Versicherungen haben den Wert von Lebensmittelfutures erkannt und zu
29 Spekulationszwecken missbraucht.

30 Diese Spekulationen laufen wie folgt ab...

31 Diese Spekulationen führen also zu einer immensen Preissteigerung und erzeugen zusätzlich eine gefährliche
32 Blase. Denn mit steigenden Akteuren nehmen entsprechend die Preise zu. Die Bauern werden durch die ver-
33 meintlich hohen Preise dazu angeregt, ihre Waren einzulagern, wodurch das Angebot weiter verknappt und
34 die Preise weiter nach oben getrieben werden.

35 Seit dem Einbruch des Immobilienmarktes 2008 und der Internetblase suchten Investoren nach einem neu-
36 en und sicheren Sektor für Anlagen und Aktien. Lebensmittelfutures boten dabei eine ideale Möglichkeit für
37 Großinvestoren. Zum einen weil die Preise für Nahrungsmittel durch die wachsende Weltbevölkerung und die

38 stetige Nachfrage stabil bleiben werden bzw. langfristig sogar steigen können, zum anderen da sie als Fonds
39 aus mehreren Rohstoffkomponenten zusammengestellt sogar gegen Ernteaussfälle abgesichert sind.

40 Besonders die Deutsche Bank geriet heftig in die Kritik, durch das Kaufen und Halten von Indexfonds am
41 Rohstoff-Terminmarkt im Wert von 6,7 Milliarden Euro, großer Mitbeteiligter an der weltweiten Hungerkrise
42 gewesen zu sein – und bis heute nichts dagegen unternommen zu haben. Sie gehört zusammen mit Goldman-
43 Sachs, welche gut 5 Milliarden durch Lebensmittelspekulation einnahm zu den Hauptakteuren.

44 Aber auch die Allianz hat mit Nahrungsmittelfonds im Wert von rund 3.8 Milliarden \$ gehandelt

45 Anders die Commerzbank, die Deka- Fonds-Gesellschaft der Sparkassen und die Zentralbank der Volks- und
46 Raiffeisenbanken, die sich nach Veröffentlichung der Studie von foodwatch komplett aus dem unmoralischem
47 Agrargeschäft verabschiedet haben.

48 Die Konsequenz:

49 805 Millionen Menschen auf der Welt haben nicht genug zu essen. UN-Ziel war, die Zahl der Hungernden bis
50 2015 zu halbieren. (Quelle: State of Food Insecurity in the World, FAO 2014)

51 • Laut FAO werden seit 2010 98 Prozent der Lebensmittelfutures nur aus Spekulationsgründen gekauft.

52 • Grundnahrungsmittel wurden im Durchschnitt 70 Prozent teurer. Für die Bewohner von Industrielän-
53 dern bedeutete das eine Mehrausgabe von 10 Prozent des Einkommens für Lebensmittel. Für die be-
54 reits arme Unterschicht aus Entwicklungsländern, die davor bereits gut dreiviertel ihres Einkommens
55 für Essen ausgeben mussten, ist das ein Anstieg um 50 Prozent – und damit ein für sie unbezahlbarer
56 Preis.

57 Vor allem in den Jahren 2008 und 2011 kam es weltweit zu massiven Preisspitzen bei Grundnahrungsmitteln
58 – verursacht unter anderem durch exzessive Lebensmittelspekulationen an der Börse.

59 Am Weizenmarkt wurden schlussendlich 4,96 Milliarden Tonnen Weizen gehandelt, von denen nur 195 Millio-
60 nen Tonnen wirklich vorhanden waren – insgesamt also 24-mal so viel wie erzeugt. Der Dow Jones 600 Food
61 & Beverage, der als Branchenindex für Aktien europäischer Firmen die in Lebensmittel investieren gilt, stieg
62 in den letzten Jahren eindeutig stark an. Die weltweite Produktion von Rohstoffen hingegen kaum. Strecken-
63 weise ist sie sogar gesunken. Besonders seit dem Jahr 2012 ist der Verkauf der Futures nochmal weiter stark
64 gewachsen. Aktuell hat er ein Rekordhoch erreicht.

65 Daher fordern wir Jusos des UB-Borken, dass den deutschen Firmen und Investoren

66 der Kauf von jenen Futures zu rein spekulativen Zwecken untersagt wird. Wenn wir diese unmoralische Art zu
67 Wirtschaften, welche auf Kosten von vielen bloß wenigen Großinvestoren nützt nicht untersagen, dann dürfen
68 wir uns nicht wundern wenn sich 2015 in biblischem Ausmaßen wiederholt.